Klassenkampf

10 Jahre

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus 2.40 Mark; durch die Post bezogen 2.50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halleborger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Merseburgerstr. 14. Fernruf: 21045 (Red.), 21047 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung Der Rote Stern

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 20471 Halle-Merseburger Zeitungsverlag. Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Merseburgerstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Mittwoch, 4. Februar 1931 | 11. Jahrgang Nr. 29

Nacht das Leuna-Werk streikfrei!

Der ungeheuerlicher Angriff der IG-Könige auf die Löhne der Leuna-Proleten — Organisiert den Kampf gegen Hunger und Elend, für rote Betriebsräte, unter Führung der RGO!

Leuna, 4. Februar. (Eig. Meld.)

Leunakönige holen zu neuen furchtbaren Schlägen gegen die Arbeiter aus. **Ab kommenden Montag, 9. Februar, soll auch** die Arbeiter in den Schichtbetrieben die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich durchgeführt werden! Das bedeutet für rund 5000 Arbeiter den völligen wirtschaftlichen Ruin. Die Stimmung unter den Schichtarbeitern ist äußerst erregt. Oft hört man Aeußerungen wie „Da können wir ja stempeln gehen — warum fahren wir denn noch nach Leuna!" Manche wollen eine Entlassung, und rechnen mit einigen Hundert Mark Abfindung. Es kommt darauf an, daß es die revolutionären Kräfte innerhalb des Werkes verstehen, den Schichtarbeitern den einzigen Ausweg zu zeigen, nämlich den Streik gegen Lohnraub.

Die kommunistischen Funktionäre haben in ihrer letzten Sitzung sich in ihrer Betriebsstellung genommen. Sie geloben, die größte Aktivität in der Kampfmobilisierung zu entfalten. Heute findet im Betriebsratssitzung statt, wo die roten Betriebsräte wieder die Forderungen der Belegschaft erheben: **40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich!** Sie werden die Sozialfaschisten, die wiederum der Direktion bei diesem neuen Verbrechen unter der Motivierung: Sonst werden tausend Kollegen entlassen, wenn wir uns nicht mit diesem neuen Lohnraub abfinden, sie, jede Kampfmaßnahme zu unterbinden. Der Kampf ist öffentlich. Die 40-Stunden-Woche bei den Tagesarbeitern wurde eingeführt, und dennoch sind Massenentlassungen gekommen.

Es gilt es zu handeln. Das Leunawerk muß streikfrei gemacht werden. Die Tagesschichtarbeiter sind genau so an der Arbeitszeitfrage interessiert wie die Wechselschichter. Die Interessen beider Arbeitergruppen künftlich geschaffen wurde, zerstört werden. Das Ziel ist — Einsetzung der gesamten Leunaarbeiter im Streik!

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition ruft auf zu öffentlichen Belegschaftsversammlungen! Diese finden statt:

Am Donnerstag, dem 5. Februar, 20 Uhr, in Halle: Lokal Weinrich, Bölberger Weg; Lokal Hübner, Kurze Gasse. **Ammendorf:** Siebtierhalle Adler. **Merseburg:** Lokal Bürgerhof. **Leuna:** Lokal Heiterer Blick. **Lützen:** Lokal Bürgergarten. **Wengelsdorf:** Lokal Grunert. **Landsfeld:** Lokal Stadt Leipzig. **Dürrenberg:** Lokal Kronprinz.

Am Freitag, dem 6. Februar, 20 Uhr, in Weißenfels: Lokal „Tivoli"; **Freyburg:** Lokal Schützenhaus. **Naumburg:** Lokal „Goldener Hahn".

Am Sonntag, dem 8. Februar, vorm. 10 Uhr, in Döllnitz: Lokal Palmbaum.

Proteststreik in Berliner Betrieben gegen die braune Mordpest

Berlin, 4. Februar. (Eig. Drahtm.)

Die Dreherabteilung der Lokomotivfabrik Henningsdorf beschloß gestern einmütig, den Betriebsrat zu beauftragen, einen Beschluß zu fassen auf Durchführung einer einstündigen Arbeitsruhe des gesamten Betriebes am Tage der Beerdigung der von den Faschisten ermordeten Arbeiter.

Die Belegschaft der Berliner Baugesellschaft, Baustelle Heimat (Südwestkorso) erhebt den schärfsten Protest gegen die sich ständig wiederholenden feigen Meuchelmorde der nationalsozialistischen Goebbels-Banden. Die Belegschaft tritt als Antwort auf den in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag verübten Mordüberfall an drei proletarischen Genossen, entsprechend der Aufforderung des vorbereitenden antifaschistischen Aktionsausschusses in den einstündigen Proteststreik am Tage der Beerdigung, mittags von 11 bis 12 Uhr.

Stürmische Reichstags-Eröffnung

Kommunisten fordern Aufhebung des RFB-Verbotes — Einheitsfront von Severing bis Frick
Kommunistischer Mißtrauensantrag gegen Brüning

(Eig. Bericht) Berlin, den 3. Februar.

Nach Eröffnung der neu zusammengetretenen Reichstags verlief sich die „Herren Parlamentarier" gedacht haben. Kaum hatte Präsident des Reichstages eröffnet, da stand auf der Rednerbühne der Genosse Kohlmann, der gemäßregelte Betriebsratsvorsitzende von Siemens-AG und erhob mit fester Stimme seine Anklagen. Fassungslos hörten sich die zahlreich erschienenen Gäste den proletarischen Kampfruf an:

„Die braune Mordpest hat wieder zwei Arbeiter auf dem Gewissen. Die Goebbels-Banden haben zwei unserer besten Klassenkämpfer meuchlings ermordet. Die Nationalsozialisten verurteilen, Kämpfer gegen das Kapital zu sein, sind in Wahrheit vom Kapital gedungene Mörder. (Präsident Löbe bat den Gen. Kohlmann zu unterbrechen.) Immer deutlicher zeigt sich, daß die Nationalsozialisten ihre Mordtaten unter dem Schutz der republikanischen Behörden begehen. Jetzt zeigt sich auch mit aller Deutlichkeit, für jeden Arbeiter ersichtlich, daß die Sozialfaschisten die besten Schrittmacher Hitlers sind.

Severing hat den Roten Frontkämpferbund verboten, um ungestörte Abwehr der faschistischen Mordbrut zu verhindern.

Sozialfaschisten haben den Arbeitern die Straße geraubt und den Faschisten die Möglichkeit gegeben, ihre nächtlichen feigen Mordtaten an Arbeiter durchzuführen.

Die kommunistische Fraktion verlangt daher heute den Wiederzusammentritt des Reichstages zur Lösung an erster Stelle die Anträge auf sofortige Aufhebung des RFB-Verbotes und aller im Reich bestehenden Demonstrationsverbote.

Von dieser Stelle aus richte ich den Appell an alle Arbeiter (Präsident Löbe versucht, Gen. Kohlmann erneut am Reden zu hindern), die antifaschistischen Betriebs- und Erwerbslosenstaffeln zu verstärken und am Tage der Beerdigung der Opfer der faschistischen Pest den Proteststreik in allen Betrieben durchzuführen. Jetzt müssen die Hitler- und Goebbels-Horden endgültig geschlagen werden. Kein proletarischer Klassenbruder darf mehr das Opfer der nationalsozialistischen Kapitalsöldlinge werden." (Stürmischer Beifall und Händeklatschen b. d. Komm.)

Diese kurze, kernige proletarische Sprache des Genossen Kohlmann wirkte verblüffend auf die Herren auf der Regierungsbank und im Plenum. Selbst die Nationalsozialisten wagten nur einige leise Pfiffe.

Nach der Geschäftsordnung des Reichstages kann der kommunistische Antrag nur behandelt werden, wenn kein Widerspruch erfolgt. Doch prompt rief die ganze Gesellschaft von Severing bis Frick: „Nichtberaten!" Die Kommunisten antworteten mit stürmischen Gegenkundgebungen und Rufen: „Nieder mit dem Faschismus!"

Im Aeltestenrat des Reichstags wurde heute die Tagesordnung für die kommenden Reichstagssitzungen beraten. Danach sollen in der Mittwochsitzung die kommunistischen Anträge wegen Aufhebung der Notverordnung über das Schlichtungswesen und wegen Verbilligung des Gefrierfleisches behandelt werden. Am Donnerstag schon beginnen die Etatsberatungen, die eröffnet werden mit einer Rede des Reichskanzlers Brüning.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat beschlossen, für die Donnerstagsitzung einen Mißtrauensantrag für das Gesamtkabinett einzubringen.

Weiter wurde im Aeltestenrat festgelegt, und zwar gegen den energischen Protest des Genossen Stoecker, daß bereits am Sonnabend die Anträge der Regierungsparteien und der Sozialdemokraten auf Aenderung der Geschäftsordnung beraten werden.

Die außenpolitische Debatte im Reichstag beginnt Anfang nächster Woche.

Wir müssen an der Spitze marschieren!

Halle, 4. Februar.

Aber sonst geht es den Herren Aktionären ganz gut. Es geht ihnen ganz gut trotz der Wirtschaftskrise, denn wenn auch kein Geld da ist für die Millionenmassen der Erwerbslosen, so wird doch auf der anderen Seite dafür gesorgt, daß die Herren Aktionäre, daß die Trustkönige ihre Dividenden und Gewinne pünktlich ausgezahlt erhalten. Wenn man nur die Nachrichten der letzten Tage nimmt, so kann man als kleine Auslese feststellen: Siemens-Konzern zahlt 22,4 Millionen, AEG-Konzern 14,8 Millionen, die Schwachstrom-Gruppe des Siemens-Konzerns zahlt „nur" 16 Prozent Dividende, die Starkstrom-Gruppe kam in diesem Jahre „leider" nur 7½ Prozent Dividende zahlen. In die Taschen der Aktionäre der Vereinigten Stahlwerke Duisburg sollen nur 6 Prozent Dividende gleiten. Dafür verlangen diese edlen Menschenfreunde, daß die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich verkürzt wird und der Lohnausfall aus den Mitteln der Arbeitslosenfürsorge gezahlt wird. Dann wird so nebenbei durch die kapitalistische Presse berichtet, daß die IG. Farbenindustrie eine Nachentschädigung von 877000 Dollar aus Amerika bekommen hat für beschlagnahmte Patente. Dazu kommt noch eine anteilige Entschädigung für den Verkauf von Giftgasrezepten an eine amerikanische Firma im Betrage von 271000 Dollar. Dieser Verkauf hatte bekanntlich vor einigen Jahren ungeheures Aufsehen erregt, weil er den „Patriotismus" dieser echt nationalen Großaktionäre grell beleuchtete. Weiter wird mitgeteilt, daß die materielle Grundlage für die Gesamtentschädigung der Giftgaskönige für den Verkauf ihrer Patente von 4 auf 5 Millionen Dollar erhöht worden ist. Wie gesagt, sonst gehts den Herrschaften ganz gut und sie machen sich auch gar keine Strupel darüber, wo die Millionen herkommen, die sie verprassen, ungeachtet der wachsenden Not der breitesten Volksschichten.

Betriebsstillegungen, Arbeitszeitverkürzungen, Lohnraub, ungeheuerliche Rationalisierungsmaßnahmen überall für die andere Seite, für die Proleten, das sind die Zeichen, unter denen die Betriebsrätewahlen stattfinden.

Rote Betriebsräte, rote Führer im Kampf gegen den Faschismus! Sind dafür Voraussetzungen vorhanden in den Betrieben? Zweifellos sind sie da. Der Sozialfaschismus und seine brandleristischen Verbündeten in Betriebsrats- und Gewerkschaftsfunktionen haben bei breitesten Teilen der Betriebsarbeiter abgewirtschaftet. Die katastrophale Niederlage der Bassüner-Klique in Piesteritz anläßlich der Delegiertenwahl im Konsumverein Wittenberg zeigt es. Die erregte Stimmung unter der Belegschaft, hervorgerufen durch die An-

Gehörst du zum Herdenvieh Hitlers?

„Es ist schwer, einen einzelnen durch vernünftige Ueberlegung (!) zum Nationalsozialismus zu bringen. In einer Massenversammlung dagegen braucht man den Gegner nicht zu überzeugen, sondern nur zu überschreien und mitzureißen. Der Mensch ist ein Herdentier, er brüllt mit, wenn Tausende dasselbe brüllen."

„Laß dich nie in Diskussionen (!) ein; das ganze System könnte dabei ins Wanken (!) kommen! (Das hätte sich der „Angriff" sagen sollen, bevor er sich mit Kommunisten in eine Diskussion einließ. D. Red.) Und sei nicht kleinlich in bezug auf Wahrhaftigkeit. Eine kleine Lüge zur rechten Zeit kann von ungeheurem Vorteil sein."

Das hat Adolf Hitler erklärt

In seinem Buch „Mein Kampf" kann man diese Ausführungen auf Seite 98 und 121 nachlesen. Willst du zu den Herdentieren Hitlers gehören, die ohne vernünftige Ueberlegung mitbrüllen?

Heraus aus der NSDAP!
Hinein in die KPD!
Werbt überall für den „Klassenkampf"!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310204-12/fragment/page=0001

kündigung, daß der KA-Betrieb im Stickstoffwerk Piesteritz stillgelegt werden soll, steigert sich. Die Stickstoffproleten sind sich klar darüber, daß diese angedrohte Stillegung entweder bedeutet ein Druck der Chemiekönige auf die Arbeiter, um neue Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich, also neuen Lohnabbau durchzuführen, oder neue Rationalisierungsmaßnahmen auf Kosten der Arbeiter vorzunehmen. Solche Ereignisse müssen die gesamte Chemiearbeiterschaft auf den Plan rufen. Bereits am Montag berichteten wir, daß zwischen den Chemiegewaltigen und den Gewerkschaftsführern bereits Verhandlungen über einen 15prozentigen Abbau der Tariflöhne in der Chemie stattgefunden haben. Das sind Alarmmeldungen, die zu höchster Aktivität in den Giftbüchlen der J. G.-Könige aufrufen, die alle klassenbewußten Arbeiter in den Betrieben verpflichten, die vor allen Dingen alle Kommunisten verpflichten, an der Spitze einer gewaltigen Angriffsbewegung gegen das Chemiekapital, für Lohnerhöhungen, für die Schaffung roter Betriebsräte zu stehen und die Belegschaften in diesem Kampf mitzureißen. Bei der Vorbereitung der Betriebsrätewahlen, die nicht losgelöst geführt werden können von den Fragen der Organisierung und Auslösung von Massenstreiks, zeigen sich eine Reihe von Symptomen, die von vornherein auf das schärfste bekämpft werden müssen. Da ist die Frage des Zurückweichens vor den Gefahren, die jedem klassenbewußten Arbeiter drohen, wenn er sich im Betrieb für die RGO, für die revolutionäre Klassenfront betätigt. Da ist die Angst vieler vor dem Rausfliegen, wenn sie sich auf rote Betriebsratslisten aufstellen lassen. Diese Stimmungen müssen durch den Massendruck bekämpft werden. Für einen ehrlichen revolutionären Arbeiter kann die Frage nur so stehen, daß es viel besser ist, im Kampf mit den Unternehmern und ihren sozialfaschistischen Lakaien den Betrieb zu verlassen, als in wenigen Wochen doch durch die kapitalistische Rationalisierung auf das Straßenpflaster zu fliegen. Kühn und entschlossen müssen wir alle pessimistischen Stimmungen überwinden. Aber ebenso kühn und entschlossen müssen wir die Arbeit unserer roten Betriebsräte, die sie bisher geleistet haben, der Massenkontrolle der Belegschaften unterwerfen und wenn sich ihre Arbeit als schädlich für die revolutionäre Bewegung erweisen hat, unbarmherzig, ganz besonders bei Kommunisten, mit ihnen abrechnen. Betriebsräte, die ihren Posten als Versorgung betrachten, können wir nicht gebrauchen. Wir brauchen Streikführer, wir brauchen Organisatoren und Führer im Kampf gegen den Faschismus. Deswegen Massenkontrolle in öffentlichen Belegschaftsversammlungen, Aufstellung der roten Betriebsratslisten durch die Belegschaften.

Und hiermit im Zusammenhang noch eine Frage. Dieser Kampf kann nur erfolgreich geführt werden, wenn wir es jetzt sofort verstehen, überall in jeder Werkstatt, in jedem Bau, die roten Vertrauensleute zu schaffen. Die besten, die kühnsten und erfahrensten Arbeiter, die am treuesten zur revolutionären Klassenfront stehen, die das Vertrauen ihrer Belegschaftsmitglieder besitzen, sie müssen unsere roten Vertrauensleute sein, die die Brücken auch zu den Arbeitern darstellen, die in den Gewerkschaften sind, zu den sozialdemokratischen Arbeitern, die sich noch nicht von den sozialfaschistischen Führern getrennt haben, und zu den verführten Nazi-Anhängern. In zäher und unermüdlicher täglicher Arbeit und Diskussion müssen wir diese Massen gewinnen.

Immer wieder zeigt es sich, daß häufig genug unsere Betriebszellen hinter der Massenintitiative herhinken. Das muß sofort geändert werden. Die Elendslage der breitesten Arbeiterschichten nimmt von Tag zu Tag, nimmt in demselben Maße, wie auf der anderen Seite die Dividenden und die Riesengewinne der Großaktionäre machen. Die Durchführung der faschistischen Diktatur soll diesen Zustand verewigen. Die Arbeitermassen sind in ihrer Mehrheit antikapitalistisch und wollen den Kampf gegen dieses bankrotte System. Wir Kommunisten müssen uns an die Spitze stellen. In den Betrieben ist der Feind am ersten zu verwunden. Erobern wir die Betriebe. Jeder Kommunist im Betrieb ein Streikführer! Jeder rote Betriebsrat ein Führer im Kampf gegen den Faschismus, nicht nur in Worten, sondern durch Taten! Dann werden wir die entscheidenden Schichten der Arbeiterklasse sehr schnell für uns gewinnen. Wir müssen an der Spitze marschieren!

Lohnraub-Schiedsspruch bei den Buchdruckern

Berlin, 3. Februar. (Eig. Drahtm.)

Gestern wurde für das Buchdruckgewerbe ein Schiedsspruch gefällt, der den tariflichen Spitzenlohn von 58,50 M. auf 55,— M. herabsetzt. Dies bedeutet einen Lohnraub von 6 Prozent. Die Buchdruckerbürokratie lehnt den Schiedsspruch ab. Dies ist jedoch eine billige Geste. Verhindern können die Buchdrucker den Lohnraub nur durch Kampf unter der Führung der RGO.

Wie lange noch?

Die braune Mordpest wüt

Viehischer Mordüberfall der Nazis auf Reichsbanner-Arbeiter in M
Revolverüberfall in Dessau — Die Hakenkreuz-Mordbanden als Hilfs
Severings — Organisiert den wehrhaften Massenkampf gegen den Faschi

Kein Tag vergeht, ohne daß neue Mordtaten der braunen Pest aus allen Teilen Deutschlands gemeldet werden. Dieselbe Partei, deren Führer bei jeder Gelegenheit ihre „Gesetzmäßigkeit" und ihre „Verfassungstreue" betonen, schickt ihre schwerbewaffneten Sturmabteilungen zur Menschenjagd auf unbewaffnete Arbeiter, läßt sie morden und schießen, ohne daß die Polizei daran denkt, den Revolverhelden auch nur ein Haar zu krümmen.

Aus Metzbach bei Neuwied kommt die Mitteilung über ein neues Verbrechen der Nationalsozialisten und Stahlhelmer die einen Reichsbannerumzug überfielen, das an viehischer Rohheit die bisherigen Mordverbrechen der Nazibanden noch in den Schatten stellt. Mit Mistgabeln, Beilen und Knüppeln wurde die Reichsbanner-Demonstration aus dem Hinterhalt heiße überfallen. Ein Reichsbannerarbeiter brach, von einem Beilhieb getroffen, tot zusammen. Zwei andere wurden schwer verletzt. Von den faschistischen Bewohnern der umliegenden Häuser wurde kochendes Wasser auf die Reichsbannerleute geschüttet, so daß mehrere mit schweren Brandwunden ins Krankenhaus transportiert werden mußten. Der ganze Sadismus der nationalsozialistischen Verbrecher zeigte sich aber erst, als sie versuchten, einen der Schwerverletzten in eine Jauchengrube zu werfen, was nur mit knapper Not verhindert werden konnte. Von Polizei war während der ganzen Zeit selbstverständlich nichts zu sehen. Erst ganz zuletzt erschien sie und verhaftete insgesamt zwei Mann.

Auch in Dessau wurden Arbeiter am vergangenen Sonnabend von einer Abteilung Nazis überfallen, die ein Revolverfeuer auf sie eröffneten. Auch sozialdemokratische Arbeiter, die aus einer Versammlung in Dessau nach Roßlau zurückkehren wollten, wurden überfallen. Die herbeigerufene Polizei ließ die Revolverhelden entkommen.

•

Alle diese Mitteilungen zeugen von der wachsenden Mordwelle der nationalsozialistischen Banden. Gerade im Preußen Severings macht sich dieser Mordterror am ungehemmtesten bemerkbar. Das ist kein Zufall. Severing war es, der die Kampforganisation des Proletariats gegen Kriegsgefahr und Faschismus, den Roten Frontkämpferbund, verbot. Seitdem Severing Hörsing ist es, der die Kollonnenmandos des Reichsbanners zum Internationalen Erwerbslosentag am 6. „marschbereit", das heißt bereit zur Niederknüppelung der Demonstration, macht. Da können die Nazis wagen, sich über Polizei anzubieten, wie sie das in der Pfalz bereits erfolgreich haben.

Wenn die Hitlerbanditen bei ihren Mordüberfällen nicht nur kommunistische und parteilose, sondern auch sozialdemokratische und Reichsbannerarbeiter überfallen, dann nicht weil sie etwa die Organisation des Reichsbanners als ernsthaften Gegner betrachten, sondern weil sie in ihrer Niederknüppelung der revolutionären Arbeiterbewegung den proletarischen Mitgliedern des Reichsbanners und der Kampfbundes angesichts des Mordterrors der Nazis eine Haltmachen.

Eben darum ist die Bildung der proletarischen Einheitsfront gegen den Faschismus in den Reihen des Reichsbundes gegen den Faschismus und unter der Führung der Kommunisten die dringendste Notwendigkeit des Tages. Dieses kann niemals unter der Führung jener Leute aufgenommen werden, die, wie Severing, die revolutionären Organisationen des Proletariats verbieten und durch ihre Polizei die Nazi-Mordbanditen schützen, die, wie Hörsing, versuchen, die Reichsbannermitglieder einem offenen faschistischen Terror gegen das revolutionäre Proletariat mißbrauchen.

Bildet in allen Orten Kampfausschüsse gegen den Faschismus! Setzt die Beschlüsse des sächsischen Kongresses überall in die Tat um!

Unter den Augen Severings:

Bewaffnete Mordabteilungen auf den Gütern der Junker

Driesen (Brandenburg), 3. Februar (Eig. Drahtm.)

Auf dem Gute des Grafen v. d. Schulenburg, mit dem wir uns schon vor einigen Monaten in Verbindung mit dem Bombenattentat auf den Reichstag beschäftigen mußten, sind seit einigen Tagen größere Abteilungen feldmarschmäßig ausgerüsteter Nationalsozialisten zusammengezogen, die alle schwer bewaffnet sind. Wie hier genau festgestellt werden konnte, wurden außerdem von Kreuz 75 Gewehre und 4 Kisten Munition in das Schloß des faschistischen Grafen gebracht. Mehrere Maschinengewehre sind auf den umliegenden Gütern versteckt. In der Nähe von Glashütte veranstalteten die Naziabteilungen, ausgerüstet mit Feldflüchen, kriegsmäßige Uebungen, ohne daß die Gendarmerie eingreift. Hier sind dieser Tage für insgesamt 150 Nationalsozialisten Quartiere gemacht worden.

Diese Meldung zeigt was los ist. Unter den Augen der Polizei des Herrn Severing bewaffnen sich die Mordabteilungen der Nazipartei bis an die Zähne.

Die Lohnräuber des Stahltrusts verteilen 6 Prozent Dividende

Unternehmer verlangen Millionengeschenke aus den Mitteln der Erwerbslosenversicherung

Der Berliner „Börsenkurier" vom 2. Februar (Abendausgabe) veröffentlicht eine Meldung aus dem Ruhrrevier, daß die Generaldirektion der Vereinigten Stahlwerke auch in diesem Jahre 6 Prozent Dividende, wie schon im Vorjahre verteilt wurde, ausschüttet.

Die Eisenherren der Vereinigten Stahlwerke fordern einen Lohnabbau von 20 Prozent, sie selbst aber wollen nicht nur die unverschämt hohen Direktoren-Gehälter schlucken, sondern auch in diesem Jahr 6 Prozent Dividende verteilen.

Die Arbeiter sollen hungern und der Massenarbeitslosigkeit ausgeliefert werden, damit die taumelnden Aktionäre des Stahltrusts 6 Prozent Dividende einsacken können.

Im Auftrage der Brüning-Regierung hat jetzt sogar der Vorstand des Arbeitsamtes Duisburg, Weinbrenner, angeboten gemacht, den Vereinigten Stahlwerken bei Fortführung Hölle Ruhrort-Meiderich die Lohnzahlungen aus Mitteln der Erwerbslosenversicherung auszuzahlen. Die 20 Prozent, die die vereinigten Stahlwerke den Arbeitern abziehen wollen, sollen nach diesem Vorschlag aus den Geldern der Arbeitslosenversicherung bezahlt werden. Das wäre in einem Jahr der Betrag von rund 3 Millionen Mark, den die Trustherren geschenkt bekämen. Die Direktion der Vereinigten Stahlwerke nur deshalb das Angebot noch nicht angenommen, weil sie die Betrieben den Lohnabbau durchführen will und deshalb mit 3 Millionen noch nicht zufrieden ist.

„Neue Zeitung", München, erneut zwei Wochen verboten

Arbeiter, schützt eure Presse gegen die Klassenjustiz

München, 3. Februar. (Eig. Ber.)

Unser Münchener Bruderorgan, die „Neue Zeitung", wurde, nachdem sie erst im Januar auf Dauer verboten worden war, von der Polizeidirektion München einiger angeblich hochverräterischer Artikel bis zum 1. Februar 1931 verboten.

In einem Artikel, der sich mit Bürgerkriegsübungen der Erlanger Reichswehr beschäftigt, wird auch die Abwehrfront gegen den Faschismus zu formieren und der KPD den wehrhaften Massenkampf gegen die faschistische Diktatur zu führen. In einem anderen Artikel wird geschildert, wie der Gesandte des Deutschen Reichs in München, Herr von Hantel, Weihnachten mit Truppen in England, Ananas aus Südamerika und Austern aus Ostende feiert, während das werktätige Volk hungert. Der „frenetische Spiel der Hungerdiktatoren" in diesem Artikel wurde als Verbotsbegründung angegeben.

Der 82. „Hochverräter"

zu 18 Monate Festung verurteilt

Unter Anklage des versuchten Hochverrats stand am 3. Februar der Tischler Gen. Johannes Wohlert, Flensburg vor dem 4. Strafsenat beim Reichsgericht und wurde zu 18 Monate Festungshaft verurteilt.

Dem Genossen wird vorgeworfen, am 15. August 1930 15.30 Uhr über die Mauer der Reichswehrkaserne Duderstadt eine Rolle mit Flugblättern geworfen zu haben. Der Angeklagte vertraulich gemeldet worden, daß der angeklagte das erwähnte Paket auf den Kasernenhof der Junker-Kaserne geworfen habe.

Reichsbanner-Arbeiter treten in Kampfbund ein

(Eig. Bericht.) Breslau, 3. Februar.

In einer gutbesuchten Mitgliederversammlung des Reichsbanners in Bernstadt sprach als Referent über Einheitsfront gegen den Faschismus ein Vertreter des Kampfbundes. Diskussionen fanden bei der überaus großen Mehrheit der Versammlung lebhafte Zustimmung. Ein seit der Gründung dem Reichsbanner angehöriger Arbeiter wurde zum Kampfleiter am 1. Bezirk gewählt. 6 Reichsbanner-Mitglieder erklärten bei der Versammlung ihren Eintritt in den Kampfbund gegen Faschismus.

Arbeiter im Reichsbanner, der SPD und SAJ, folgt dem Beispiel der Bernstädter Reichsbanner-Arbeiter! Schafft die Kampfeinheitsfront gegen den Mordfaschismus! Hinein in den Kampfbund!

Arbeiterfrauen in der Kampfbund

(Eig. Bericht.) Hindenburg-O.-S., 3. Februar.

Am Sonntag tagte in Hindenburg der Kampfbund-Frauen für Oberschlesien. Es waren 50 Delegierte anwesend und vertreten. Im Verlauf der Tagung traten 22 Frauen

Der infame Preissenkungsschwindel

Wo sind etwa die Preise der Markenartikel gesenkt worden?

Die Brüning-Regierung hat am 17. Januar eine Verordnung erlassen, die angeblich eine Senkung der Preise für Markenartikel herbeiführen sollte. Die kommunistische Presse hat sofort erklärt, daß durch diese Verordnung lediglich den Arbeitern wieder blauer Dunst vorgemacht werden soll, damit ihr Widerstand gegen den Lohnabbau geschwächt werde. Die Kapitalisten des Margarine-Trusts haben auch sofort erklärt, daß sie nicht daran denken, die Margarinepreise zu senken. Inzwischen sind zwei Wochen ins Land gegangen und nirgends ist etwas von einer Senkung der Preise für Markenartikel zu bemerken. Ab 1. Februar sollte alles billiger werden, so wurde der Bevölkerung versprochen. Nichts ist billiger geworden!

Nun mußte auch eine bürgerliche Zeitung, das „Berliner Tageblatt" vom 1. Februar zugeben, daß die Verordnung keine Preissenkung bringen wird. Das Blatt schreibt wörtlich:

„Unzweifelhaft ist, wenn dies auch bisher häufig mißverstanden wurde, daß die Verordnung keine unmittelbare 10prozentige Preissenkung bringt. Dem Handel steht es vielmehr völlig frei, bei den bisherigen Preisen zu bleiben, wenn er den Fortfall des Preisschutzes im Kauf nimmt."

Gewiß soll angeblich durch die Notverordnung die Preisbindung aufgehoben werden, wenn die 10prozentige Verbilligung nicht durchgeführt wird, doch sind die Bestimmungen der Verordnung absichtlich so lügenhaft und verschwommen, daß sie das Monopolkapital keineswegs hindern, seine bisherige Preiswucherpolitik fortzusetzen. Das bestätigt auch das „Berliner Tageblatt", indem es weiter schreibt:

„In den Fällen, wo man die Preissenkung nicht durchführen will, wird man vielleicht trotzdem versuchen, auf Umwegen Händler an die alten Preise zu binden. Das kann z. B. geschehen durch Androhung einer Bezugssperre, ein Verfahren, das insbesondere in Amerika geübt wird, wo eine vertragliche Preisbindung gesetzlich verboten ist."

Damit bestätigt das „Berliner Tageblatt", daß die Notverordnung der Brüning-Regierung keine Verbilligung der Markenartikel herbeiführt. Es ist so, wie die Kommunisten sofort sagten, und wie es tausendmal in allen Betrieben, auf der Straße und auf den Märkten wiederholt werden muß, daß der ganze Preisabbauschwindel nur aufgezogen wurde, um die Löhne besser senken zu können. Daraus muß die Arbeiterschaft die entsprechenden Konsequenzen ziehen.

Roter Sieg in Bremer Jutespinnerei

Bei der Betriebsratswahl in der Bremer Jutespinnerei erhielt die rote Liste 433 Stimmen, die sozialdemokratische 258 Stimmen. Das ist ein überwältigender Sieg der roten Liste.

Die Belegschaft ist gegenüber dem Vorjahre um 400—500 Arbeiter und Arbeiterinnen verringert worden. Nachdem unter oppositioneller Führung durchgefochtenen Streik gegen Lohnabbau wurden die führenden Arbeiter der RGO gemaßregelt. Trotz alledem ist dem Unternehmer und der Gewerkschaftsbürokratie es nicht gelungen, eine überwältigende rote Mehrheit bei der Betriebsratswahl zu verhindern.

Der Sieg ist nicht zuletzt auf die gute Vorbereitung der Wahl zurückzuführen. Die Führung des Streikes hat auch das Vertrauen der Jutearbeiter zur RGO gewaltig gestärkt, da die Arbeiter sehen, daß die RGO die einzige gewerkschaftliche Kampforganisation ist, die gegen das Unternehmertum kämpft.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310204-12/fragment/page=0002

Macdonalds Gewerkschaftsgesetz

Neue Fesseln für die Arbeiterklasse

Von R. Palme Dutt (London).

Die Macdonald-Regierung, die wochenlang eine ernste Krise durchmachte, hat wiederum eine Atempause erhalten. Dank der Unterstützung Lloyd Georges wurde das neue Gewerkschaftsgesetz im Unterhaus am 28. Januar in der zweiten Lesung mit 277 gegen 250 Stimmen angenommen.

Was ist dieses Gewerkschaftsgesetz?

Das Gewerkschaftsgesetz der Labour-Regierung macht die Lage der Arbeiter im wesentlichen viel schlechter, als sie das Baldwin-Gesetz vom Jahre 1927 gestaltet hatte. Es schmiedet neue Fesseln, und diese gerade in bezug auf die lebenswichtigsten Forderungen des Klassenkampfes heute und in der Zukunft. Das Gesetz verbietet, über die engsten Grenzen der Wirtschaftskämpfe hinauszugehen. Das ist das bewußte Ziel des Gewerkschaftsgesetzes der Labour-Regierung, das ist die Krönung der ganzen Politik des Mondsmus und der gewaltsamen Niederdrückung der Arbeiterkämpfe.

Wie soll das geschehen? Die wesentlichste Frage des Gesetzes wird in der ersten Klausel behandelt, in der neuen Bestimmung der „gesetzwidrigen" Streiks, wobei das neue Gesetz über die Bestimmung der Baldwin-Regierung hinausgeht. Es heißt da:

„Jeder Streik oder jede Aussperrung, deren primäres Ziel etwas anderes ist, als die Förderung von Ansprüchen im Zusammenhang mit der Einstellung oder Entlassung oder mit den Arbeitsbedingungen oder mit den Bedingungen der Einstellung einer Person (sei sie in dem betreffenden Betrieb oder Industriezweig beschäftigt oder nicht, in dem der Streik oder die Aussperrung stattfindet) ist ungesetzlich, und es ist ungesetzlich, einen solchen Streik oder eine solche Aussperrung zu beginnen oder fortzusetzen oder durch Zuwendungen von Geldern zu unterstützen".

Was ist die Folge einer solchen Bestimmung?

Das Baldwinsche Gesetz von 1927 erklärte nur den politischen Streik für ungesetzlich, der zwei Bedingungen enthielt: erstens wenn er ein Sympathiestreik ist, der über einen Arbeitskampf in der englischen Industrie hinausgeht, und zweitens wenn er „darauf hinausgeht, die Regierung zu zwingen". Der Streik, den Typus des Generalstreiks von 1926 zu treffen, ist unmöglich.

Aber das Macdonaldsche Gesetz dehnt, — während es vorgeblich, die Schranken für den Sympathiestreik zu lockern, — die Möglichkeit durch die neue Klausel die Sphäre der „ungesetzlichen Streiks" bis zu einem Maße aus, wie es das Baldwinsche nicht gewagt hat.

Die angebliche Aufhebung der Achtung des Sympathiestreiks ist wertlos. Denn sobald das „primäre Ziel" über Arbeitsverträge im engsten Sinne hinausgeht (und dies kann so leicht für jeden Konflikt erklärt werden, der über eine Industrie hinausgeht), ist er illegal. Arthur Henderson unter beeilte sich, die besorgte Bourgeoisie im „Labour Magazine (Januar 1931) zu informieren:

„Ich glaube, daß kein tüchtiger Jurist die äußerste Zweideutigkeit leugnen wird, die mit der Feststellung verbunden ist, wann das primäre Ziel eines Streiks ein gesetzwidriges Ziel ist und wann ein Streik das Parlament zwingen trachtet."

So wird die Unterscheidung des „primären Zieles", das von der Labour-Regierung den „gesetzlichen" Sympathiestreik vor der Generalstreik zu schützen bestimmt ist, im voraus von den eigenen Juristen der Labour-Party für wertlos erklärt.

Aber die neue und engere Definition des „illegalen Streiks" ist nicht wertlos. Im Gegenteil, die Arbeiter werden ihre scharfen Zähne zu fühlen bekommen, — besonders in den Kämpfen der nächsten Zukunft gegen Erwerbslosigkeit, Krieg usw. Jeder Streik, — auch der kleinste, lokale, spontane Streik, der über die strengsten Grenzen unmittelbarer Arbeitsforderungen hinausgeht, ist ungesetzlich und mit Gefängnis strafbar.

Der liberale Jurist Cyril Asquith schreibt in der „Times" über das Macdonalds Gesetz offensichtlich übersichtig und findet es „sonderbar", daß es über die Bestimmungen des Baldwin-Gesetzes hinausgeht:

„Der Erfolg ist, — sonderbar genug — daß mancher Streik für ungesetzlich erklärt wird, der unter das Gesetz des Jahres 1927 legal wäre."

Nimmt man zum Beispiel an, daß die Kandidaten einen Krieg gegen die Sowjetunion führen, und aus England Munition geliefert werden soll; und nimmt man an, die Hafenarbeiter würden, treu ihrer internationalen Pflicht, dies verhindern, — so würde die Labour-Regierung sie ins Gefängnis werfen. Die Anwendung des Gesetzes auf die Lieferung von Munition nach Indien ist nicht weniger klar. Das ist das Gewerkschaftsgesetz der Labour-Regierung. Ein direkter Schritt vorwärts, in der gegenwärtigen kapitalistischen Offensive.

Mit diesem Gesetz wird für die erste Zeit beabsichtigt, die Bewegung der Arbeiter in das Gesetzbuch einzutragen, als legal, bindend, als eine handige Lage, gegen welche sogar die passive Auflehnung, der bloße Arbeitsausstand, gesetzwidrig ist. Es bietet der Labour-Regierung vorbehalten, diese Unternehmen zu führen. Der Sklave hat „das Recht zu streiken", — aber innerhalb der Grenzen seiner Sklaverei; er kann um den Anteil oder die Höhe seines Lohnes kämpfen, aber nicht gegen seine Sklaverei. Bis dahin und nicht weiter, sagt die Labour-Regierung. Die Augen über seine Ketten zu schließen, für ein weiteres Ziel zu streiten, sich gegen die Sklaverei zu auflehnen, zu streiken, um die Unterdrückten zu unterstützen oder für Kameraden in anderen Ländern, — das macht die Labour-Regierung zu einem Verbrechen.

In Aktionsrat drohten diese Heuchler seinerzeit, unter dem Druck der Massen mit der Streikaktion der Arbeiter, wenn die Imperialisten gegen die Sowjet-Union Krieg führen sollten. Heute, kaum zehn Jahre später, stempeln sie diese Aktion zu einem Verbrechen. Auf ihren Internationalen Kongressen sowohl ihrer zerrütteten gelben Internationale wie der gelben Gewerkschaftsinternationale haben sie feierliche Resolutionen angenommen, die den Internationalen Generalstreik gegen den Krieg ankündigen. Und die Herren, die diese Resolutionen machen, die von Frieden und Brüderlichkeit der Arbeiter und gemeinsamer Aktion der Arbeiterschaft gegen den Krieg sprechen, verfassen in der Praxis fleißig Gesetze vor, die eine solche Aktion zu einem politischen Verbrechen stempeln. Sie bereiten den Boden vor und sie suchen zugleich von vornherein die Arbeiterklasse zu fesseln.

Das ist der Sinn des von MacDonald vorgesehenen neuen Gewerkschaftsgesetzes.

Heraus zum Internationalen Kampftag gegen Arbeitslosigkeit am 25. Februar!

„Gummiknüppel für die Arbeitslosen"

Stürmische kommunistische Kundgebungen im tschechoslowakischen Parlament

Prag, 3. Februar. Heute gab der tschechische Ministerpräsident Udržal im Abgeordnetenhaus eine Erklärung über die Wirtschaftskrise und über Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosen ab. Mit keinem Wort ging es auf die von den Kommunistischen Abgeordneten vertretenen Forderungen der Erwerbslosen auf Arbeitslosenunterstützung in Höhe des letzten Lohnes auf Kosten der Unternehmer und gesetzliche Einführung des Sechsstundentages ein. Als er statt dessen darauf hinwies, daß im neuen Etat zwei Milliarden für Subventionen an Unternehmer enthalten seien und die Regierung außerdem eine großzügige Kreditpolitik betreiben werde, hielt ihm ein kommunistischer Abgeordneter einen Gummiknüppel unter die Nase und rief: „Das gebt ihr den Arbeitslosen!" Die weiteren Ausführungen des Ministerpräsidenten gingen in stürmischen Protestrufen der Kommunisten unter, die abermals von der Tribüne des Parlaments aus zur Organisierung des Weltkampftages gegen die Arbeitslosigkeit am 25. Februar aufforderten.

Der Massenschritt der Hungerarmeen in Polens Städten und Dörfern

Warschau, 3. Februar. Kundgebungen der Erwerbslosen, die durch ihre beispiellose Wucht die polnische Bourgeoisie in Angst und Schrecken versetzen, beginnen in Polen zu tagtäglichen Erscheinungen zu werden.

In Radom organisierten gestern 800 Arbeitslose eine Demonstration vor der Polizeihauptmannschaft. Auf dem Rückwege stürmte die Menge mehrere Bäckereien und Lebensmittelgeschäfte. Die Arbeitslosen wurden von der Polizei zerstreut, die mehrere Demonstranten verwundete.

Zu wiederholten Arbeitslosenkundgebungen kam es vor dem Krakauer Magistrat. Die Arbeitslosen umzingelten das Gebäude und leisteten der Polizei Widerstand. Die Polizei nahm Massenverhaftungen vor.

Faschisten organisieren Lohnraub

Reformisten und Faschisten gemeinsam als Büttel der Lohnräuber — Die RGO. stößt vor in der Hochburg des Heimwehrfaschismus

Wien, 3. Februar. Die faschistische Unabhängige Gewerkschaft und die sozialdemokratische Gewerkschaft haben gemeinsam den Kampf der Arbeiterschaft der Alpinen Montanwerke verraten und freiwillig einen 12 bis 18prozentigen Lohnraub anerkannt. Die Arbeiter, größtenteils Anhänger der Nazis, werden aufgefordert, am 2. Februar die Arbeit zu den von der Direktion gestellten Bedingungen aufzunehmen.

Dieses Paktieren der faschistischen Führer mit dem lohnräuberischen Unternehmertum hat viele bisherigen Nazianhänger sehend gemacht. Die österreichische Revolutionäre Gewerkschaftsopposition gewinnt in dieser ehemaligen Hochburg der Heimwehren an Boden.

Zur Ablenkung von ihrem Verrat hatte die unabhängige Gewerkschaft für Sonntag in Donawitz eine große Demonstration einberufen, welche sich zur Bezirkshauptmannschaft bewegen sollte. Aber von den 3500 eingeschriebenen Mitgliedern der unabhängigen Gewerkschaft hatten sich zur Demonstration nur 60 Personen eingefunden, so daß der Heimwehrführer Lenguer die Demonstration absagen mußte.

Gleichfalls scheiterte ein Ablenkungsmanöver, welches die sozialdemokratischen Führer am selben Tage veranstalteten. Eine von ihnen nach Leoben einberufene Massenversammlung der Berg- und Hüttenarbeiter wies einen kläglichen Besuch von 52 Personen auf. Kommunisten versuchten in dieser Versammlung das Wort zu bekommen, worauf die sozialdemokratischen Bonzen sie durch Schutzbündler gewaltsam herausführen ließen.

Einen ausgezeichneten Verlauf nahm eine Massenkundgebung, welche für denselben Tag unter freiem Himmel nach Fohnsdorf von der Revolutionären Gewerkschaftsopposition einberufen worden war. In dieser Versammlung sprach Genosse Koplenig.

In Seegraben trat eine Delegiertenkonferenz der Revolutionären Gewerkschaftsopposition zusammen, in der das bestehende Aktionskomitee für Obersteiermark erweitert wurde, und in der ein Aufruf an die Alpine-Arbeiter gerichtet wurde, aus dem Verrat der unabhängigen Gewerkschaft und der reformistischen Gewerkschaftsführer die Lehren zu ziehen und überall Gruppen der Revolutionären Gewerkschaftsopposition zu bilden.

Das Fundament des Sozialismus gesichert

Konferenzen der Sowjetindustrie und der Getreidegüter beraten die Maßnahmen zur beschleunigten Durchführung des Fünfjahrplans

Moskau, den 3. Februar. In Moskau finden gegenwärtig zwei Bundeskonferenzen statt, die für die Beschleunigung des Tempos, in dem der Fünfjahrplan im laufenden ausschlaggebenden Jahr durchgeführt wird, von Bedeutung sind: eine Konferenz der Sowjetindustrie und eine Konferenz der Sowjetgetreidegüter.

Die Industriekonferenz steht im Zeichen des Kampfes um die Hebung der qualitativen Exponenten der Industrie. Die Konferenz der Leiter der Sowjetgetreidegüter beschäftigt sich hauptsächlich mit der Hebung der Qualität der Arbeit auf den Sowjetgütern und der gesteigerten Unterstützung der Kollektivwirtschaften.

Die Eröffnungsrede auf der Industriekonferenz hielt der Vorsitzende des Obersten Volkswirtschaftsrats, Genosse Ordschonikidse. Er reihte eine Reihe Zahlen mit zur Bestätigung dessen, daß der Kapitalaufwand, die Erweiterung der Anbaufläche usw. im Laufe zweier Jahre größer waren als es der Fünfjahrplan vorgesehen hat. Die Arbeiterzahl der Industrie ist im Jahre 1930 um 700 000 gewachsen, der Arbeitslohn ist um 12 Prozent gestiegen. Jedoch trotz dieser unbestreitbaren Erfolge steht die Produktion des vergangenen Jahres hinter dem Plan zurück. Auch was die Qualität anbelangt, wurde der Plan nicht eingehalten.

Zum Schluß erklärte Genosse Ordschonikidse: „Das diesjährige Programm ist entscheidend für die Durchführung des Fünfjahrplanes in vier Jahren. Bis zum Schluß des Fünfjahrplanes bleiben uns nicht drei, sondern zwei Jahre. Dieses Jahr ist das vorletzte Jahr, aber ist ein Maximum an Energie und bolschewistischer Zähigkeit erforderlich. Unsere Kontrollziffern sind nicht ein Dokument der Agitation, sondern ein strenger Wirtschaftsplan. Die Partei verlangt von allen Wirtschaftern strengste Einhaltung des Planes."

Die auf der Konferenz der Sowjetgetreideguter anwesenden Leiter von Sowjetgetreidegütern und Direktoren der größten mechanisierten Getreidefabriken berichteten, daß vor zwei Jahren durch die Partei Aufgaben gestellt wurden, die nicht nur ausgeführt, sondern überflügelt wurden. Im Jahre 1931 werden auf einer Anbaufläche von 10 Millionen Hektar mit einem Maschinen- und Traktorenbestand von 490 000 PS. 175 Sowjetgetreidegüter das Programm des Fünfjahrplanes übersteigen. Diese Erfolge sind ein Todesstoß für die Theorien der Schädlinge vom Schlage Kondratjew-Tschajanow sowie der rechten Opportunisten. Die Sowjetgetreidegüter treten in den dritten Abschnitt des Fünfjahrplanes ein, der das Fundament der sozialistischen Wirtschaft der Sowjetunion fertigbaut. Die Errungenschaften des vorigen Jahres sind heute für die Sowjetgüter ungenügend. Kampf um die Qualität, um 2 600 000 Tonnen Getreide, maximaler Ernteertrag, beste Ausnutzung der Maschinen, weitere Verstärkung der Führerrolle der Kollektivwirtschaften auf dem Gebiete der allgemeinen Kollektivierung und der Liquidierung des Kulakentums als Klasse auf dieser Basis, — das sind die von der Konferenz gestellten Aufgaben.

Ein Interview mit Deterding

Der Petroleumkönig schürt den Haß gegen die Sowjetunion

Sir Henry Deterding, der Petroleumkönig und berüchtigte Kriegshetzer, hat die tiefste Bedeutung seines Berliner Aufenthalts in einer Unterredung mit Pressevertretern unfreiwillig, aber um so zynischer enthüllt. Das Interview ist von Anfang bis zu Ende ein Appell zum Wirtschaftsboykott und zum Krieg gegen die Sowjetunion.

Nach Deterdings Meinung ist nur die Sowjetunion für die kapitalistische Weltwirtschaftskrise verantwortlich. Besonders charakteristisch sei in dieser Hinsicht die Krise des Petroleumweltmarktes. Während alle wichtigen Produktionsländer unter dem Druck der Krise gezwungen seien, ihre Petroleumgewinnung einzuschränken, gehe die Sowjetunion daran, ihre Rohölgewinnung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln auf ein Höchstmaß zu steigern.

Die Frage der Wirtschaftlichkeit der Förderung (soll heißen: Unternehmerprofit. D. Red.) spiele in der Sowjetunion überhaupt keine Rolle, daher könne man diese Steigerung der Produktion nur als „Raubbau" bezeichnen, grollt Herr Deterding. Der Sowjetunion komme es weniger auf Oekonomie (soll heißen: Rücksicht auf den Unternehmerprofit. D. Red.), als auf den Augenblickserfolg an. Daher auch die größtmögliche Steigerung des Exports.

Aus dem Bestreben der Sowjetunion, wachsende Mengen ihrer Mineralölproduktion auf den Weltmärkten unterzubringen, ergäbe sich zwangsläufig ein scharfer Interessengegensatz zu den am Petroleumwelthandel seit jeher führend beteiligten Gruppen. So lange der Weltbedarf an Erdölerzeugnissen in kräftigem Anstieg begriffen sei, falle der russische Mehrexport nicht sehr schwer ins Gewicht. In einer Krise wie der gegenwärtigen müsse jedoch der russische „Dumping"export marktzerstörende Wirkungen haben.

★

Sir Deterding zog in seinem Interview keinerlei unmittelbare politische Schlußfolgerungen aus seiner Erklärung der Lage auf dem Petroleummarkt und der Rolle der Sowjetunion. Aber seine ganze Argumentation ist so eindeutig, so aggressiv in Ton und Sprache, daß kein Zweifel über ihren politischen Sinn bestehen kann!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310204-12/fragment/page=0003

Das System der Lüge innerhalb der AOK Halle

Herr Morphinist Zwanzig schwindelt niemals!

Wir berichteten Anfang August des vorigen Jahres, daß sich der christliche AOK-Vorsitzende Zwanzig wegen Verstehen gegen das Opiumgesetz und gegen das Strafgesetzbuch § 74 zu verantwo ten habe. Ueber den Ausgang des Prozesses haben wir in unserer Ausgabe vom 28. Januar berichtet. Wenn auch zur Stunde das Urteil noch nicht rechtskräftig ist, so besteht für den Morphinisten Zwanzig wenig Aussicht auf Erfolg beim Berufungsrichter. Nach den Angaben der Angeklagten vor Gericht und der „Hallischen Nachrichten" sollen es 50—50 Ampullen gewesen sein!

Herr Zwanzig, sind da die 250 Ampullen Morphium eines in der AOK kopierten Rezeptes im April 1929 einbegriffen?

Bei einer so starken Morphiumsucht glauben wir bei Zwanzig gern an Gedächtnisschwund. Von dem Vorsitzenden des Hallischen Versicherungsamtes, Herrn Finger, nehmen wir nicht an, daß er ähnliche Eigenschaften hat, wie der Zahlerableser Zwanzig. Schon im August vorigen Jahres wiesen wir auf das eigentümliche Verhalten des Versicherungsamtes, Zwanzig seines Amtes als Vorsitzender und Vorstandsmitglied der AOK zu entheben, hin. Wie lagen denn die Dinge? Am 20. März des vorigen Jahres mußte das Versicherungsamt Stellung nehmen, Zwanzig seines Amtes zu entheben, weil 1. Zwanzig sich auf Kosten der Kasse durch seine Morphiumsucht einen Vermögensvorteil verschafft hat und 2. weil er ausgesteuert sei. Zu 1. erklärte Zwanzig in der Vorstandssitzung, daß er nie Morphium genommen habe und bezeichnete das kommunistische Ausschußmitglied Max Lademann als Lügner.

Unter Berufung auf den Hallischen Stadtmedizinalrat richtete Zwanzig an das Versicherungsamt ein zirka 15 Seiten umfassendes Schreiben, in dem der Christ Zwanzig 10mal seine Unschuld betuerte.

Entsprechend dem vorliegenden Gerichtsurteil hat Zwanzig also seine Vorstandsfreunde und seinen Freund Finger, den Versicherungsamtsvorsitzenden, beschwindelt.

Aber Zwanzig darf das. Er gehört einer Kirchengemeinde an.

Zu 2 ist durch das gerichtliche Verfahren erwiesen, daß Zwanzig seit 1927 fortgesetzt Rauschgifte (Morphium), sei es vom Arzt wegen seines angeblichen Magenleidens verordnet bekommen oder in der AOK rechtswidrig entnommen hat. Nach den Satzungen der AOK wird Krankenhilfe für denselben Versicherungsfall nur auf die Dauer von 39 Wochen gewährt. Wenn nun durch den Prozeß erwiesen wurde, daß Zwanzig schon seit 1927 Morphium nimmt, dann war die Behauptung des Antragstellers Pfeiffer, Zwanzig ist ausgesteuert, richtig. Anders aber der „starke Mann" aus Liegnitz, der gelbe Landkrankenkassendirektor Langer. Dieser stellte im Auftrage der Vorstandsmehrheit fest: „Zwanzig ist nicht ausgesteuert". Das Versicherungsamt hätte Gründe genug gehabt, gegen Zwanzig und Langer vorzugehen. (Das wird sich, nebenbei bemerkt, in absehbarer Zeit noch mehr herausstellen.) Wenn es sich um kommunistische Vorstandsmitglieder oder Angestellte handelt, ist Herr Finger sehr eifrig bemüht, „Recht" zu sprechen.

Ueber die Prozesskosten, die Zwanzig und seine Freunde der Kasse durch leichtfertige Beschlüsse verursacht haben, kommen wir zur gegebenen Zeit zu sprechen.

Zwanzig hat den „Klassenkampf" verlogen, weil er behauptet hat, das System Zwanzig bestehe aus schändlichen Lügen. Nun, Herr Zwanzig, wer lügt, das wird sich bald herausstellen!

Die Metallehrlings-Delegiertenkonferenz tagt

Ein Kampfprogramm aufgestellt. — Eine Jugendkommission und ein Delegierter zum Kampfkongreß gewählt

Die gut besuchte und von Kampfgeist beseelte Metallehrlings-Delegiertenkonferenz, welche am Sonnabend in Halle stattfand, befaßte sich mit den Lehren des Lehrlingsstreiks. Nach dem Referat eines Jugendgenossen ergab sich eine gute sachliche Diskussion, die für jeden Anwesenden lehrreich war. Es waren zwölf der wichtigsten Betriebe vertreten.

Nach der Wahl einer Jugendkommission und eines Delegierten zum Kampfkongreß gegen den Faschismus wurden folgende Forderungen der Hallischen Metallehrlinge einstimmig und mit dem Eingedenken, daß diese Forderungen wirklich zu erfüllen möglich sind, angenommen:

10 Pfennig Lohnerhöhung für alle Metallehrlinge,
4 Wochen Ferien bei voller Bezahlung,
6 Stunden Arbeit für Lehrlinge,
ein halbes Jahr Weiterbeschäftigung nach der Lehrzeit,
1. Mai muß arbeitsfrei werden,
Bezahlung der Berufsschule und Bezahlung der Lehrmittel,
Akkordarbeit und Ueberstunden sind für Lehrlinge verboten,
Lehrlingen von auswärts muß die Fahrt voll bezahlt werden,
anständige hygienische Einrichtungen für Lehrlinge,
Lehrlinge dürfen nur Arbeiten ihres Lehrfaches verrichten.

Jungmetallarbeiter, dies sind die Forderungen, die von euren Vertretern einstimmig angenommen wurden. Jetzt muß sich jeder dafür einsetzen, daß sie in die Wirklichkeit umgesetzt werden durch die Mobilisierung aller Metallehrlinge zum Kampf! Nehmt mit der Jugend Liebknechts den Kampf gegen das Ausbeuterinstitut und gegen National- und Sozialfaschismus auf! Reiht euch allesamt ein in die RGO!

Ein Wort an Herrn Taatz

(Lehrlingskorrespondenz)

Lehrlingsstreik! Der Unternehmer fällt vor Schreck in Ohnmacht. Was, seine Hauptausbeutungsobjekte verweigern die Arbeit und wollen gegen den Lohnraub kämpfen? Ist wohl nicht möglich. Die Lehrlinge haben doch einen Lehrvertrag! Sie können, sie dürfen doch nicht streiken.

Jawohl, Herr Taatz, Ihre Lehrlinge haben doch gekündigt wegen des Lohnabbaus!

Das hätten Sie sich wohl nicht gedacht? Und das Ganze ist Streikleitung der RGO-Jugendkommission hat Sie wohl gewaltig aus Stand und Band gebracht? Wir sagen Ihnen, daß dies bloß eine Probe war. Aus Rücksicht auf Ihre schwachen Nerven, deren Zerrüttung Nervenschock bekommen, haben wir diesmal nur geringe Forderungen gestellt. Bei der nächsten Gelegenheit wird das anders werden. Sie können Sie sich verlassen. Euch Lehrlingen der Firma Taatz sagen wir jedoch zu:

Zieht die Lehren aus eurem Kampfe! Werdet Mitglieder des Jugendverbandes und des Kommunistischen Jugendverbandes!

Taucha bei Weißenfels. Der Sportverein „Freunde", Taucha, erhielt von der Gemeindeverwaltung die Aufforderung, für den Fußballplatz, der dem Ortsarzt zur Leichenpflege gehört, eine Billettsteuer zu bezahlen. Dieses ist ein Beweis dafür, wie Arbeitersportvereine schikaniert werden. Es ist selbstverständlich, daß die Gemeindeverwaltung gar kein Recht hier eine Steuer von dem Verein zu verlangen. Aus diesem Grunde müssen die Sportgenossen es auch ablehnen, dem Verlangen der Gemeinde nachzukommen!

Werbt für den „Klassenkampf"

Merseburger Arbeiter klagen an

Sozialfaschisten als Wegbereiter zur Zerstörung der Arbeitergenossenschaft Merseburg

Halle, den 4. Februar.

Von einem Merseburger Genossenschaftler wird uns geschrieben:

Bei der Uebernahme der Geschäftsleitung durch Kommunisten setzte im „Volksblatt" und in öffentlichen Versammlungen eine gewissenlose Hetze gegen die Merseburger Genossenschaft und ihre Verwaltung ein. Am 21. Januar 1930 schrieb das „Volksblatt": „Es gibt in ganz Deutschland keine Konsumverwaltung, die so teuer arbeitet wie die Merseburger." Der Verein wird pleite gehen, wenn nicht bald eine Aenderung eintreten würde. Das alles, obwohl jedem Eingeweihten bekannt ist, daß Gelhaar und Jäger, die ehemaligen sozialdemokratischen Geschäftsführer, in fast jeder Vorstandssitzung und Verwaltungsratssitzung 800 Mark Monatsgehalt und Zahlung von Spesen verlangten.

Wäre die Genossenschaft noch 2—3 Monate länger in den Händen der Sozialfaschisten gewesen, sie hätte zwangsläufig bankrott gehen müssen.

Hunderttausend Mark waren allein in nicht mehr zu verkaufenden Textilwaren und ähnlichen Ladenhütern festgelegt. Ware, aus der Vorkriegszeit und Inflationszeit wurden zu Preisen so in die Bilanz kalkuliert, daß man ruhig von einem glatten Betrug der Verwaltung an der Mitgliedschaft reden konnte. Die Umsätze der damaligen Zeit genügten kaum, um die Unkosten zu decken. Jahr um Jahr mußte sich die Geschäftsleitung an die GEG wenden, um Warenkredite zu erhalten.

Der oppositionellen Leitung war es möglich, während eines Jahres 800 neue Mitglieder zu gewinnen, und den Umsatz um 485 000 Mark zu steigern.

Am 27. Januar 1930 schrieb das „Volksblatt" von Ausbeutermethoden, „Unternehmermanieren", „Drohung gegen Angestellte", „Terrorismus", „die wichtigste Artikel am Lager", „Brecht die Mißwirtschaft der Opposition". Diese Verbrecher am Proletariat wußten genau, daß mit solchen Methoden der Kredit der Genossenschaft geschädigt werden mußte. Jedem Genossenschaftler war bekannt, daß mit trotz Ausschluß aus dem Zentralverband deutscher Konsumvereine ständig die Bezahlungen aller Lieferanten durch die GEG vornahmen. Jeder wußte auch, daß meist nur Lieferanten der GEG zur Warenbeschaffung in Anspruch genommen wurden. Trotzdem ließen Sozialdemokraten von Lieferanten zu Lieferanten, um die Warensperre über uns verhängen zu lassen. Alle Banken und Kreditanstalten wurden aufgefordert, der Merseburger Genossenschaft ihre Hilfe zu versagen. Hunderte Mal wurde die Pleite der Genossenschaft signalisiert, um damit eine Boycottbewegung der Lieferanten zu erzielen. Die Austritts- und Kündigungsbewegung wurde durch den zähen Kampf der Mitglieder zurückgeschlagen, damit illusorisch gemacht.

Nichts konnte die proletarische Genossenschaft erschüttern.

Erst mit Hilfe der Leunaleute gelang es den Sozialfaschisten, die neuen Werkskonsumverein in den Gefilden der Leunagemeinschaft zu errichten. Gelder des Chemietrusts wurden dafür verwandt.

Das Finanzamt wurde auf Betreiben des Sozialfaschisten Mikowsky, Magdeburg, dem Verbandsrevisor der GEG, mobilisiert um 20 000 Mark Körperschaftssteuer aus der Genossenschaft herauszuquetschen. 20 000 Mark die sonst dem Unternehmen geführt werden konnten, die dazu beigetragen hätten, billigere Preise den Arbeitern zu vermitteln.

Mit gefälschten Austrittsscheinen suchten die Sozialfaschisten die Genossenschaftsmitglieder auf, um sie zum Austritt zu bewegen. Selbst vor Unterschriftenfälschungen wurde nicht zurückgeschreckt. Spardücher wurden gesammelt und die Sparer aufgefordert, ihre Gelder zu kündigen. Tausende von Mark mußten in wenigen Wochen ausgezahlt werden. Daß solche Maßnahmen zu Störungen eines jeden Betriebes führen müssen, ist selbstverständlich.

Die Faschisten Italiens vernichteten die Genossenschaftsbewegung durch Mord und Brand. Die Faschisten Deutschlands versuchen sie durch Betrug, Verleumdung und gewissenlose Hetze und durch die Methoden kapitalistischer Gurgelabschneider zu vernichten.

Die Genossenschafter Merseburgs haben in 10 Jahren gegenug Erfahrungen gesammelt, um auch über die jetzigen Schwierigkeiten hinwegzukommen. Sie werden trotz fortgesetzter Verleumdung weiter zur revolutionären Partei des Proletariats zur revolutionären Genossenschaftsbewegung stehen. Nichts wird sie davon abhalten, den Kampf siegreich weiter zu führen.

Saboteure werden ausgeschlossen

Die Parteimitglieder Richard Hirsemann und Karl Rothe sind mit sofortiger Wirkung aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen.

Begründung

Die Genannten treten in Versammlungen gemeinschaftlich mit den Sozialfaschisten gegen die KPD auf, verleugnen die Grundsätze der revolutionären Genossenschaftspolitik und unterstützen durch ihr feiges Auftreten die Zerrümmerungspolitik der Sozialfaschisten gegen den AGV Halle. Hirsemann versucht unter Ausnützung der Konsumgelle Ammendorf eine opportunistische Fraktion zu bilden und untergräbt systematisch die Parteiorganisation Ammendorf.

Trotz wiederholter Aufforderung hat Hirsemann das Mandat als kommunistischer Provinziallandtagsabgeordneter noch nicht niedergelegt.

Sekretariat der KPD Halle-Merseburg.

In der Strafsache

gegen den Schriftleiter Max Lademann aus Hannover, Kurfürstenstraße 21, geboren am 17. Mai 1896 in Leipzig, wegen Beleidigung.

Das Schöffengericht, Abteilung 20, in Halle a. d. S. hat am 25. Oktober 1930 für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen öffentlicher Beleidigung in 3 Fällen zu dreihundert Reichsmark Geldstrafe, hilfsweise für 30 Tage Gefängnis für je fünf Reichsmark, und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Dem Reichsminister a. D. Severing, dem Preußischen Ministerpräsidenten Grzesinski, sowie dem Polizeipräsidenten a. D. Zörgiebel, wurde zugleich in seiner Eigenschaft als oberstem Leiter der Berliner Schutzpolizei, wird die Befugnis zugesprochen, binnen 8 Wochen nach der rechtskräftigen Verurteilung des Angeklagten, auf Kosten des Angeklagten einmal in der Hallischen Tageszeitung „Klassenkampf", und zwar an der Spitze des redaktionellen Teiles die Veröffentlichung bekannt zu machen.

Den genannten Beleidigten wird auf Kosten des Angeklagten eine Ausfertigung des Urteils erteilt. — 4. J. 1757/29. —

Halle a. d. S., den 20. Januar 1931.

Der Oberstaatsanwalt.

Aus eigenen Werkstätten
Chaiselongues 32.- 38.- 45.- 50.-
Mod. Liegesofas (Couches) 64.- 85.- 95.- 110.-
Bettchaiselong. 95.- 105.- 125.- 135.-
Sofas 53.- 65.- 90.- 98.-
Entgegenkommende Zahlungsbedingungen!
Bettenhaus Bruno Paris
Kl. Ulrichstraße 2 bis Domplatz 9
3 Minuten vom Markt

Ab 30. Januar befinden sich meine Praxisräume
Leipziger Str. 56
im Hause Piano-Hoffmann, neben Hotel „Goldene Kugel".
Dr. med. Ettinger
Telefon 24016
Sprechstunden 9—11 und 4—6 Uhr. 452

Achtung! Achtung!
Zur Uebernahme der Gastwirtschaft
Flugplatz-Kasino (Bölkestraße)
erlaube ich mir alle Freunde, Bekannte und Gönner meines neuen Unternehmens zu der am SONNABEND DEN 7. FEBR. abends 8 Uhr stattfindenden
Gr. Eröffnungsfeier
einzuladen 455
Flotte Musik — Gr. Ueberraschungen
Ende??? — Eintritt frei — DER WIRT
Karl Beßler und Familie

Vom 13. bis 15. Februar bin ich in Halle, Hotel Grüner Baum, Frankestraße, um
künstliche Augen
nach der Natur f. Patienten herzustellen u. einzusetzen
Ludwig Müller-Uri
gegr. 1835, ältestes Anstalt dieser Art in Deutschland
Leipzig, Universitätsstrasse 18 · Berlin, Karlstrasse 15.

Meine billigen Vogelbauer sind wieder eingetroffen
Max Krug, Samenhandlung
Markt 16

Brennholz
hart und weich, in jeder gewünschten Größe empfiehlt frei Haus
Louis Kuckelt G. m. b. H.
Dampfsägewerk
Bugenhagenstr. 13
321 Tel. 25564

Stadt-Theater
Heute Mittwoch, 20 bis 22½ Uhr
Zum letzten Gastspiel Paul Wegener mit eigenem Ensemble
Maria Magdalena
Trauerspiel von Friedrich Hebbel
Donnerstag, 20 bis 22½ Uhr
Des Meeres und der Liebe Wellen
Trauerspiel von Franz Grillparzer
Zahlung der ersten Gesamtmieten-Rate erbeten

Rohfleisch u. Wurst
zu billigsten Preisen empfiehlt
Dyrna, Rohfleischerei.
Kleiner Sandberg u. Unterberg 17.
Hundefutter abzug. Wiederverkäufer gesucht.

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Sparen heißt:
jede praktische Hausfrau deckt ihren Bedarf ab Fabrik. So kommen auch Sie bitte in meine Verkaufs- und Filialräume.
Damen-, Backfisch- u. Kinderstrümpfe, Herrensocken und Sportstrümpfe pp.
Alle Wollsachen, Seiden-Trikot-Wäsche, Handschuhe 456
von der einfachsten bis zur besten Qualität zu allerbilligsten Preisen!
Wiederverkäufer, Vereine usw. erhalten Sonder-Rabatt!
Strumpf-Eva
Halle, Große Ulrichstraße 36.

Herabgesetzte Preise
Geschmackv., formenschöne
Schlafzimmer
große Auswahl 450
105G.- 95G.- 79.-.- 68G.- 55G.- 350.-
Gebr. Jungblut
Halle (Saale)
Albrechtstr. 37

WALHALLA
Begeisterung ohne Ende!
Kalman's großer Operetten-Erfolg
Die Faschingsfee

Kaffeehaus Roland
Täglich
Großes Bockbier-Fest
2 Kapellen 2 Kapellen
Stimmung und Humor

Masken für Damen und Herren in grob. Auswahl b. 3.48 an
Zeugner & Riedel
Ob. Leipziger Straße 61-62, Hof, 2 Treppen

Besonders preiswerte moderne Küchen
Mk. 118.- 125.- 180.- 225.- 275.
Entgegenkommen. Zahlungsbedingungen. Transport frei
Bettenhaus Bruno Paris
Kleine Ulrichstr. 2 bis Domplatz 9. 3 Minuten vom Markt

Fabrikneue Schreibmaschinen in Miete!
Monatlich 10 M., evtl. Anrechnung bei Ankauf. Off. unt. 421 an die Exped. d. Blattes

Prima Rohfleisch u. Wurst
empfiehlt Dyrna
Rohfleischerei
Kleiner Sandberg u. Unterberg 17.
Wiederverkäufer gesucht.

Allgem. Konsum-Verein Halle E. G. m. b. H.
Sonntag, den 15. Februar, nachm. 15 Uhr, findet im Bönnickschen Saal die diesjährige Generalversammlung statt.
Tagesordnung:
Punkt 1: Bericht über das Geschäftsjahr 1930.
Punkt 2: Genehmigung der Bilanz, Beschlußfassung zur Verwendung des Reingewinnes. Entlastung des Vorstandes.
Punkt 3: Ergänzungswahlen zu Vorstand und Aufsichtsrat.
Punkt 4: Genossenschaftliches.
Anträge müssen 3 Tage vorher eingereicht werden.
Der Aufsichtsrat: Hermann Dellmann.
454

Kolonialwaren, Farben, Sämereien, Futtermittel, Darmhandlung
F. Roskoden
Delitzsch

C. O. MEYER
Delitzsch, Hallesche Str.
Zigarren · Zigaretten · Rauchtabak · Kautabak
eigene Fabrikation

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310204-12/fragment/page=0004

Rüstet zum internationalen Erwerbslosentag am 25. Februar!

Kämpft für die Winterbeihilfe, für Arbeit und Brot, gegen Zwangsarbeit und Unterstützungsraub!

Nach der Arbeitslosen wächst unaufhörlich! 4,4 Millionen Erwerbslose meldete der amtliche Bericht bereits Ende Dezember. Dazu kommen, wenn man die Angaben des ADGB über die Kurzarbeit zugrundelegt, mindestens 3 Millionen Menschen, die nur drei oder vier Tage in der Woche arbeiten. Die höchsten Ziffern, die bisher in den schlimmsten Zeiten in Deutschland — das Rationalisierungsjahr 1926 und der furchtbare Winter 1928/29 — festgestellt wurden, sind damit weit übertroffen worden. Und noch immer ist kein Ende abzusehen. Selbst das bürgerliche Institut für Konjunkturforschung hat vor kurzem zugegeben, daß der Tiefstand bei weitem noch lange nicht erreicht sei.

Mehr als über 15 Millionen Menschen sind also, wenn man die Familienangehörigen der Arbeitslosen mit in Betracht zieht, von ungeheurem Elend betroffen. Durch die Maßnahmen der Brüninger Regierung — Massensteuern, Abbau der sozialen Einrichtungen, Herabsetzung der Erwerbslosenunterstützung, Lohnabbau u. a. — wird das Elend der Proletariermassen geradezu entsetzlich. Die Not der Proletariermassen wird noch ungeheuer gesteigert durch die Herabsetzung der Unterstützungssätze in der Arbeitslosenversicherung, durch die Einführung neuer Zwangsbestimmungen zum Entzug der Unterstützung und — bei gleichzeitiger Erhöhung der Beiträge auf 6,5 Prozent — durch die Notverordnung haben die Arbeitslosen und die Betriebsarbeiter um Hunderte von Millionen Mark beraubt.

Dieser Kurs ist durch die neue Verordnung Stegerwalds zur Erwerbslosenfürsorge vom 11. Oktober 1930 fortgesetzt worden. Danach wird nicht nur die Unterstützungsdauer um 7 Wochen herabgesetzt und eine neue verschärfte Bedürftigkeitsprüfung eingeführt, es sind auch die schon kümmerlichen Unterstützungssätze werden auf ein bisher nie dagewesenes Maß abgebaut.

Die Hungersätze sollen den Kommunen als Richtsatz dienen. Auf der anderen Seite wird brutal und rücksichtslos in allen Gruppen von den Unternehmern der Lohnabbau durchgesetzt.

Der grausame Raubzug der Unternehmer wird sowohl von den Nationalsozialisten wie auch von den Führern der SPD und der Gewerkschaften mit allen Mitteln, angefangen vom notorischen Streikbrecher bis zum blutigen Polizeiterror unterstützt.

Die Brüning-Regierung plant neue Anschläge auf die Arbeitslosen. Der Reichsfinanzminister Dietrich hat offen die Karten gezeigt. Er will die Arbeitslosenunterstützung abbauen und die Mittel, die durch Beiträge und Steuern von den Werktätigen für die Arbeitslosenunterstützung aufgebracht werden, den Unternehmern als „Lohnzuschüsse" zuschanzen. Daneben werden Verhandlungen mit den Gewerkschaften und Unternehmerorganisationen über die Einführung der Zwangsarbeit geführt. Um die Öffentlichkeit irrezuführen, spricht man über Arbeitsdienstpflicht, die nicht diskutabel sei, weil dafür erhebliche Kosten aufgewandt werden müßten. In Wirklichkeit handelt es sich bei den Beratungen um die Einführung übelster Sorte für alle Arbeitslosen, die eingeführt werden soll, um den Unterstützungsaufwand auf ein Minimum herabzudrücken.

Die Arbeiter und Erwerbslose müssen diesen neuen unerhörten Angriff erkennen und sofort alle Gegenmaßnahmen treffen. Die geplante Arbeiterschaft zum Kampf gegen den Abbau der Arbeitslosenunterstützung und gegen die Einführung der Zwangsarbeit zu mobilisieren. Unter der Führung der Kommunistischen und der Revolutionären Gewerkschaftsopposition muß in allen Betrieben, auf allen Stempelstellen, in allen proletarischen Massenorganisationen jetzt die breiteste Einheitsfront aller Arbeiter und Arbeiterinnen hergestellt werden, die den Kampf aufnehmen für die Forderungen:

Unterstützung aller Arbeitslosen für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit!

Sofort mit einer Winterbeihilfe in Höhe von 50 Mark an alle Erwerbslosen-Hauptunterstützungsempfänger und 10 Mark für jeden Unterhaltsberechtigten.

Gegen Betriebsstillegungen, Massenentlassungen und Ueberstunden, für den Siebenstundentag mit vollem Lohnausgleich.

Ausreichende Arbeitsbeschaffung in Reich, Ländern und Kommunen.

Ablehnung der Zwangsarbeit und der Arbeitsdienstpflicht, Verweigerung jeder Arbeit unter den tariflichen Bedingungen.

Beseitigung der Zwangs- und Strafparagraphen in der Arbeitslosenversicherung, Beseitigung der Bedürftigkeitsprüfung!

Erlaß der Hauszinssteuer und anderer Abgaben für die Erwerbslosen, unentgeltliche Lieferung von Kohlen, Holz, Elektrizität und Gas sowie Kartoffeln für die Erwerbslosen und Milch für die Kinder durch die Kommunen.

Diese wirtschaftlichen Forderungen gilt es zu verbinden mit der Organisierung des wahrhaften Kampfes gegen den Faschismus. In allen Betrieben gilt es Betriebswehren, auf allen Stempelstellen Erwerbslosenklassen zu schaffen, die sich zusammenschließen in dem Kampfbund gegen den Faschismus.

Am 25. Februar muß die Millionenarmee der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter zum Kampf gegen das Hungerregime der Brüning-Regierung und für ihre Forderungen aufmarschieren.

Kampf ist die Losung:

Rote Betriebsräte in Hunger-Mansfeld

Mansfelder Bergarbeiter, trotz sieben Millionen Staatssubventionen wird euer Lohn gekürzt

A.-K. Bei den Verhandlungen der Mansfeld AG auf Zuwendung von Subventionen, soll sich die AG bereiterklärt haben, 1000 Erwerbslose einzustellen. Inwieweit diese Abmachungen bestehen, können wir nicht kontrollieren. Aber eins steht schon jetzt fest, daß die AG gar nicht daran denkt, Leute einzustellen, sondern den noch im Betrieb Stehenden soll der Lohn ganz erheblich gekürzt werden. Auf die Anfrage eines Bergarbeiters auf Wiedereinstellung von Erwerbslosen äußerte sich der Betriebsleiter Liebing vom Klothildeschacht: „Daran ist gar nicht zu denken, sondern das Gegenteil kommt in Frage."

Auf der Krughütte sägen soviel Schiefer auf Stapel, daß die Mansfeld AG dazu übergehen müßte, mehrere Feierschichten einzulegen. Bergarbeiter, man beugt jetzt schon vor, euch euern Lohn noch weiter herabzudrücken. Um dieses zu verhindern, gibt es nur ein Mittel, und das ist der Streik. Nur ein gut geführter Streik auf allen Schächten und Hütten rote Betriebsräte, versetzt euch in die Lage, eure alten Rechte zurückzuerobern. Wählt die wirklich gewillt sind, eure Rechte zu vertreten.

Nicht einen SPD-Bauer auf der Krughütte, der es vorzieht, Mützen zu verkaufen, als die Forderungen der Hüttenleute zu vertreten, oder einen Lammer, der mit gestohlenem KPD-Stadtverordnetenmandat zur SPD geht. Der Bergarbeiter Ernst Schröder vom Wolfschacht, SPD-Mitglied und Reichsbannermann, äußerte sich wörtlich: **„Cämmer ist und bleibt in meinen Augen ein Lump, wenn er auch jetzt mein Genosse ist. Denn er hat sein Mandat nicht von der SPD erhalten, sondern hat es den KPD-Wählern gestohlen."** Wir haben dem nichts mehr hinzuzusetzen.

Nur die rote Einheitsliste wird gewählt

Liste 1 — auf „Fürst Bismarck"

Gebt Sozialfaschisten und Renegaten die richtige Antwort! — Entscheidet euch für den Kampf!

A.-K. Eine von 120 Kumpels besuchte Belegschaftsversammlung der Grube Bismarck (bei Zipsendorf) beschäftigte sich mit der vom 3. bis 6. Februar stattfindenden Betriebsratswahl. Ginhold als Vorsitzender gab einen sehr miesen Geschäftsbericht, in dem er auch davon sprach, daß die Werksverwaltung in der Frage der Entlassungen bzw. der Kurzarbeit Entgegenkommen gezeigt habe. Der sattsam bekannte Roselt wie auch die Niete Lauterschläger krochen vor dem anwesenden Grubenpolizisten zu Kreuze und forderten die Entfernung einiger „Nicht-Belegschaftsmitglieder". Sie bewiesen damit aufs neue ihre Rolle als Unternehmerknechte. Genosse Rumpel deckte die Schiebung bei Einberufung der Versammlung auf und bewies auch, daß der schlechte Besuch auf das Schuldkonto der Einberuser zu buchen sei.

In längeren Ausführungen nahm Roselt Stellung zur Betriebsratswahl. Unter Bezugnahme auf das Vorhandensein von drei Listen prägte er ungewollt den Satz: „Die RGO will die Einigung wieder herbeiführen", dann im gleichen Atemzuge wetterte er gegen die RGO! Zum „Fall Ginhold" (G. war erst Spitzenkandidat der RGO und macht jetzt den Spitzenkandidaten der Reformisten) war einer seiner Aussprüche interessant, nämlich der: „Ginhold war kein Kommunist, er stand unseren Gedankengängen immer sehr nahe." Typisch, sehr typisch. Ginhold selbst stammelte zur Entschuldigung: „Ich habe mich bewegt, wie es sich für einen Gewerkschaftsfunktionär gehört!" Das glauben wir. Er sprach dann auch davon, „der Meute den Rücken gekehrt zu haben, und sprach von einem „Wisch", der RGO-Karte.

Die Genossen Eichler und Rumpel blieben diesen Leuten nichts schuldig. Daß sie den Nagel auf den Kopf getroffen hatten, bewies das Aufheulen dieser Futterkrippenjäger.

Kumpels, vergeßt nicht die Stellung der Gewerkschaften bei der Kündigung des Mehrarbeitsabkommens. Gebt diesem Gelichter die Antwort, indem ihr die Rote Liste Nr. 1 wählt. Wahlzeit Freitag, den 6. Februar, von 5,30—6,30 Uhr und 14— 16,30 Uhr. Gewählt wird: Grube, Abraum und Maschinenpersonal — Oberfeigerbüro auf dem Abraum. Alle anderen Kategorien wählen im Betriebsratszimmer.

Alles für den Sieg der Liste 1: Müller, Rumpel.

Da muß rote Hochburg werden!

Helft alle mit, schafft starke Fundamente

Hinein in die Partei, hinein in die Betriebsgruppe der RGO

A.-K. Im „Klassenkampf" wurde bereits berichtet über die Diskussion der Klebestreifen, die während der ganzen Woche anhielten und sich prangten. Es war auch wirklich zu drollig, wie die Werkspolizei und Pinkertons anstellten. Erst liefen sie in Zivil herum und als sie merkten, daß sie von den Proleten erkannt wurden, kamen sie nachher nur noch in Schlosserkluten. Sie waren gleich bei Schichtbeginn da und kamen aller 2 Stunden regelmäßig durch die einzelnen Werksgebiete. Die Uhrzeit wurde richtig aufgedreht im Bau 24. Und die Klebestreifen so fest, die Herrschaften konnten sie recht schlecht los, und waren sie abgekratzt, so klebte man Minuten darauf wieder Streifen. Sozialdemokratische Funktionäre, Busenkumpel von Walter, haben sich gar mächtig über den Inhalt der Streifen entrüstet und über die Tatsache des Klebens überhaupt. „Noch vor Wochen ist erst Betriebsratswahl, und die Kommunisten kleben schon wieder an zu wühlen!" — sagte so ein Freund der Ordnung.

Die Stimmung — eine Diskussion hat die Kleberei ausgelöst, war prächtig. Parteilose Arbeiter meinen: „Diesmal kriegt eine Schlappe — wer soll denn diesen Verräter wählen?" Darauf an, daß aber eine richtige Agitation entfaltet wird. Jeder Kollege muß auch wissen, warum er rote Betriebsräte braucht. Die Wahlen sollen Kampfmobilisierung bedeuten.

Warum gehen wir überhaupt noch nach Leuna arbeiten?

A.-K. Ich sitze neulich beim Friseur und unterhalte mich mit einem ebenfalls dort wartenden Arbeitern. Wir sprechen über die Wohnungsnot und über die Lohnabbauoffensive der deutschen Industrieller. Jeder kann sein Lied singen über die dauernden Abzüge vom Lohn. Dabei kommt auch ein Leunaarbeiter mit in die Diskussion. Er erzählt uns, daß er früher Angestellter war und daß er durch die Rationalisierungsmaßnahmen des Werkes jetzt wieder als Arbeiter verwendet wird.

„Nächste Woche" — so erzählt er uns — „wird wieder in einem weiteren Teil des Werkes die 40-Stunden-Woche eingeführt. Es ist am besten, man geht gleich stempeln. So fährt man nun jeden Tag nach Leuna, muß das Fahrgeld bezahlen, das übrigens jetzt auch wieder erhöht worden ist, und am Ende der Woche hat man dann ganze 30 Mark verdient. Und bei der Schufterei, die in Leuna verlangt wird! Warum gehen wir denn überhaupt noch arbeiten? Wir leben ja nicht besser als die Erwerbslosen, die sind bald am Verhungern — und wir auch!"

Wir diskutieren noch eine Weile mit dem Leunaproleten und fragen ihn natürlich, was er denn zu der Ansicht der Sozialdemokraten meint, in bezug auf die 40-Stunden-Woche. Darauf erklärt er uns, daß kein Arbeiter im Werk mehr glaubt, daß durch die 40-Stunden-Woche die Entlassungen aufhören würden. Dauernd gehen die Entlassungen weiter und in allernächster Zeit wird wieder die Frage vor einem großen Teil der Leunaarbeiter stehen, daß sie entlassen werden.

„Die Sozialdemokraten können uns viel erzählen — wir sehen doch, was in Wirklichkeit los ist!"

Das also sagen die Leunaarbeiter! So schätzen sie die Taten der sozialdemokratischen Werkslakaien ein! Genossen! Zugreifen! Hier tut Verstärkung unserer Agitation, Verstärkung unserer Arbeit not! Nutzt diese Stimmung unter den Leunaproleten aus.

Agitiert für die rote Betriebsratswahl! Leuna muß wieder die rote Burg des revolutionären Mitteldeutschland werden! Gewinnt die Leunaarbeiter für die RGO — gewinnt sie für den Kampf!

Mit der Zuckerfabrik Roßla ists Essig

Die Zuckerfabrik Roßla ist nunmehr, wie eine ganze Anzahl ähnlicher Querfichen, stillgelegt worden. Mit dieser Stillegung ist neues Anschwellen der Erwerbslosenziffern und neue Vermehrung des Elends verbunden, gegen das die Erwerbslosen mit den Betriebsarbeitern gemeinsam am 25. Februar, dem Kampftag gegen Massenerwerbslosigkeit, aufmarschieren müssen!

Der Bekleidungsarbeiterverband vor der Pleite

A.-K. Der Deutsche Bekleidungsarbeiter-Verband, Bezirksfiliale Leipzig, gibt durch Rundschreiben den Generalversammlungsdelegierten und Funktionären bekannt, daß in Zukunft keine Erwerbslosenunterstützung mehr ausgezahlt wird bei Kurzarbeit und bei wochenweisem Aussetzen! Die Kollegen sollten warten, bis sie „richtig erwerbslos" seien. Unterzeichnet ist das Schreiben von den Bonzen Kluge und Heinze.

Es herrscht große Empörung unter den Reihen der Verbandskollegen, denn bekanntlich wird gerade in der Bekleidungsindustrie oft genug „vorübergehend" ausgesetzt. Aus dem Bonzenschreiben geht hervor, daß man keine Erwerbslosenunterstützung mehr zahlen kann. Im Bekleidungsarbeiter-Verband machen sich dieselben Zustände bemerkbar, wie in den übrigen Verbänden. **1 Million Gewerkschaftsbeiträge wurden für den Wahlfonds der SPD verpulvert. Die übrigbleibenden Gelder werden zur Hetze gegen die RGO gebraucht (Herausgabe von Schmierschriften), und selbstverständlich darf am allerletzten die Verbandsbürokratie in die wirtschaftliche Notlage hineingerissen werden!**

Bekleidungsarbeiter, erkennt, daß ihr nur unter der Führung der RGO etwas erreichen könnt! Pfeift auf die Bonzen, die aus den Gewerkschaften Unterstützungsvereine machten und diese Vereine dem Zusammenbruch entgegenführten. **Schmiedet die revolutionäre Einheitsfront der organisierten und unorganisierten Kollegen und marschiert mit der gesamten revolutionären Arbeiterklasse gegen faschistische Diktatur und verräterische Bonzenkratie.**

Und dein Betrieb, Genosse?

Was hast du bisher getan, um für die Bezirks-Chemiekonferenz am Sonntag, dem 8. Februar, in Halle Delegierte zu wählen? Die Zeit eilt! Nutzt die letzten Tage! Alle Meldungen über die Wahl sind an das Bezirkskomitee der RGO zu richten!

Macht die Chemiehöllen streikreif!

Wichtige Versammlungen u. Konferenzen

Buchdrucker-Opposition Halle

Donnerstag, den 5. Februar 1931, 20 Uhr, findet in [illegible] Produktiv eine sehr wichtige Besprechung der oppositionellen Buchdrucker statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310204-12/fragment/page=0005

Am gestrigen Tage standen die

Arbeitermassen von Halle in Sturmbereitscha

gegen die sozialfaschistischen Verbrecher am roten Konsumverein

Gestern war die Hallische Arbeiterschaft wieder in Massen aufmarschiert, um ihren entschlossenen Willen zur Verteidigung des roten Konsumvereins, ihre Treue zur Kommunistischen Partei und zur proletarischen Revolution zu bekunden. Die vom Kampfbund gegen den Faschismus einberufenen Versammlungen im Wintergarten, im Lindenhof Cr.-Ulw. und in der Produktiv waren überfüllt. Der Wintergarten wurde wegen Ueberfüllung polizeilich gesperrt. Die Massenversammlungen wurden zu einer großen Abrechnung mit Schaumburg und seinen Freunden und mit der SPD, nicht nur wegen ihrer Verbrechen am ARB Halle, sondern wegen des noch viel größeren Verbrechens, das die SPD Tag für Tag begeht, indem sie die faschistische Diktatur in Deutschland stützt und so der vollen Auswirkung des Faschismus Vorschub leistet. Im Auftrage des Kampfbundes gegen den Faschismus sprachen im Wintergarten der Genosse Erich Behnke, im Lindenhof der Genosse Dietrich und in der Produktiv die Genossin Ella Seidel. Die Lage im ARB schilderten die Genossen Ertinger im Wintergarten, Berthold Koenen im Lindenhof und Härtel in der Produktiv. Mit Begeisterung wurden die Erklärungen der Redner entgegengenommen, daß

ganz bedeutende Schritte zur Ueberwindung der Schwierigkeiten des ARB bereits getan

sind, dank dem Massenbekenntnis der Hallischen Arbeiterschaft, ihren ARB zu verteidigen, war es möglich, mit den Lieferanten des ARB Abkommen zu treffen, nach denen

die Belieferung mit Waren fortgesetzt

wird, so daß in der nächsten Woche schon die Verteilungsstellen wieder mit Waren voll belastet werden können. Stürmische Zustimmung erhielten die führenden Genossen des ARB, als sie erklärten, daß der Kampf zur Verteidigung des ARB ein Teil des Kampfes gegen den Sozialfaschismus, gegen die faschistische Diktatur überhaupt ist. In demselben Sinne waren auch die Diskussionsreden gehalten, im Wintergarten sprach Genosse Gutjahr in der Diskussion und lenkte die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die Betriebsrätewahlen, auf die Notwendigkeit der

Eroberung des Leunawerkes, an der die gesamte revolutionäre Arbeiterschaft, die gesamte werktätige Bevölkerung teilnehmen muß.

Dem Sozialfaschismus eine Schlacht geschlagen

Drei überfüllte Massenversammlungen des Kampfbundes gegen Faschismus — Peitevers[illegible]ammlung der Sozialfaschisten

Vor dem Volkspark hatten sich mehr als 1000 Arbeiter unter Führung des Kampfbundes versammelt, die zur SPD-Versammlung, die erst als öffentlich angekündigt und dann in eine Fraktionsversammlung umgewandelt worden war, Einlaß haben wollten. Zwei Hundertschaften Polizei waren im und um den Volkspark herum postiert, die ihnen den Eintritt verwehrte. Nur etwa 80—100 Arbeitern gelang es hineinzukommen.

Der Kampfbund marschierte 2 Stunden lang in höchster Disziplin durch die Straßen von Halle, insbesondere durch die Arbeiterstraßen des Nordens mit stürmischen Niederrufen auf den Sozialfaschismus.

Vor dem Wintergarten kam es zu Gummiknüppelattaken der Polizei, die von einem Oberleutnant in Zivil befehligt wurde. Er wollte verhindern, daß Arbeiter noch in den Wintergarten hineinkommen.

Im Volkspark gab nach einer wüsten, vor Beschimpfungen des Vorstandes des ARB strotzenden Hetzrede Schaumburgs der Genosse Kunz die Erklärung ab, daß die Genossen Ertinger, Koenen und Härtel in einer Fraktionsversammlung der SPD nicht sprechen werden, daß sie in vollster Oeffentlichkeit dort sprechen, wo die Massen sich befinden. Als ein Diskussionsredner in rüdester Weise feststellte, daß Lügen kurze Beine haben und daß die Ausführungen Schaumburgs Lügen seien, wurde er von Schaumburg angegriffen,

mit Schlägen traktiert und von der Bühne des „Volkspark" herausgeworfen.

Auf diese ungeheuerliche Provokation antworteten die Arbeiter indem sie die „Internationale" singend den Saal verließen. Diese Anhänger der SPD folgten ihnen, denen die Augen über den Charakter ihrer Partei in dieser Versammlung aufgegangen waren.

Der gestrige Abend war — alles in allem — eine neue entscheidende Niederlage des Sozialfaschismus in Halle!

Im überfüllten Wintergarten

Der Saal des Wintergartens war überfüllt. Die Polizei sperrte den Saal ab. Genosse Fritz Benkwitz, der die Versammlung leitete, sagte bei der Eröffnung der Versammlung, daß die Frage des Kampfes um den ARB Halle von der klassenbewußten Arbeiterschaft schon so gut wie entschieden worden sei. Mit Heiterkeit wurde die Mitteilung aufgenommen, daß die SPD ihre ursprüngliche öffentliche Versammlung in eine Fraktionsversammlung umgewandelt hat, einzig aus dem Grund, weil sie das Auftreten der Genossen Ertinger, Koenen und Härtel, das diese zugesagt hatten, fürchteten. Dann nahm als Vertreter des Kampfbundes gegen den Faschismus das Wort

Genosse Erich Behnke:

Er knüpfte an einen kurzen Artikel an, der in der sozialdemokratischen Presse erschienen ist und in dem bestritten wurde, daß in Deutschland die faschistische Diktatur bestehe, weil man ja noch zu Parlamenten mäßen und Versammlungen abhalten könne. Genosse Behnke verwies auf Polen und Italien, insbesondere auf Italien, wo trotz der Machtergreifung durch Mussolini noch monatelang die Kommunistische Partei legal war. Parlamente aber gibt es heute noch in Polen und sogar in Italien trotz des Faschismus. Genosse Behnke geht auf die Dinge ein, die gegenwärtig sich im Reichstag abspielen, auf die Verschärfung der Gehältsordnung. Er behandelt die Diktatur der Sozialdemokratischen Regierungspräsidenten in den Gemeinden usw. Er geht auf die Verbrechen der Nazis ein, die sie Tag für Tag gegen die revolutionäre Arbeiterschaft begehen. Er schildert die Verbrechen des Sozialfaschismus. Dem Massenelend in Deutschland stellt er gegenüber die Verwirklichung des Fünfjahrplanes, das Wachsen des Sozialismus in der Sowjetunion. Der Kampf gegen den Faschismus muß organisiert werden. (Beifall.)

Genosse Ertinger

führte noch ihm aus: Die Verwaltung des ARB Halle legt den größten Wert darauf ständig in Fühlung mit den Massen zu bleiben. Die Behebung der Schwierigkeiten, in denen der ARB sich befindet, ist nur möglich, wenn die Masse der Mitgliedschaft, die Masse der Arbeiter daran mitwirkt. Wenn die Arbeiter den Mut zum revolutionären Kampfe haben, dann ist drei Viertel des Weges zum Siege schon hinter uns. Es geht jetzt um Sein oder Nichtsein des ARB. Die sozialfaschistischen Bonzen in der GEG wollen verhindern, daß die mitteldeutschen Konsumvereine Halle und Merseburg unter Führung der Kommunisten zu einem Fanal für die Arbeiter ganz Deutschlands werden.

In verbrecherischer Weise hat die Genossenschaftsbürokratie den Konsumverein Merseburg ausgeschlossen, einzig und allein, weil er streikende Arbeiter unterstützt hat. Dieselbe

Genossenschaftsbürokratie hat Kriegsanleihe gezeichnet,

hat sich an der Zeppelin- und Eckener-Spende beteiligt und an der Lotoverteuerung durch die Unterstützung des Scheuer-Konzerns [illegible]. Die SPD hat jahrelang den Angriff auf die [illegible] Arbeiter im ARB Halle [illegible]. Sie hat zuerst die Lieferanten aufgehetzt, den öffentlichen Kredit zu zerstören gesucht, sucht heute sind entscheidende Beschlüsse über die Weiterbelieferung des ARB gefaßt worden. In der kommenden Woche werden die Verteilungsstellen mit Waren wieder vollgepfropft werden. Eine Massenkontrolle muß einsetzen, daß die Arbeiter nun auch dadurch ihren roten Konsum verteidigen, daß sie

in Massen in den Konsumläden kaufen!

Wenn die SPD glaubt, aus den Schwierigkeiten des ARB, die sie selbst erzeugt hat, Honig saugen zu können, so wird sie sich irren. Die Bienen, die im Korbe stecken, werden ihre Zunge ein Stück verkürzen. Achtet darauf, daß ein Sparer über die Märker Straße oder über den Harz geht. Jeder muß sich eintragen in die Listen, die wir in den Verkaufsstellen auslegen. In 14 Tagen bis 3 Wochen werden wir, wenn weiterhin die Arbeiter geschlossen zusammenstehen, auch mit diesem Streich der SPD fertig werden. Genosse Ertinger schließt mit dem Appell, weiterhin zur Kommunistischen Partei, zur proletarischen Revolution zu stehen, in breiter Front gegen den Faschismus zu kämpfen.

Genosse Gutjahr

schilderte die Vorgänge vor dem Volkspark, das rigorose Auftreten der Polizei, die 2 Hundertschaften stark, Schaumburg und seine Leute beschützte. Die Schaumburg und Konsorten sind heute zusammen, um dem ARB noch größere Schwierigkeiten zu bereiten. In Schraplau, wo 1921 während der Märzaktion von Hörsing-Polizisten Proletarier in Kallöfen ermordet wurden, sind in einer einzigen Einmotnerversammlung für die Verteidigung des ARB Halle 140 Mark aufgebracht worden (Händeklatschen). — Die tausend Arbeiter, die vor dem Volkspark versammelt wa[illegible] in wohldisziplinierten Zuge durch die Straßen der Stadt [illegible] mit den Rufen:

Nieder mit dem Sozialfaschismus!

Im nächsten Monat ist Großkampftag in allen Betrieb[illegible] Losung heißt:

Macht die Betriebe reif zum Streik! Wählt rot Betriebsräte.

In Halle wohnen 3000 Leunaarbeiter. Sie müssen gewähren, daß Rote Betriebsräte wählen, das ist die richtige Antwort. Die Zerstörungsarbeit der Sozialfaschisten am ARB. Das Gewicht bei der Verteidigung des ARB Halle muß in die Betriebe gelegt werden.

Während der Ausführungen des Genossen Gutjahr erhob sich parteiloser Arbeiter, der an der Volkspark-Versammlung der SPD teilgenommen hatte, das Wort und schilderte den Verlauf der Schaumburg und Konsorten. Eine eingehende Schilderung der Vorgänge gab dann noch der Genosse Kunz.

Ein Genosse aus der Engelhardt-Brauerei machte die Mitteilung, daß in dem Betrieb eine Gruppe des Kampfbundes gegen den Faschismus gegründet ist.

Die Genossin Ella Spiecker richtete einen Appell an die Versammelten: Laßt unseren roten Konsum nicht zugrunde gehen. Kampf auf der breitesten Front, sorgt dafür daß wir ein Sowjetdeutschland bekommen.

In seinem Schlußwort erklärte der Genosse Behnke nochmals, daß der Kampf zur Verteidigung des ARB Halle nur im Kampfe gegen den Faschismus ist.

Mit einer zündenden Ansprache des Genossen Bentkowitz und „Rot Front"-Rufen auf die KPD und auf das revolutionäre Proletariat wurde die Versammlung geschlossen.

Ebenso begeisterte und überfüllte Versammlungen fanden zur gleichen Zeit im „Lindenhof", in Cröllwitz und im „Produktiv" statt. Ueber diese Versammlungen werden wir noch besonders berichten.

Achtung! Achtung!

An die Betriebszellen, Straßenzellen und Ortsgruppen des Halle-Saalkreis!

Am Sonntag, dem 8. Februar, 9 Uhr, im Gesellschaftshaus, ziger Straße,

Parteidelegiertenkonferenz

Tagesordnung: Die Plenarsitzung des ZK vom 15./17. [illegible]
Lage und Aufgaben in Halle-Saalkreis.

Alle Delegierten müssen mit Mandat und Parteibuch ausgerüstet erscheinen. Jede Zelle und Ortsgruppe muß vertreten sein.

Mit komm. Gruß

BL der KPD, Abt. Halle-Saalkreis

Werksdirektor Schaumburg „argumentiert" mit Faustschläg[illegible]

Die Versammlung der sozialfaschistischen Genossenschaftszerstörer — Arbeiter verlassen unter Gesang der Internationale den Saal — Wuchtige Kampfdemonstration gegen den Faschismus vor dem „Volkspark"

Die SPD hatte ihre Männlein und Weiblein gestern abend nach dem „Volkspark" bestellt, wo der berüchtigte Schaumburg eine provokatorische und verlogene Hetzrede gegen die Kommunistische Partei und die Verwaltung des ARB hielt. Ein gewaltiges Polizeiaufgebot hatte den leiblichen Schutz dieses politisch kompromittierten und feigen Direktors übernommen. Am Saaleingang wurde eine scharfe Kontrolle durchgeführt. Da selbstverständlich nur ein geringer Bruchteil der Versammlungsbesucher im Besitz eines SPD-Mitgliedsbuches war, sah man sich genötigt, sich mit dem Konsum-Mitgliedsbuch als Ausweis zu begnügen. Die Feigheit der sozialfaschistischen Genossenschaftszerstörer dokumentierte sich vor allem auch in der Tatsache, daß vielen revolutionären Arbeitern und Mitgliedern der KPD der Zutritt verweigert wurde, um die

sozialdemokratische Propagandaversammlung für die Verelendung des ARB

nicht zu gefährden.

Schaumburg begann seine Ausführungen mit einer wüsten Schimpferei auf die Kommunisten und die Verwaltungsmitglieder des ARB. Dieser geschniegelte Bourgeoissozialist ließ folgendes Sammelsurium von Schmähungen gegen die Kommunisten vom Stapel: „Journalistische Halunken — politische Bankrotteure — Schmierfinken — Verbrecher" usw. Nachdem Schaumburg durch diese Schimpfflut das „Niveau" der ganzen Versammlung angedeutet hatte, erklärte er mit zynischer Frechheit: „Die SPD und die von der KPD so verschmähten Renegaten sind fortan gegen die Wahl der neuen Geschäftsleitung Sturm gelaufen." Dann versuchte er durch lächerliche Mätchen und blöde Bemerkungen über die Genossen Ertinger und Härtel Eindruck zu schinden.

Die Unterstützung des Mansfeldstreiks durch den ARB bezeichnete dieser von Hive protegierte 18 000 Mark-Direktor als politisches Verbrechen!

Die verbrecherischen Maßnahmen der SPD, der GEG und der Staatsgewalt gegen den ARB billigte er in vollem Umfange. Seine provokatorischen, jeglicher Sachlichkeit entbehrenden Ausführungen wurden oftmals durch laute Proteste und Zwischenrufe unterbrochen. Unter Gelächter eines Teiles der Versammlung gab der Herr Direktor zur Kenntnis, daß er froh gewesen sei, mit dieser „schmutzigen Gesellschaft" (dem ARB) geschäftlich nichts zu tun gehabt zu haben, sondern ein anderer „Vorstandskollege" der Wehag dies erledigen mußte. Zwischenruf: „Herr Kollege!"

Nachdem sich dieser famose SPD-Führer ausgetobt hatte, erhielt der Genosse Kunz das Wort und gab folgende Erklärung ab:

„Die Genossen des Vorstandes des ARB, Ertinger, Koenen, Härtel, sind zu jeder Zeit bereit, vor der Arbeiteröffentlichkeit über die Lage im ARB zu sprechen und den Saboteuren des ARB, den Sozialfaschisten entgegenzutreten und die Maske vom Gesicht zu reißen. Sie haben aber keinen Grund, in einer von der SPD einberufenen Mitgliederversammlung Rede und Antwort zu stehen. Die mitteldeutsche Arbeiterklasse wird unter Führung der Kommunistischen Partei mit Unterstützung der sozialdemokratischen Arbeiter den Kampf organisieren, um den Kapitalismus und seine Schmarotzer, die Sozialfaschisten, hinwegzufegen."

Nach dieser gehaltvollen Erklärung fing Alex Müller an zu sprechen. Darauf meldete sich ein Arbeiter zum Wort, der den Werksdirektor Schaumburg der Lüge bezichtigte. Da der zweite SPD-Werksdirektor die Wahrheit nicht ertragen konnte, packte er diesen Arbeiter und [illegible] mit brutaler Gewalt zur Bühne hinunter. Ein bemerkenswerter Vorgang!

Ein vollgefressener SPD-Werksdirektor mit 18 000 Mark Gehalt betätigt sich als Preisboxer gegen einen Arbeiter, der dieser die Wahrheit gesagt hatte.

Natürlich fiel es der Polizei nicht ein, den Schläger Schaumburg [illegible] zu greifen (es ist auch viel besser, wenn das der Arbeiterschaft [illegible] wird), sondern sie fiel über den Arbeiter her, um ihn „[illegible]". Dieses unerhörte Vorgehen Schaumburgs löste unter vielen Versammlungen stürmische Empörung aus.

Mit Rot-Front-Rufen und dem Gesang der Internationale verließ ein großer Teil der Versammlungsbesucher den Saal.

Dem heruntergekommenen Bompitz blieb es dann vorbehalten, die Lämmelei Schaumburgs gegen diesen Arbeiter zu [illegible]. Bompitz hat gestern abend sein Kriegsgeschrei für den reaktionären sozialdemokratischen Krämerladen abgelegt. Er betrieb unter dem Beifall der gefühlte der Sozialfaschisten eine wüste Hetze gegen die KPD. Bompitz [illegible] für seine Stiefelleckerei von den Schaumburg, Müller und Genossen [illegible] lich seinen wohlverdienten Lohn empfangen. Nach Bompitz' [illegible] Hetz- und Lügenrede hatte es kein SPD-Redner mehr nötig, [illegible] zu sagen. Bompitz hatte zur Zufriedenheit aller sozialfaschistischen Genossenschaftsleitende alles gesagt. Der Renegat König [illegible] schwomnitzes und widerliches Gesetze des Sozialdemokraten [illegible] Teil (!) Schuld an dem „Zusammenbruch des ARB" [illegible]. Seine sendenlahmen Ausführungen, die auf den Grundlage [illegible] waren: nur nicht bei der SPD anecken! wurde von den [illegible] mit einem verständnisvollen Grinsen entgegengenommen.

Die ausgelegten Eintrittserklärungen für den sozialdemokratischen Konsumladen wurden überhaupt nicht beachtet.

Werbt für den „Klassenkam[illegible]

Heute alles heraus zur

Großen Massenkundgebung der IAH gegen den Faschis[illegible]

Beginn 8 Uhr im „Volkspark" — „Kolonne Links" spielt — Eintritt 40 und 6[illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310204-12/fragment/page=0006

Stadt Halle
iss
ette
0-1,20 RM
ligen Preise
amin
nnischer Platz
gas-Anstalt
2, Krukenbergstr.
egräbnis-Versicherungsverein
rviert
Mucha
Gera-Großhandlung
Große Ritzstraße 6
(gegenüber I. Stock)
nd Zuckerwaren
eipziger Str. 82
Bezugsquelle
ad
Alle Arten Bäder
Massagen, ärztl. Kranken
Speisebäder, Fischwanne
aße 20 a
im Krahnert & Co
nossig, Speisebäder, Fischwanne
u. Fabrik: Fischerplatz
ger u. Haage (K. Haage)
nik ◆ Geiststraße 5
sind stets frisch
zu haben bei der
MIGROS
und in den anfendlichen
KONSUM-VEREINEN
chte und neue Moden
ersir. 3 u. 4, am Steinweg
in Markt 23
allesche Fleischsalat-
ayonnaisenfabrik Gmbh
in Quantitäten
elefonrat d. Konsumvereine
cobstr. 25 Fernsprecher
Halle a. S., Fischerplatz
Tel. 23617 u. 23618
algeschäfte
Str. ◆ Königstr.
eiffer
G. m. b. H.
Halle a. S.
gfabriken
- Tafelessig
lostrich - Speise
KONSUM
KAFFEE
nsumverein Halle

Aus dem Saalkreis

Geschlossene Front gegen die Genossenschaftszerstörer

Über die Lage im ADB Halle sprach in einer öffentlichen Mitgliederversammlung in Rietleben die Genossin Wi. Lehmann, Halle, vor ungefähr 500 Personen. Die Genossin Lehmann wies an Hand von Tatsachenmaterial die Fortschritte nach, die ADB unter der proletarischen Leitung trotz der Sabotage der Nationalsozialisten gemacht hat. Die jetzigen Schwierigkeiten sind das Resultat der Sozialfaschisten im Bunde mit der Kapitalistenclique unter der Führung des Direktors Schaman. Provozierende Ausführungen appellierte die Genossin Lehmann an die anwesenden Verbrecher, gemeinsam zu angeschlossen, um das verdiente Urteil der SPD parteien zu kennen.

Die Diskussion wurde das Vorgehen der Sozialfaschisten, die den Lohnraub des Unternehmertums unterstützen und alles tun, um Arbeiterunternehmungen, deren Leitung in Händen Kommunisten liegt, zu zerschlagen, in der schärfsten Form verurteilt. Die einzelnen Diskussionsredner brachen einmütig zum Ausdruck, den roten Konsum mit allen Kräften zu verteidigen. Die Vertreter Schreibmann des „Volksfreund" wurde abermals gekennzeichnet. Sozialdemokraten und Renegaten haben es vorgezogen, in der Diskussion nicht zu sprechen, trotzdem sie sehr darum gebeten wurden. Die Arbeiterschaft hat ihr Urteil über diese Leute längst gesprochen. Die Versammlung war einstimmig der Meinung, daß es der Verwaltung, gestützt auf das Vertrauen der ganzen Arbeiterschaft, gelingen muß, unsere Arbeitsgenossenschaft zu stellen und den sozialfaschistischen Verbrechern das Handwerk zu legen.

Maulwürfe und Denunzianten

Es. Das Schmutzblatt und Unterreiberblättchen, genannt „Volksstimme" natürlich nicht ausschließen, wenn alle Arbeiterstände und Parteien gegen den ADB Halle und die proletarische Leitung zu hetzen. Unter der demagogischen Ueberschrift: „Neuer Lohnraub — neuer Verrat — KPD-Bankrott in Halle" werden die hundsgemeinen Lügen und Anwürfe gegen die Kommunistische Partei erhoben. Die Verfasser dieses erbärmlichen Geschreibsels sind Frieda Lehmann und ein gewisser Lehnert. Letzterer hält sich in der Hauptverwaltung des Genossenschaftsbetriebes versteckt, dort spielt er die Rolle eines Maulwurfs im Unternehmerlakaiat. Diese verkommenen Elemente, die sich schämen, sich den Namen unseres großen Führers Lenin zuzulegen und dadurch beladen, existieren überhaupt nur noch, um der revolutionären Arbeiterbewegung Schaden zuzufügen. Solche Schädlinge, die keinerlei politische Rolle spielen können, sondern durch ihre Maulwurfsarbeit und ihre Brechschleuder — genannt „Volksstimme" — der Bourgeoisie Hilfsdienste leisten, müssen von der gesamten Arbeiterschaft verachtet werden. Wenn diese Sorte „Denunzianten" mit solchen schmutzigen Methoden auf den Stimpelsang gehen, werden sie bei uns Arbeitern schlecht ankommen. Ueberall müssen die klassenbewußten Proletarier diesen Helfershelfern der Sozialfaschisten und Kapitalisten eine gebührende proletarische Antwort erteilen. Auch diese Verräter und Denunzianten gehören zu den Zerstörern des ADB. Auch sie würden ihre helle Freude daran haben, wenn es ihnen mit Hilfe der Schaumburg und Konsorten gelingen würde, die kleinen Sparer zu betrüben und das Eigentum der Genossenschaftsmitglieder zu vernichten. Der entschlossene Kampf der gesamten Arbeiterschaft zur Verteidigung des roten Konsums wird diese schändliche Absicht zunichte machen.

Das Kartell der „Ja" in Halle offiziell gebildet

Der „Ja"-Kartell („Ja": Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur) sind angeschlossen: Verband proletarischer Freidenker, Arbeitersänger Giebichenstein, Arbeiter-Theaterverein, Arbeiter-Musikverein, Arbeiter-Eisenarbeiter, Arbeiter-Radsport (Opposition), Arbeiter-Mandolinistenbund, Arbeiter-Photographenbund, Proletarische Elternbeiräte und Marxistische Arbeiterschule. Ferner sind als Werbe- und Agitationsgruppen angegliedert die Agitpropgruppen: Die Rote Schmiede, Die Roten Agitatoren, Proletarische Tribüne und Jugendbühne der Gottsolen.

Diese Kampfgemeinschaft ist bei ernster entschlossener Arbeit imstande, der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und der mit ihr verbundenen Kulturreaktion, Ausbeutung und Verelendung der breiten Volksschichten revolutionären Widerstand entgegenzusetzen und die Vorbedingungen zum Sturz des kapitalistischen Systems mit herbeizuführen.

In diesem Sinne erfolgreich zu wirken, hat sich die „Ja" zum Ziel gesetzt durch Durchführung der revolutionären Linie des Kulturkampfes in den angeschlossenen Verbänden und Organisationen. Die „Ja" wird sich dieser bedeutungsvollen Aufgabe unterziehen und nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch in alle Geschehnisse des Kulturlebens eingreifen, um den Arbeitermassen zum Verständnis zu bringen, daß sie nur zur Front des revolutionären Proletariats gehören.

Zum geschäftsführenden Ausschuß sind fünf Genossen gewählt worden, die die laufenden Obliegenheiten der „Ja" zu erledigen haben.

Als öffentliche Veranstaltung der „Ja" wird anläßlich des ersten Internationalen Arbeiterthater-Tages am 15. Februar eine Kundgebung im „Gesellschaftshaus", Leipziger Straße, stattfinden. Nähere Angaben erfolgen noch im „Klassenkampf". Die angeschlossenen und alle sich dafür interessierenden Verbände und Vereine werden dringend ersucht, auf den Besuch dieser revolutionären Kulturkundgebung entsprechend hinzuweisen.

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Sport- und Kulturkartell

Die Generalversammlung tagte am Freitag, dem 30. Januar, im Volkspark und war gut besucht. 29 Delegierte vertraten 19 Vereine. Genosse Lutze eröffnete die Sitzung mit folgender Tagesordnung: 1. Protest; 2. Bericht des Vorstandes; 3. Neuwahlen; 4. Referat Internationale; 5. Kartellangelegenheiten. Die einzelnen Punkte geben ihre Berichte. Auch im Kartell macht sich die Wirtschaftskrise bemerkbar. Die Neuwahlen nahmen einen Verlauf wie folgt:

Vorsitzender: Walter Lutze, Kegler; 2. Vorsitzender: Paul Sportlaff; 3. Kassierer: Richard Senftert, Achilles; 2. Kassierer: Paul Reiter.

Schriftführer: Heinz Riehm, Kegler; 2. Schriftführer: Gustav Viktoria.

Sportliche Leitung: Paul Kretschmann, Achilles; Gustav Beiß.

Revisoren: Kurt Liebe, VfB Trotha; Kurt Gebhardt, Teutonia.

Es wurde über Zentralanschluß Halle Ein. Kraftsemann. Am Donnerstag (Freitag) tagt im Volkspark eine vorbereitende Sitzung, zu der alle Vereine ihre gesamten Funktionäre entsenden. Um eine Zentralisation in Halle zu beraten. Eine demen sprechende Entschließung, welche noch veröffentlicht wird, wurde gegen eine Stimme angenommen. In Punkt Kartellangelegenheiten wurden verschiedene Sachen erledigt.

Bezirk Halle, Fußballspiele

Gesellschaftsspiele am 8. Februar 1931

Teutonia 2—Cölme 1			Trotha
BSC 2—Fortuna Bennitzer 2			Giebichenstein
BSC 1—Preußenthal 1			Schmerdt Teicha
Brachwitz Jgd.—Alsterbern Jgd.			Friedrichsthaer
Brachwitz 3—Alsterbern 3			Aschitz
Brachwitz 1—Alsterbern 1			Friedrichsthaer
Brachwitz 2—Teutonia 2			Reiberg
Brachwitz 1—Teutonia 1			Nebr. Trotha
Turn 3. Jgd.—Trotha Jgd.			ASC
Turnh. 3—Trotha 3			Crellwitz
Turnh. 1—Trotha 1			Gade, Ammendorf
Giebichenstein 3—Reiberg 3			Wansleben
Giebichenstein 1—Reiberg 1			Alsterbern
Giebichenstein 2—Gerbera 2			Bitterfeld
Giebichenstein 1—Gerbera 1			Wtb. Bitterfeld
Fortuna 3—Crellwitz 3			Teutonia
Fortuna 1—Crellwitz 1			FSV 30
FSV 30 Jgd.—Ammendorf Jgd.			Lochmann, Reiberg
FSV 30 1—Ammendorf 3			Bitterfeld
FSV 30 1—Ammendorf 1			Teutonia
FSV 30 1—Ammendorf 2			Aschitz
Gerbstedt 3—Rämnern 3			Bocke, Winterna
Gerbstedt 2—Rämnern 2			Pfitzschleife
Gerbstedt 1—Rämnern 1			Cölme
Gerbstedt 3—Cöthen 3			Bührig, Cölme
Gerbstedt 1—Cöthen 1			Winterna
Gerbstedt 1—Reiche 1			Ammendorf
Gerbstedt 1—Reiche 1			Reuter, Fortuna
Bitterfeld 1—Aschitz 1			Brachwitz
Bitterfeld 3—Atlas 2			Sportlaff
Bitterfeld 1—Atlas 1			ASC
Bitterfeld 3—Trotha 3			Rämnern
Wolfen 2—Brachwitz 2			Drilmann, Friedrichsthaer, D. Henning, Rämnern

Heraus zum Solidaritätsspiel!

Um den Genossen Ernst Kiette (Weißenfels), der für die Rote Hilfe im Gefängnis schmachtet und seine Familie hungern muß, findet kommenden Sonntag auf dem Sandanger ein Fußballspiel zwischen

Viktoria I und Reideburg

statt. Arbeiter! Aus Solidarität, Unterstützt die roten Sportler im Kampf um die Einheit der Arbeiterfront vorwärts!

Arbeiter! Aus Solidarität, Unterstützt die roten Sportler im Kampf um die Einheit der Arbeiterfront vorwärts! Unterstützt die Familien der Inhaftierten.

Viktoria 1—Prachwitz 1			Mahn, Diemitz
Viktoria 2—Großtreibler 2			Brucksort
Viktoria 1—Großtreibler 1			Emmerich, Wb. mitz
Germania 2—Trotha 2			Brachstedt
Germania 1—Trotha 1			Brachstedt
Germania Jgd.—Reiberg Jgd.			Crellwitz
Germania 3—Reiberg 3			Demitz
Germania 2—Reiberg 2			Ro anic
Germania 1—Reiberg 1			Schönfeld, Sportbrüder
Germania 2—Aschersbrt 2			Unger
Germania 1—Aschersbrt 1			Jünckel, Unger
Germania 1—Kiesau 1			Dorbritz, [illegible]
Germania 1—Kiesau 2			[illegible]
Germania Jgd.—Kiesau Jgd.			53
Germania 3—Merseburg 3 (in Merseburg)			Gräbers

360	4:11	„	Germania 2—Merseburg 2 (in Merseburg) — Gräbers
370	12	„	Germania 1—Merseburg 1 (in Merseburg) — Förster, Leitzin
371	11	„	Minerva 3—Delitzsch 3 — Hikar a
372	10	„	ASC Jgd.—Bitterfeld 08 Jgd. — Teutonia
373	11	„	ASC 3—Bitterfeld 3 — Spectlaff
374	4:18	„	ASC 3—Bitterfeld 3 — Fortuna
375	14	„	ASC 1—Bitterfeld 08 1 — Kleinschmager, Bruckdorf
376	10	„	Minerva Jgd.—Wörmlitz Jgd. — Leitzin
377	13	„	Leitzin 3—Langenbogen 2 — Leicha
378	4:15	„	Leitzin 1—Langenbogen 1 — Leicha
380	4:11	„	Wörmlitz Jgd.—Brachwitz Jgd. — Pfeilin
381	10	„	Fortuna 1. Jgd.—Lustania 1. Jgd. — Giebichenstein
382	4:15	„	Fortuna 1—Wansleben 1 — Fortuna
383	18	„	Delitzsch 2—Friedrichsthaer 2 — Ammendorf
384	4:15	„	Delitzsch 1—Friedrichsthaer 1 — Pfeifer, Merseburg

Die Spiele 37 und 38 Ganzerhausen—Wansleben wurden abgesagt.

Die Begleitsportanleitung. Fritze, Führer.

Handballspiele am Sonntag, dem 8. Februar 1931

84	15 Uhr	Seeben 1—Wörmlitz 1	Lungewitz, Ahler
85	14 „	Seeben 3—Wörmlitz 3	Heimrath (FWB) und Wendler 1 (Adlerh)
86	13 „	Seeben Jgd.—Wörmlitz Jgd.	Gutenberg
87	12 „	Seeben Schüler—Wörmlitz Schüler	Seeben
88	14 „	Dautzsch 1—Schkeuditz 1	Lorenz, Atlas
89	13 „	Osmünde 2—Schkeuditz 2	Atlas
90	15 „	Eisdorf 1—Reideburg 1	Ernst Sappe, Sennewitz
91	14 „	Eisdorf 2—Nelbra 1	Sennewitz
92	15 „	Nietleben 1—Achilles 1	Egner, Krollwitz
93	14 „	Nietleben 2—Achilles 2	Krollwitz
94	14 „	Crollwitz 1—Schwimmer 1	Reil, Reinsdorf
95	14 „	Crollwitz 2—Schwimmer 2	Reinsdorf
96	15 „	Crollwitz Sportl.—Schwimmer Sportl.	Trotha
97	14 „	Atlas 1—Neuendorf 1	Schola (FWB)
99	14 „	Bahnsturm 1—Neuendorf 2	Diesau
100	14 „	Wiedersdorf 1—Neuendorf 3	Wörmlitz
101	4:15 „	Diesau 2—Gutenberg 1	Neuberg
102	14 „	Schraplau Jgd.—Atlas Jgd.	Eisdorf
103	14 „	Wiesau 1—Sennewitz 1	Schlittchen, Neuendorf
107	14 „	Wiesau 2—Sennewitz Jgd.	Neuendorf
97	11 „	Trotha 1—Sennewitz 1	Otto Kobitsch, Seeben

Spieländerungen für Sonntag, den 8. Februar 1931

Spiel Nr. 94 findet 15¼ Uhr statt. Nr. 95 15¼ Uhr und Nr. 96 14¼ Uhr. Nr. 99 11 Uhr, Nr. 98 10 Uhr, Nr. 98 findet auf dem Schwimmerplatz statt.

126	10 Uhr	FSV Jgd.—Kirchtahl	Kellerhen

Folgende Spiele sind noch angesetzt:

130	11 „	FSV 1—Bitterfeld 1	Wolf, Neilahen

Die Adresse des Sportleiters lautet von jetzt ab: Franz Richter, Hauptlehrer, Großer Straße 2, Eingang Hallstraße.

Arbeiter-Athleten

Donnerstag, den 5. Februar, abends 19.30 Uhr, in der Johannesschule, Liebenauer Straße

Großer Meisterschaftsringkampf

Sportverein Achilles 1 gegen Atlas 1. Mannschaft.

Kegler-Sparte, Bezirk Halle

Am Sonnabend, dem 7. Februar, trifft sich im Schrebergarten Galgenberg Friedrich und Freie Kegelbrüder im Wettkampf. Beide Klubs verfügen über gute Kräfte, so daß ein guter Kampf zu erwarten ist. Anfang 7 Uhr. — Sonntag, den 8. Februar, finden folgende Spiele statt: Freie Neuna gegen Solidarität, 3 Uhr, im Leuchtturm. Hier wird letzterer etwas im Vorteil sein. Freie Bahn trägt in Leitzin einen Meisterkampf aus. Hier muß sich Freie Bahn gut angestrengen um ehrenvoll abzuschneiden. Anfang 2 Uhr. — Mittwoch, den 11. Februar, spielt Halle-Süd, abends 7 Uhr, im Leuchtturm.

Stand der Vorspielspiele bis 1. Februar 1931.

Klub	Spiele	gew.	verl.
Leitzin	4	4	—
Unter Uns	4	4	—
Volle Lilie	4	2	2
Solidarität	3	3	—
Freiheit	3	1	2
Freie Bahn	4	2	2
Neuna	4	2	2
Freie Kegelbrüder	5	3	2
Frei Holz	3	2	1
Neu Neuna	3	2	1
Freie Kegelschwestern	6	1	5
Leitzin	1	—	1
Neuendorf	4	—	4

VfB Trotha. Sonnabend, den 7. Februar, 20.30 Uhr, findet die fällige Monatsversammlung statt. Alles hat restlos zu erscheinen.

ADB-Mitglieder. Sonnabend, den 7. Februar 1931, findet unsere fällige Monatsversammlung im Wesser, Flugplatz Kasino, statt. Nichterscheinen wird bestraft.

Freier Sport-Verein Halle (früher FSV 30) (Fußball). Am Freitag, den 6. Februar, im Mans-Hof, 20 Uhr, findet unsere Auflösung statt. Wichtiger Tagesordnungspunkt: Neuwahl der Kassenleitung. Alle Genossen müssen zu der Sitzung pünktlich erscheinen.

TV Naturfreunde. Freitag, den 6. Februar, im Heim politisch-satirischer Abend (Wiesbadener Bade). Gäste willkommen. Sonnabend, 7. Feb. nat. Wanderung im Heim, 19.30 Uhr. Für Schiedsrichtanbemitglieder bleibt das Heim geschlossen.

Arbeiter-Athleten. Der am Sonnabend ausgetragene Serienkampf 09 gegen Athnaen endete unentschieden 16:16 Punkte. Donnerstag, 19.30 Uhr in der Johannesschule, der nächste Kampf Achilles—Atlas. Das Kampfgericht stellt sich.

Der Gerichtsvollzieher bei einem Lenmaproleten

A.-S. Ein Lenmaarbeiter, der wöchentlich 35 Mark verdient, konnte im Jahre 1929 seine Kirchensteuern bezahlen. Sein Lohn war ebenso gering, daß er, um leben zu können, einfach nicht in der Lage war, seine paar Groschen nach den Pfaffen in den Rachen zu werfen. In diesen Tagen erschien nun bei diesem Lenmaarbeiter ein Gerichtsvollzieher und wollte für die rückständigen Kirchensteuern aus dem Jahre 1929 einen Betrag von 11 Mark pfänden. Der Lenmaarbeiter zahlte 8 Mark an und schimpfte wie ein Rohrspatz auf die Kirche. Er bezeichnete es als einen Skandal, daß man es fertigbringe, ihm mit solchen Methoden seine letzten Groschen aus der Tasche zu ziehen. Er erklärte, daß er sofort seinen Austritt aus der Kirche vollziehen werde. Seine Frau, die ebenfalls empört ist, will aber noch nicht aus der Kirche austreten, weil ein Kind noch in die Schule geht. Der Lenmaarbeiter ist auch noch Mitglied des Stahlhelms.

Dieser Lenmaproletarier und auch alle anderen Arbeiter können an diesem Beispiel ersehen, mit welchen räuberischen Methoden sie ausgeplündert werden sollen. Die Kirche und der Stahlhelm sind sich beide einig, die Kirche fragt nicht danach, ob ein Arbeiter überhaupt in der Lage ist, die Steuern zu bezahlen. Deshalb müssen alle Arbeiter nicht nur aus der Kirche austreten, sondern auch den faschistischen Organisationen, wie dem Stahlhelm, die mit der Kirche durch dick und dünn gehen, den Rücken kehren. Den Kampf gegen diese faschistischen Ausplünderungsmethoden führen die Lenmaproleten am besten, wenn sie angesichts der bevorstehenden Betriebsrätewahlen gemeinschaftlich mit der RGO gegen die gelben Sumpfblüten des Faschismus innerhalb des Lenmawerkes kämpfen und rote Betriebsräte wählen.

Rietleben. Alle Kinder, die Opfern die Schule verlassen und nicht am Religionsunterricht teilnehmen, melden sich bis zum 7. Februar beim Genossen Langhinrich im Konsum.

Merkwürdige Geschichte

Am Montag gegen 18 Uhr erschien auf dem 4. Polizeirevier ein Schüler und gab an, daß er gegen 7.45 Uhr in der Gräfestraße von einem Kraftwagenführer angesprochen und in ein Auto geschleift worden sei. Der Führer sei mit dem Auto davongefahren, habe ihn in Mark abgelegt und dann zu Fuß nach Hause geschickt. Der Wagen soll eine dunkelgrüne Limousine gewesen sein; vom Kennzeichen des Kraftwagens will er nur die Ziffern I M 103 erkannt haben. Der Schüler ist auch nach Vernehmung durch die Kriminalpolizei bei seinen Angaben verblieben.

Theater, Konzerte, Vorträge

Das Stadttheater

im zweiten Teil der Spielzeit 1930/31.

Das Schauspiel begann die zweite Hälfte der Spielzeit mit der Inszenierung von Grillparzers Trauerspiel „Das Meer und der Liebe Wellen". Eben jetzt ging das früh verstorbenen Emil Kofenaps Werk „Kater Lampe", eine der besten Komödien der neueren Literatur, in Szene. Es folgt als Erstaufführung des südwestdeutschen Kochsammelte und Dichters Stück „Mettigel...", eine Komödie, die bei der Uraufführung anläßlich im Berliner Zeitungsfreier einen großen Publikumserfolg hatte. Bernhard Blumes „Treibjagd", eines jungen Dichters Drama voll von dichter Leidenschaften und Schicksale, erscheint bald darauf im Spielplan als weitere Erstaufführung. Besonderes Interesse aber dürfte die Erstaufführung von Ferdinand Brunetière „Fabeln von England" unter der Regie des Intendanten Dr. Dietrich Lehmann. Ferner geht Bruno Frenzels leichtes, lustiges Lustspiel „Sturm im Wasserglas" als Erstaufführung in Szene. Max J. G. Kaldenbergers Glorbaum Bruno-Tragödie „Heraclis Leidenschaften" gelangt eines der tiefsten Werke eines zeitgenössischen Dichters, der hier zugleich die Tragödie des Genies gestaltet hat, zur Erstaufführung. Es wurde bereits berichtet, daß Intendant W. Dietrich Kaldenbergers Werk anläßlich der in Halle zu Pfingsten stattfindenden Hauptjagung des Deutschen Sprachvereins im Deutschen Goethe-Theater zur Uraufführung herausbringen wird. Neben der Erstaufführung von H. J. Fabisius und Wilhelm Herzogs „Affäre Dreyfus" ist eine Reihe anderer Werke geplant. Über die zu erwartenden Neuheiten weiteres mitgeteilt wird. Auch einige Gastspiele sind geplant, u. a. von Max Adalbert und von Lucie Mannheim. Es dürfte durch ein Gastspiel Lucie Mannheims Niobe „Wörn" zur Aufführung gelangen.

Im Spielplan der Oper stehen Richard Wagners „Tannhäuser" oder der Sängerkrieg auf Wartburg, Humperdinks „Hänsel und Gretel" und Mozarts gelangte zur Feier des 175. Geburtstages von Wolfgang Amadeus Mozart „Die Zauberflöte" in einer völligen Neuinstudierung und Neuinszenierung zur Aufführung. Als weitere Neuinstudierungen erscheinen: Carl Maria von Webers romantische Oper „Der Freischütz", eines tragischen Fundament, auf dem spätere Meister die Weltgeltung der deutschen romantischen Musik aufzurichten vermochten; Richard Wagners Oper „Die Meistersinger von Nürnberg" mit ihren unvergänglich schönen und tiefen Schlußworten über die deutsche Kunst, mahnender denn je; und schließlich Delibes Oper „Lakmé", in der sich die pathetische Gewalt seiner Musik am stärksten selbst. Gastspiel sind ferner: Donizetti's erfolgreiche Oper „Der Trompeter" zu einem auf Sternheims Komödie „Bürger Schippel" beruhenden Textbuch komponiert, Kraus von Reinicke's komische Oper „Spielt im Ernst", Lortzing's „Opfersbeh" anfangs erst wieder mit großer Begeisterung aufgenommen und „Robinsonade".

Die Interessantesten und neuesten Schöpfungen der Operette werden diesen Spielplan vervollständigen.

Walhalla. Die Direktion des Walhallatheaters veranstaltet in den Räumen ihres Cafés ab heute ein Stimmungsvolles Kochkerlest verbunden mit Uebertragungen und Einlagen unter der fabelhaften neuen Altra-Kapelle Bobe-Bu, die zum erstenmal in Halle mit großem Erfolg auftritt.

Die Organisationen rufen!

Internationale Arbeiter-Hilfe

Gregnitz, am Donnerstag, den 5. 2., 20 Uhr, in Gregnitz, Lokal Schmidt. Anschließend Besichtigung der Kaiserstraße, Kolonie Lilienhof. Referent Genosse Lüdke.

Großbrauer, am Donnerstag, den 5. 2., 20 Uhr, „Deutsches Haus", öffentliche Mitgliederversammlung mit Lichtbildervortrag. Referent Genosse Winkler.

Rundfunk-Programm

Donnerstag, 5. Februar

9—9.20 Uhr: Schulfunk, Hächerlich von Städten deutscher Kultur. Aus der Werkstatt portugiesischer Musikinstrumentenmacher. 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 10.05: Wetterdienst und Verkehrsfunk. 10.10 Uhr: Leipzigtage des Tagesprogramms. 10.15: Was die Zeitung bringt. 11 Uhr: Wettervorhersage, außerdem das Programm der Mitteldeutschen Rundfunk-AG. 11.05 Uhr: Wetterdienst, Wasserstandsmeldungen und Schneebericht. 12 Uhr: Amerikana (Schallplatten). 12.55 Uhr: Kaufmann Zeitzeichen (Schluß 13 Uhr). 13 Uhr: Wettervorhersage, Presse- und Nachrichtendienst. Anschließend bis 14 Uhr: Aus neuzeitlichen Opern (Schallplatten). 14.50 Uhr: Geschichten und Liederstunde für die Jugend. 15.40 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 16 Uhr: Wußten Sie das? 16.30 Uhr: Nachmittagskonzert. 17.30—17.55 Uhr: Wettervorhersage und Zeitangabe. 17.55 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 18 Uhr: Aktuelle Erzählungsprogramm. 18.15 Uhr: Steuerrundfunk. 18.30 Uhr: Sprachenfunk, Spanisch. 18.50 Uhr: Wir geben Auskunft... 19 Uhr: Die Arbeitslosenfürsorge. 19.30 Uhr: Aus Oper und Konzert. 20 Uhr: Kunst und Leben. 21 Uhr: Funk-Tanz. 21.10 Uhr: Gedichte und Lieder von Carl Zuckmayer. 23 Uhr: Nachrichtendienst. Funkstille.

Aus dem Geschäftsverkehr

Künstliche Augen. Im Zeitalter gesteigerter Körperpflege spielt das Kunstauge eine besonders große Rolle. Wie entstellend wirkt eine leere Augenhöhle hier und doch ist es nicht nötig, mit einem solchen unhübschen Mangel herumzulaufen. Durch genau passende Kunstaugen ist es möglich, das natürliche Auge zu ersetzen und den Verlust unsichtbar zu machen. Deutschland hat, wie so häufig, auch in diesem Verzeichnis die führende Rolle auf der Erde und besitzt in der Firma Gebrüder Müller-Uri, Berlin und Gelsenkirchen, das älteste Unternehmen, dessen Begründer vor ca. 100 Jahren zugleich auch der Erfinder der künstlichen Augen ist. Unsichtbare Verletzten ist seitdem wieder zu normalen Aus-sehen verhelfen und dadurch großer Segen gestiftet worden. Wir verweisen deshalb auf die Anzeige dieser Firma in der heutigen Nummer unserer Zeitung.

Adieu Mundgeruch beseitigt man wie folgt: Drücken Sie einen Strang Chlorodont-Zahnpaste auf die trockene Chlorodont-Zahnbürste (Spezialbürste mit gezahnten Borstenspitzen), bürsten Sie Ihr Gebiß nun nach allen Seiten, auch von unten nach oben, machen Sie es ja gründlich! Bürste in Wasser und spülen Sie mit Chlorodont-Mundwasser unter Burgeln gründlich nach. Der Erfolg wird Sie überraschen! Der Mundgeruch ist verschwunden und ein frisches Gefühl der Frische bleibt zurück. Versuchen Sie es zunächst mit einer Tube Chlorodont-Zahnpaste zu 54 Pf. Bestellungen Sie aber gleich Chlorodont und meiden Sie jeden Ersatz dafür zurück.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310204-12/fragment/page=0007

A. Führer durch die Geschäftswelt für unsere Leser, Arbeiter, Angestellte und Beamte in der Stadt Halle

Greiling Schwarz Weiss

weitaus beste, echt macedonische Zigarette

DIESER PREISLAGE. PACKUNGEN -,40 u. 1,20 RM

Schokoladen, Kakao, Zuckerwaren nur bei Heinrich Kügel, Lindenstr. 56 31845

Bauern-Schänke Lindenstr. 57 Arbeiter-Verkehrslokal 31844

Max Zaubitzer, Steinweg 52 Kl. Ulrichstr. Prima Rohkirsch und Wurstwaren Spezialitätenschenke 31843

Otto Fricke, Fischerplatz 1 Ecke Herrenstr. Kolonial- u. Haushsch. Wurstwaren 31846

Möbel bei **G. Bernhardt,** Herrenstr. 19 31845

Rosschlächterei K. Böhlert Halle (Saale) Ammendorf Oleariusstraße 3 Hauptstraße 28 Fleisch- und Wurstwaren 31864

Heinrich Padawer, Textilwaren Oleariusstraße 5, am Hallmarkt 31808

Aug. Thurm's Nachf. Reilstraße 10, empfiehlt Fleisch- und Wurstwaren 31929

Betten-Graf Aelteste spezial-Geschäft am Platze! Bettfedern, Inletts Bettstellen, Matratzen Marktplatz 10/11 31862

Herren- u. Knabenbekleidungshaus **Ernst Renner,** Marktplatz 14 31861

Hallensia die gute Eiernudel 31841

Bevorzugt **Fyffes-Bananen!** 31839

Im Hotel „Weltkugel" am Bahnhof ist man am besten! 31663

Möbel auf Teilzahlung nur bei „Merkur" Halle, Gr. Ulrichstraße 4, I. Etage 32195

Reserviert 32185

Sparkasse des Saalkreises Hauptstelle: Halle a. S., am Stadttheater * 35 Nebenstellen * Wir dienen dem Volke

Dapol-Petroleum überall erhältlich Deutsch-Amerikan. Petroleum-Gesellschaft 32097

CAFE WINTERGARTEN Magdeburger Straße 65 Täglich: Humorist. Künstlerkonzert. Jeden Mittwoch und Freitag: 5-Uhr-Tee, sowie jeden Dienstag und Donnerstag: **Tanzabend** 32042

Max Albert, Prinzenstraße 18 32045

Kauft Seifen in der **Migros** und deren angeschl. Konsumvereine 32139

Weiss Halle · Merseburg · Bitterfeld 32185

Reserviert 32

Molkerei Carsdorf empfiehlt ihre Produkte in bester Qualität 31677

Nähmaschinen für Hausbedarf u. Gewerbe für Zick-Zackarbeiten Kappnähnähen Lochstickerei Stopfen angeschlossen Unterricht in eigener Stickereiwerkstatt **Gustav Lerche** Kleine Ulrichstraße 33 Gegründet 1894 — Fernruf 38111 Reparaturwerkstatt Günstige Zahlungsbedingungen 32139

Berta Meßner, Kuttelhof 13 Lebensmittel, haushsch. Wurstwaren 32185

Eierhandlung **Landau,** Gr. Klausstraße 9 32137

27 Alle Sorten Paniolfein **27** Kl. Ulrichstraße 32138

Otto Krull, Kl. Ulrichstraße Ecke Oleariusstraße Bäckerei, Konditorei 32052

Albert Koch, Moritzzwinger 3 Kolonialwaren 32046

Für Händler u. Wiederverkäufer empfehlen: **Strickgarn** (Schaumle Marke) Ferner: **Trikotagen u. Strumpfwaren** Kurzwaren, Leder und Kammwaren **Freund & Müller** Leipziger Straße 54 (Ecke Riebeckplatz) 31685

Fachgeschäft in Solinger Stahlwaren u. Waffen **Max Bux,** Steinweg 19 Gelegenheitsgeschenke: Erbsl. Moro, wichtige Perle, fachmännische Bedienung 31676

Drogen, Farben, Foto, Seifen, Haushaltungs-Artikel — **Bruno Pretzsch,** Moritzzwinger 1 31669

Mensch, erspar Dir Aerger, **Kau nur Kroneberger!** zu haben im Konsum-Verein 32139

Dein Fleisch von **A. Kopf,** Mansfelder Straße 10 und Wochenmarkt 32054

Reserviert Nr. 45 32134

Spielwaren Geschenk-Artikel — Lederwaren Große Auswahl in Vereinsartikeln **Albin Hentze, Halle a. d. S.** Schmerestraße 24 31857

Wo ist man am besten? Bei **Stroh's** Nachfolger Leipziger Straße 54 (am Riebeckplatz) 31685

Adler-Drogerie, Königstraße 14 Ecke Landwehrstr. Farben, Lacke, Seifen, Parfümerien 31687

Willst Du streichen, geh zu Lampert Fachgeschäft für Lacke, Farben und Malerbedarf Merseburger Str. 168 (am Riebeckplatz) 32199

Reserviert 18 32194

Rosen-Apotheke Merseburger Straße 112 (Ecke Lauchstädter Straße) 31683

Reserviert 101 31859

Verkehrslokal aller Werktätigen **Restaurant „Hafenbahn"** Mansfelder Straße 22 32191

Hausfrauen! Kauft Fleisch- u. Wurstwaren bei **Oskar Kunath,** Große Wöller. 45 32

Großer Preisabbau! Hallisches Musikhaus **Arthur Hartnuß** Geiststr. 5 32193

Bevorzugt nur **„Saalegold"** deutsches Kraftm- und wasserreines Rindersalz in allen Fleischereien 32128

Leder: **Lommer & Kurzhals** Riebeckstr. 46 handlg. Ecke Geiststr. 32

Das Haus der guten Qualitäten und billigen Preise

Brummer & Benjamin

Gr. Ulrichstr. 22-25 Halle Rannischer Platz

Färberei Naumann & Co. reinigt, färbt, wäscht preiswert Fabrik: Zacobstraße 39 31673

Gebr. Kroppenstädt Möbelfabrik — Große Märkerstraße 4 Aeußerst günstige Zahlungsbedingungen 31672

Engelhardt-Biere überall 31670

Reserviert 32047

Beerdigungs-Anstalt **Willy Lutze,** Krukenberg Geschäftsstelle des Deutschen Begräbnis-Verbandes

Reserviert

Otto Mucha Tabak- u. Süßwaren-Großhandlung Leipzigerstraße 12 und Große Ritterstraße (Händlerpark — Lagergebäude 1. Stock)

Schokoladen und Zuckerwaren **Tornow,** Leipziger Str. 8 Die billigste Bezugsquelle

Sanitas-Bad Alle Arten Bäder Massagen, ärztl. Kranken Mittelstraße 20a

Mostrich- und Speiseölfabrik **Wilhelm Krahnert** empf. Tafelessig, Essigsprit, Weinessig, Speiseöle, Fischmarinaden Fernruf 21058 Kontor u. Fabrik: Fischerplatz

Elektr. Anlagen Funger u. Haage (K. H.) Haus der Elektrotechnik ◆ Geiststraße

Feinste Aprikosen-Marmelade Feinstes Pflaumenmus, Marke Thüringia sind stets frisch zu haben bei den **NICHT** und in den sämtlichen **KONSUM-VEREIN**

Staunend billig! Gebrauchte und neue Möbel großer Auswahl nur Mauerstr. 3 u. 4, am Steinweg

Lindner & Richter, Tholuckstraße Abbruch-Materialien 32186

Reserviert 03 32183

Werkzeuge, Eisenwaren, Haushaltartikel, Gartengeräte **Georg Temme,** Delitzscher Str. 11 32044

Trinkt Milch von **Molkerei Bennstedt** 31810

Elekt. Licht- u. Kraftanlagen, Reinigungsmaschinen, komplette Radio-Anlagen, Otto Grobel, Wilhelmstr. 44 / Telephon 29304

Kaufe bei **J. Lewin** Markt

„HAFLEMA" Hallesche Fleischsalat-, Mayonnaisenfabrik in Qualitäten Lieferant d. Konsumvereine **Jacobstr. 25**

Hermann Clausen, Halle a. S., Fischerplatz Gurkeneinlegerei, Sauerkohlfabrik — Tel. 23617 a. 23

Empfehle meine **Obst-Spezialgeschäfte** Berliner Str. ◆ Bernburger Str. ◆ Königstr. **Wilhelm Pfeiffer**

Nignon Kakao Pralinen Schokolade Überzugsmassen DAVID SÖHNE A. G. HALLE A/S NIGNON-SCHOKOLADEN-WERKE 31840

Hallesche Essigfabriken G. m. b. H. Halle Weinessig - Tafelessig Essigsprit - Mostrich - Speiseöle

Trinkt KONSUM KAFFEE Allgemeiner Konsumverein

50 Jahre 1880-1930 ◆ **Aug. Zeiß** Erste Hallesche Sauerkohlfabrik und Gurkeneinlegerei m. elektr. Betrieb / Sauerkohl und Konserven en gros / Fernruf 26536 32190

Tabakecke Merseburger Straße 20 Zigarren, Zigaretten, Tabake 31682

Trinkt Euer **Freyberg-Br**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310204-12/fragment/page=0008

AUS MITTELDEUTSCHLAND

Hartmann beschuldigt seinen Ex-Gauführer:

Hinkler denunzierte seine eigenen Leute

bei den Leuna-Königen — Nazi-Korruptionsstall und Hinkler-Fall

Angesichts der Tatsache, daß auch der Canossa-Gang Hinklers zu Kreis nichts an seiner Absetzung als Gauleiter und Sachbearbeiter des Dritten Reiches hat ändern können, ist die ihm und seinem Kumpanen nachgesagte Nazi-Korruption völlig offenbar geworden. Wie wir schon feststellten, haben ja sogar die Revisoren der Gaukasse der Nazipartei nicht umhin gekonnt, „Fehlbeträge" und dergl. mehr festzustellen.

„Unter Nazi-Brüdern"

war das aber schon seit längerer Zeit Tagesgespräch und im ganzen Halle-Merseburger Nazi-Gau pfiffen die Spatzen von den Dächern:

„Hinkler ist nicht fähig!"

„Hinkler kann keine Rechenschaft geben!"

„Hinkler mauscht in unserem Gelde herum!"

Als diese Rufe schließlich immer lauter erschollen und sich selbst den eigenen Reihen nicht länger unterdrücken ließen, ja, als sich sogar eine ganze Korona von Nazi-Reichstagsabgeordneten zusammenscharte, und dem Obergebieter Hitler zu verstehen gab, daß es so

Herrn Hinklers Geldrausch

nicht mehr länger stillschweigend mit ansehen würde, da erst hielten die natürlich ebenfalls korrumpierten Oberdrahtzieher in München für angebracht, gegen Hinkler vorzugehen, zumal er ihnen neuerdings nicht koalitionsfähig genug erschien.

Was Hinkler alles auf dem Kerbholz hat,

wie ungeheuer groß die Empörung gegen ihn allein im Kreise der eigenen Parteigenossen ist, beweisen die

Dokumente von ehemaligen Nationalsozialisten

die wir unseren Lesern heute und in den nächsten Tagen auszugsweise zum Besten geben.

Schon gegen Ende des vergangenen Jahres hat sich z. B. einer von den alten Nazis, denen Hinkler „ein Ding gedreht" hatte, an seine Parteigenossen im Gau Halle-Merseburg gewandt. Sein damals

an alle Ortsgruppen der NSDAP des Gaues Halle-Merseburg

gerichtetes Rundschreiben hatte folgenden Wortlaut:

„Unterzeichneter beschuldigt den derzeitigen Gauführer Hinkler der Denunziation, des Verrats von Parteiangelegenheiten, Verletzung des Preßgeheimnisses und des Betruges.

Zur Sache: Herr Baasch, Halle a. S., ist seit 12 Jahren im Leunawerk beschäftigt, hatte sich dort eine einflußreiche Stellung errungen. Nach seinem Eintritt in die NSDAP war er im Werk tätig für dieselbe tätig. So brachte er eine stattliche Anzahl Mitglieder unter, leistete also die praktischste Vorarbeit für Betriebszellen und Wahl und geißelte in diversen Artikeln Mißstände im Werk. Anfang Dezember 28 wird B. zur Personalabteilung des Werkes gerufen. Es wird ihm der ganze Briefwechsel mit dem Gau vorgelegt, den er während seiner Mitgliedschaft gepflogen hat. Diese Briefe enthielten Vorschläge zur Unterbringung Arbeitsloser im Leunawerk (sowie Namen der Eingestellten), Anregungen für das Betriebsrätewahlen und -Zellenbildung im Werk. Ferner wurden B. alle Zeitungsartikel vorgelegt, die er durch den Gau an den Kampfverlag sandte und die im „RS" unter dem Pseudonym B. H. (Paul Hinkler), „Totila" usw. erschienen.

B. hat seinerzeit mit dem derzeitigen Gauführer Hinkler verabredet, daß diese Sachen streng diskret behandelt werden müßten, und hat daher Hinkler einige Artikel mit B. H. gezeichnet. Briefe sowie Name des Verfassers der Artikel wurde nun von dem „Gauleiter" Hinkler dem Leunawerk preisgegeben. — Von der Werksleitung wurde B. nun beschuldigt:

1. Den Wirtschaftsfrieden des Werkes durch politische Maßnahmen gestört zu haben.
2. Des Diebstahls (worauf Hinkler extra hinweist), da einige Briefe auf Wertpapier geschrieben waren.
3. Des Angriffs auf Personen, die dem Werk nahestehen.
4. Der unberechtigten Unterbringung Arbeitsloser der NSDAP auf Grund seiner einflußreichen Stellung und seiner Verbindungen im Werk. (Nachgewiesen wurden 13 Mann, die wirkliche Anzahl kann ich nicht bekanntgeben, da sonst das Werk wieder unterichtet wird.)

Es wurde über B. folgendes Urteil gefällt:

Auf Grund seiner 12jährigen Tätigkeit und unter Berücksichtigung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse (B. hat 3 Kinder), wird von sofortiger Entlassung abgesehen. B. wird sofort von seinem Vertrauensposten abgelöst, und da er Angestellter in gehobener Position ist, zurückversetzt. Dies wirkt sich natürlich in Zukunft im Gehalt aus.

B. mußte einen Revers unterschreiben, daß er sich nicht mehr politisch betätigt, keine Artikel mehr verfaßt (im „VB" sind auch einige erschienen), nie mehr versucht in der Arbeitereinteilung Einfluß geltend zu machen. Bei Zuwiderhandlung sofortige fristlose Entlassung.

Welches sind nun die Folgen dieser Schurkentat?

1. Jede Unterbringung Arbeitsloser im Leunawerk ist unmöglich!
2. Jede Betriebszellenbildung und Beteiligung an Betriebsratswahlen ist ausgeschlossen.
3. Eine große Anzahl im Werk beschäftigter Parteigenossen sind ausgetreten, da sie nicht durch Verrat um Lohn und Brot gebracht werden wollen. (In Neu-Rößen sind 5 Mann nach Bekanntwerden ausgetreten.)
4. Die Auswirkung in politischer Hinsicht in Halle, Merseburg und den vielen Orten, wo Leunaarbeiter wohnen, ist noch schwer abzusehen."

Wir setzen die Veröffentlichung dieses Dokuments noch fort. Schon jetzt zeigt es aber folgendes:

So hat Hinkler — wahrscheinlich auch nicht ohne dafür irgendwie entgolten zu werden, — der Werksleitung des Leunawerkes seine eigenen Nazi-Männer denunziert und so wie in diesem Falle, hat er auch in zahlreichen anderen Fällen für alle heute noch im Nazilager stehenden Arbeiterelemente mahnende Beispiele dafür geliefert, daß sie

die Nazi-Front sofort verlassen und sich zur roten Front schlagen.

Morgen

erfolgt im „Klassenkampf" an dieser Stelle die Fortsetzung unserer

Dokumente über die Nazi-Korruption

Ueberfüllte Massenversammlungen und Neuaufnahmen für die Partei

kennzeichnen unseren unaufhaltsamen Vormarsch im Kampfe gegen den Faschismus. Bei der Massenwerbung für die Partei und Presse heißt es jetzt vor allem ganz planmäßig auf den

Einbruch in das Lager der SPD

hinzuarbeiten und die sozialdemokratischen Arbeiter für die rote Front zu gewinnen. Die Sozialfaschisten glauben, unseren Vormarsch durch faustdicken Schwindel und durch

die abgeseimte finanzkapitalistische Attacke auf unsere roten Konsumvereine

zu hemmen. Wir antworten aber immer wieder und immer wieder mit neuen Erfolgen. Hier ist eine solche Antwort, die in zahlreichen neuen Aufnahmen für unsere Partei besteht und die sich auf folgende Ortsgruppen verteilen:

Zappendorf	4	Dölern	3
Halle-Norden	2	Ellenburg	11
Sandersdorf	3	Hiterfeld	3
Oppin	5	Herzberg	3
Bennstedt	4	Könnern	16
Wengelsdorf	3	Bitterfeld	7
Liebenwerda	e 2	Kemberg	7
Eilenburg	4	Altraustädt	6
Profen	2	Niedergebra	2
Roßberg	2	Puttleben	9
Ermsleben	5	Wittenberg	21
Lauchs	2	Nebra	8
Zschornewitz	3	Eckardsberga	2
Erdeborn	2	Falkenberg	3
Merseburg	6	Dieskau	2
Bleicherode	3	Torgau	3
Hohenleipisch	4	Halle-Westen	15
Heldrungen	6	Osmünd	2
Kölleda	3	Schraplau	3
Sachsenburg	5	Halle-Osten	31
Kelbra	3	Köthichau	3
Sangerhausen	12	Zelle Krügershall	2
Teuchern	5	Trebitz b. K.	5
Halle-Süden	4	Brehna	19
Nietleben	8	Naumburg	17
Wermsleben	2	Wolferode	2
Halle-Zentrum	5	Eisleben	6

Diese Massenwerbung muß jetzt fortgesetzt und auch auf die

Gewinnung von Arbeiterelementen aus dem Nazilager

ausgedehnt werden. Kommunisten sind stets in der Offensive und sorgen für die

Stärkung der roten Klassenfront in Mitteldeutschland!

Die Strasse ohne Sonne

Ein japanischer Arbeiter-Roman

von

N. Tokunaga

Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag G. m. b. H., Berlin.

Fortsetzung.

Die Lokale der einzelnen Streikgruppen rund um den Bezirk Kofukamo hatten schon oft gewechselt. Durch die Maßnahmen der Gesellschaft und der Polizei ließen sich die Gruppenlokale [illegible]: als eine Woche halten. In diesen immerfort wechselnden Lokalen kamen die Streikenden jeden Morgen um sieben zum Appell.

Das Lokal der dritten Streikgruppe, zu der Okano gehörte, war vom Emmeximtempel in Koishikawa nach einem Kabarett in Jinnaimachi und dann zum Gume-Ijitempel gewandert, wo die Gruppe wieder in den Shime-Saalbau im Honkogen einzogen.

Jede Streikgruppe wurde von einem oder zwei Gruppenführern geführt, und alle Angelegenheiten wurden im Gruppenrat beschlossen. In den Gruppen gab es eine eigene, autonome Rechtsprechung. Außerdem gab es noch Streikgruppen, die zur E-Abteilung gehörten und von der höchsten Leitung zusammengesetzt wurden. Sie hatten alle Abteilungen in den Streikgruppen aufzuklären und außerdem die [illegible] Aktionen durchzuführen.

Jede Gruppe umfaßte ungefähr 300 bis 400 Mitglieder und [illegible] einen sozialen Organismus dar, dessen Mitglieder sich [illegible] in ihrer Not halfen; selbst die Konflikte der Ehe[illegible] wurden von einem Gruppengericht geschlichtet. Dort war [illegible] entweder ganz radikal oder ganz konservativ, aber immer [illegible] offenbarte sich doch die Fähigkeit zu klarster Kritik.

Rund um die Gruppenkomitees waren die Meinungen in [illegible] Bewegung. Die Meinungen beherrschten die ganze [illegible] der Gruppen trotz aller Gefahren. Die Befehle der [illegible] Streikleitung mußten sich oft erst der öffentlichen [illegible] anpassen. Aber diese öffentliche Meinung wurde zeitweilig durch Gerüchte beeinflußt, die von der Gesellschaft und der Gegenpropaganda der Spione ausgestreut wurden. Die Genossen verloren die Siegeszuversicht und die ganze Gruppe wurde verwirrt; doch diese Fälle waren selten. In der Hitze des Kampfes erregte sich diese öffentliche Meinung derart, daß jeden Augenblick die Explosion erfolgen konnte — wie bei Lokomotiven, die bis an den Hals Kohlen geschluckt haben.

Die Spitzel der Gesellschaft bewiesen manchmal eine solche Geschicklichkeit und Frechheit, daß sie den scharfen, durchdringenden Augen der Gruppenzellenleitung entgehen konnten. Sie schmuggelten sich in wichtige Funktionen der Streikgruppen, fälschten die Befehle der höchsten Streikleitung und versuchten verschiedentlich, gefährliche Pläne durchzuführen, um damit eine ganze Gruppe auf einmal zu vernichten.

Die Gruppe war auch die Familie der Streikenden. Sie säuberten des Morgens ihr Lokal, ordneten die Garderobe und gaben alle wertvollen Gegenstände einem dazu bestimmten Genossen in Obhut. Die Arbeiter, die im Augenblick ohne besondere Funktion waren, sorgten für Unterhaltung und spielten „ihr Theater". Sie waren alle gute Schauspieler und gute Kritiker. Mittags kam die Verpflegungsabteilung mit Reisklößen und verteilte den Tee. Das armselige Podium war Diskussionstribüne und feierlicher Richtertisch, gleichzeitig aber auch die Bühne für ihre Schauspiele.

Da geschah es wohl manchmal, daß über die Liebesgeschichte zweier Streikenden hergezogen wurde — aber von Tag zu Tag häuften sich die Berichte über die elende Lage der Streikenden und ließen alle Anwesenden ernst werden. Die Spitzel schmuggelten sich immer häufiger in die wichtigsten Stellen, immer unverhüllter bedrohte die uniformierte Polizei die Frauen und Kinder und versuchte sie von den Lokalen fortzujagen. Gerüchte flogen immer öfter herum und schnürten die Kehlen der Gruppen zusammen. Um die Gruppe noch fester zusammenzuschweißen, spannten die Gruppenzellen alle Kräfte an.

Ein Bote, der vor dem Eingang des Lokals sein Rad abstellte, sprang zum Gruppenkomitee.

„Hallo, habt ihr heute morgen um 10 Uhr Auftrag gegeben, daß ihr zehn Abwehrmänner haben wollt?"

Das Gesicht des Jungen in Mütze und Kittel war von der rasenden Fahrt gerötet. Die Komiteeleute antworteten augenblicklich, ohne erst ihre Akten einzusehen:

„Nein, wir nicht, wir hatten überhaupt keinen Bedarf daran."

Der Bote fragte schnell noch einmal:

„Aber, Genosse Wakabajashi, dein Name stand darunter und der Stempel."

Der Bemützte fragte dringend und rieb sich seine erstarrten Hände. Die Genossen sagten wie aus einem Munde:

„Absolut nicht, wer hat denn eigentlich den Auftrag zu euch gebracht?"

Die Tatsachen lagen klar. Die vier Männer, die den Auftrag zur fünften Gruppe gebracht hatten, standen seit gestern auf der Appellliste als fehlend, und in dem Bericht der Wohnungsbesuchsgruppen, die diese Leute aufgesucht hatten, stand für alle vier: „Gestern nacht nicht nach Hause gekommen, Erklärung der Angehörigen."

Die Gruppenzelle berichtete telephonisch der E-Abteilung und dem Gruppenkomitee der fünften Streikgruppe, und dann fuhr der Bote mit dem Rade zur Streikzentrale.

Am selben Nachmittag wurde Okano vor dem Lokal von einem seltsamen Manne angerufen. Er war ein dicker Mann von etwa dreißig Jahren, der unter einem Haoelock einen japanischen Kimono trug, der seine fette Brust sehen ließ. Sie hielt ihn erst für einen der Streikenden, und trotzdem sie ihn außerordentlich unsympathisch fand, ging sie ganz unbekümmert zu ihm hin. Es war gar nicht selten, daß ein Mann von einer anderen Gruppe mit einem Anliegen oder einem Wunsche zu ihnen kam.

„Bist du Kayo-tsan?"

Sie trat ängstlich einen Schritt von diesem merkwürdigen, unsympathischen Menschen zurück.

„Miatji hat mir eine Bestellung übergeben..."

„Das ist ein Spitzel."

Sie ließ sich nicht täuschen, drehte sich auf dem Absatz herum und wollte fort.

„Wart' mal."

Der Mann hatte eine durchdringende Stimme, er sah sie, die überrascht stehengeblieben war scharf an und kam näher. Er änderte sofort seinen Ton und lächelte:

„Ich habe eine Frage."

Aber der Ort war seinem Vorhaben nicht günstig, sie standen dicht vor dem Eingang des Lokals. Wie er sich umsah, kamen Oja, Tatsu, Ma-tsan und Fukasan von der Haltestelle der elektrischen Bahn, sie gehörten zur Wanderreferentengruppe und wollten jetzt in das Lokal.

„Was ist los?"

(Fortsetzung folgt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310204-12/fragment/page=0009

Wo sitzen die ‚Verräter' und das ‚Lumpengesindel'

A.-K. Zeitz. In der letzten Stadtverordnetensitzung stand die Oberbürgermeisterwahl auf der Tagesordnung. Es gab recht erhitzte Gemüter auf seiten der National- und Sozialfaschisten. Ein allgemeines Weittennen auf den gutbezahlten Posten des Oberbürgermeisters wurde veranstaltet.

Schon einige Tage vor dem Stattfinden der Sitzung versuchten sowohl die Sozialfaschisten wie auch die Reaktionäre die kleine kommunistische Fraktion für diesen oder jenen Kandidaten zu gewinnen.

Die Sozialfaschisten schickten Agricola und den Renegaten Bernhard zu unseren Genossen, um diese für eine „unverbindliche Sitzung" einzuladen. Mit demselben Anliegen kam der Führer der bürgerlichen Fraktion, Essenlieferer Döring.

Unsere Genossen gaben diesen Herrschaften beiderlei Richtung zu verstehen, daß sie nichts mit ihnen zu tun haben und daß sie sich nicht zu Gesinnungslumpen machen ließen. Drei Vorschläge waren eingegangen. Der Sozialfaschist und bisherige Oberbürgermeister Löffler, der Regierungsrat Nerger als Vertreter der Nationalsozialisten und Genosse Gutjahr als Vertreter der Werktätigen.

Goldstein, der bekannte Sozialfaschist, stellte einen Antrag, die Wahl des Oberbürgermeisters um ein Jahr zu vertagen. Bei der namentlichen Abstimmung, welche von den Bürgerlichen beantragt wurde, wurde dieser Antrag abgelehnt. Unsere Genossen nahmen zu der Wahl des Oberbürgermeisters Stellung und begründeten die Aufstellung eines eigenen Kandidaten. Sie erklärten, daß es in der Praxis auf eins herauskomme, ob ein sozialfaschistischer oder nationalsozialistischer Oberbürgermeister das Regiment führe. Beide Richtungen bejahen diesen Staat, der die Werktätigen ausplündert, und als Vertreter der Werktätigen käme für sie nur ein Mann in Frage, der durch seine Taten bewiesen habe, daß er die Interessenvertretung des werktätigen Volkes ernst nehme. Das habe Staatsratsmitglied Gutjahr bewiesen, indem er die Aufforderung zum Steuerstreik erlassen habe.

Bei der Abstimmung erhielten Löffler 15 Stimmen, Nerger 17 Stimmen, Gutjahr 2 Stimmen. Zweiter Bürgermeister Poppe, welcher sich selbst zum Oberbürgermeister vorgeschlagen hatte, eine Stimme.

Mit 17 gegen 15 Stimmen war also Nerger zum Oberbürgermeister gewählt. Die Sozialfaschisten, die die klare Stellung der Kommunisten kannten, wußten also, daß ihr Vorschlag nicht durchkommen würde. Sie hatten jetzt die Entscheidung, einen Nationalsozialisten oder einen Kommunisten zu wählen. Sie haben es vorgezogen, den Nationalsozialisten als Oberbürgermeister zu haben.

Damit haben sie bewiesen, daß sie mit dem faschistischen Kurs einverstanden und bereit sind, ihn weiter durchzuführen. Im „Volksboten" wird nun wegen dieser Wahl eine ungeheure Pogromhetze gegen unsere Genossen betrieben. Die Sozialfaschisten lassen ihre ganze Wut, daß ihnen diese Futtertrippe verlustig gegangen ist, in ihrem Schmierblatt aus. Sie fordern direkt fanatisch verhetzte SPD-Arbeiter auf, tätlich gegen unsere Genossen vorzugehen.

Die Arbeiterschaft von Zeitz billigt aber das Verhalten der kommunistischen Genossen und erkennt die Sozialfaschisten als das an, was sie sind, nämlich als Wegbereiter und Förderer der offen faschistischen Diktatur. Die Arbeiterschaft von Zeitz wird in öffentlichen Versammlungen Stellung zu nehmen zu der Oberbürgermeisterwahl.

Arbeiter, Arbeiterinnen von Zeitz! Folgt dem Rufe der Kommunistischen Partei und der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion! Kommt zu diesen Versammlungen! Erteilt den Sozialfaschisten eine scharfe und deutliche Antwort.

Sozialfaschisten verhindern KPD-Stadtverordneten an der Ausführung seiner Funktion

A.-K. Weißenfels. Wie der Arbeiterschaft bekannt ist, wurde der kommunistische Stadtverordnete Ernst Kliette auf Antrag der sozialfaschistischen Sporller zwecks Leitung des Ortsbaukomitees, zur Herausgabe von den Arbeitersportlern gehörigen Sportgeräten, in Haft genommen. Auf diese Weise versuchen sie, die revolutionären Sporller um ihre, aus eigener Kraft geschaffenen Geräte zu bringen. Als klassenbewußter Arbeiter lehnte es Genosse Kliette ab, diese Schandtat zur Durchführung zu verhelfen. Seit zirka 10 Wochen sitzt er deswegen im Gefängnis.

Laut Reichsverfassung darf kein Deutscher, der als Abgeordneter gewählt ist, in der Ausübung seiner Tätigkeit behindert werden. Wie sich die Leute um Saupe die Auslegung dieses Artikels denken, geht ja aus oben Geschildertem hervor. Mit den gemeinsten und schmierigsten Methoden arbeiten sie, wenn es gegen revolutionäre Arbeiter geht. Wie das Verbot, betr. Behinderung an der Ausübung seiner Tätigkeit als Stadtverordneter aussieht, geht daraus hervor, daß man den Fraktionsführer der kommunistischen Fraktion den Besuch des Gen. Kliette verweigerte, obwohl er darauf hinwies, daß er in seiner Eigenschaft als Stadtverordneter mit Kliette sprechen müsse.

Also mit den gemeinsten Mitteln versucht man, somit die Arbeit der Kommunisten als Stadtverordnete zu unterbinden. In verschiedenen Sitzungen wies der SPD-Bonze Saupe darauf hin, daß wir eine „linke" Mehrheit hätten. Daß das Phrase ist und daß man gewillt ist, im Interesse der Kapitalisten die Kommunisten zu schwächen, zeigt die Arbeitsmethoden dieser Leute. Trotz alledem wird es ihnen nicht gelingen, das zu erreichen, was sie planen. Trotz Polizei und Justizterror werden die Kommunisten sich nicht davon abhalten lassen, das zu tun, was im Interesse der Arbeiter liegt. Nun erst recht.

Die Arbeiterschaft muß aber erkennen, daß die „linken" sozialdemokratischen Bonzen keinen Deut anders sind als die sozialfaschistischen Führer! Daß sie jede Schandtat mitmachen, um den Kommunisten eins auszuwischen! Daß ihr Kampf gegen den Kapitalismus Phrase ist.

Darum reißt jenen „linken" Führern die Maske herunter, haltet ihnen ihre Schandtaten vor Augen und macht den SPD-Arbeitern klar, daß nur die Kommunisten den wirklichen Kampf gegen den Faschismus führen. Daß die Saupe und Genossen selbst Faschisten sind, und mit faschistischen Methoden gegen die Arbeiter vorgehen.

Merseburg-Querfurt

Genossen, machts nach!

A.-K. Oebles-Schlechtewitz. Ein glänzendes Beispiel, wie durch Aktivität gute Erfolge erzielt werden können, ist aus Oebles zu berichten.

Am vergangenen Sonntag ist es den Genossen Adler und Küllmann gelungen, 65 Broschüren umzusetzen.

Durch eine lebhafte Diskussion haben sie dabei eine gute Aufklärungsarbeit unter den Landarbeitern und Kleinbauern geleistet. Am kommenden Sonntag wird diese Arbeit fortgesetzt und wir werden alles daran setzen, unsere sämtlichen Broschüren zu verkaufen.

Genossen, es ist auf dem flachen Lande viel zu erreichen. Geht nur mit gutem Mut an die Arbeit heran, der Erfolg bleibt nicht aus!

An die Mitglieder der KPD und des KJVD von Merseburg:

Genossen der Betriebszellen und Straßenzellen!

Mittwoch, den 4. Februar, 20 Uhr, in der „Funkenburg"

Außergewöhnliche Parteiversammlung

Tagesordnung: Die Plenartagung des Zentralkomitees, Streikbewegungen, Lage in den Massenorganisationen.

Nur Partei- und Jugendmitglieder haben Zutritt.

Mitgliedsbücher als Ausweis mitbringen, sonst keinen Einlaß.

Weißenfels-Zeitz

Genossenschaftler, stärkt die Genossenschaftsopposition

Schafft rote Konsums

A.-K. Meuselwitz. Am Sonntag fand die außerordentliche Vertreterversammlung des Konsumvereins für Meuselwitz und Umgebung statt. Zur Wahl eines nebenamtlichen Vorstandsmitgliedes hatte die reformistische Leitung aus zwölf Bewerbern sein säuberlich drei waschechte Sozialdemokraten zur engeren Wahl gestellt. Es wurde Kramer gewählt. (Er ist Lokalredakteur der „Ostdeutschen Zeitung".)

In der nordwestlichen Ecke des Bezirks (Mumsdorf-Stadt) will die Verwaltung eine Verkaufsstelle errichten. Was bei den Ausführungen Heilmanns ist zu entnehmen, daß mit zirka 350 Mitgliedern, die dieser Verkaufsstelle angeschlossen sein können, zu rechnen ist. Der Errichtung dieser Verkaufsstelle wurde zugestimmt. Die verlangte Aenderung des § 34 der Genossenschaftsordnung, anstatt jährlich zwei nunmehr vier Mitgliederversammlungen abzuhalten, wird dadurch erledigt, daß eine weitere wird, daß zwischen 1. Februar und 1. März eine dritte Mitgliederversammlung stattfinden soll.

Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß trotz Erhöhung der Mitgliederzahl um rund 200 ein Umsatzrückgang von 14,3 Prozent zu verzeichnen ist. Bei dem Bericht weist der Vorsitzende besonders noch auf den AKW Halle hin, um damit den Rückgang im Meuselwitzer Konsum zu beschönigen. Nach Ansicht dieser Reformisten, die sich aber recht vorsichtig über AKW Halle ausdrücken, weil sie die Angriffe der Opposition fürchten, sei in Halle nicht die „notwendige Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns" angewandt worden. Nach einer ausführlichen Berichterstattung wurde längere Zeit über kleinliche Dinge diskutiert.

Recht sonderbar ist es für eine Arbeitergenossenschaft, daß der Vertreter Beukert von einer Herausziehung der Lohnsteuer spricht und gleichzeitig zum Ausdruck bringt, es würden so wenige notleidende Arbeiter finden, die 10 Prozent unter Tarif entlohnt würden. Die oppositionellen Mitglieder der Genossenschaft erheben den allerschärfsten Protest dagegen, daß sich die Genossenschaftler dasselbe Fahrwasser begeben wollen wie die kapitalistischen Unternehmer. — Einige kommunistische Genossen waren als Zuhörer in dieser Vertreterversammlung. Das passte den Reformisten nicht und Burkhardt erklärte, es hätten zu dieser Vertreterversammlung nur Vertreter und Angestellte des Vereins zu kommen. Wir protestieren energisch dagegen, daß ein Unterschied zwischen einfachen Mitgliedern und Angestellten gemacht wird. Ferner auch ein Reformist, verlangte, daß sich Berichterstatter kurzfassen dürften, aber sich anstandshalber beim Vorsitzenden entschuldigen sollten. Andere Zuhörer dürften sich seiner Meinung nach keine Notizen machen. Warum scheut denn die reformistische Bürokratie so sehr das Licht der Oeffentlichkeit? Sie müßte doch als Genossenschaftler Interesse daran haben, das Vertrauen eines jeden Mitgliedes zu erringen.

Diese Vertreterversammlung in Meuselwitz hat uns oppositionellen Genossenschaftlern gezeigt, daß wir noch vielmehr als bisher für die Genossenschaftsopposition arbeiten müssen. Jeder Genossenschaftler muß vor allen Dingen über die Vorgänge, über den Schwierigkeiten im AKW Halle führten, unterrichtet werden. Alle werden dann sich restlos zur Genossenschaftsopposition stellen und mithelfen, die reformistische Genossenschaftsbürokratie zu beseitigen.

Mansfelder Kreise

Schwere Niederlage der Sozialfaschisten in der öffentlichen Einwohner- und Verbraucherversammlung in Mansfeld

A.-K. Mansfeld. Schon vor Beginn der Versammlung war das größte Lokal im Orte überfüllt. Es war ein Beweis, daß die klassenbewußte Arbeiterschaft der Kommunistischen Partei das Vertrauen schenkt und die KPD als ihre Führerin anerkennt. Die sozialdemokratischen kleinen Bonzen waren auch da. Zum Beispiel Komaiski, der über 60 M. unterschlagen hat und der „kleine Mussolini" und andere mehr.

Der Genosse Berger zeigte auf, wie die Sozialfaschisten Schaumburg, Möller und die Renegaten den AKW auf den Hund gebracht haben und was jetzt für ein Verbrecherspiel zur Bankrottmachung des AKW von den Sozialfaschisten getrieben wurde. Er forderte besonders die anwesenden Sozialdemokraten zur Diskussion auf und sicherte ihnen eine unbeschränkte Redezeit zu, damit sie alle ihre Anklagen gegen die oppositionelle Verwaltung auch hier vertreten könnten. Die anwesenden Sozialdemokraten aber waren zu feige zu sprechen. Das verbrecherische Spiel der sozialfaschistischen Bonzen wagte kein einziger zu verteidigen.

In der Diskussion sprach eine Arbeiterfrau. Sie führte treffend aus, was für eine Schandarbeit die Sozialfaschisten auch am Orte geleistet haben. Sie forderte auf, standzuhalten und weiter mit allen Kräften am Aufbau des roten Konsumvereins zu arbeiten. Die Diskussion war sehr lebhaft, besonders nachdem der Sozialfaschist Wetzler einen Zwischenruf gemacht hatte, daß die Kommunisten am Bankrott des AKW schuld seien. Er wurde von den Genossen und Arbeiterfrauen sehr energisch zurückgewiesen.

Im Schlußwort rechnete der Genosse Berger noch einmal mit den sozialfaschistischen Feiglingen ab. — Die Versammlung hat gezeigt, daß der Schlag, den die Sozialfaschisten gegen die Genossenschaftsopposition und die Kommunistische Partei führen wollten, sie zurückgefallen ist.

Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte und Kleinbauern ziehl aus den Taten der Sozialfaschisten die Konsequenz, daß ihr alle mithelfen mußt gegen die sozialfaschistische Bonzenkratie zu kämpfen. Darüber hinaus das faschistische System zu beseitigen und dafür ein Arbeiter-Deutschland zu errichten.

Unglaublich, aber wahr!

A.-K. Hettstedt. Im November vorigen Jahres wurde unser Genosse Franz Both aus Hettstedt im Gefängnis in Halle an den Folgen eines früher erlittenen Unfalles. Genosse war ins Gefängnis gesperrt worden, weil er sich während Mansfelder Streiks als ein wackerer Kämpfer für die Rechte der Arbeiterschaft gezeigt hatte. — Jetzt erhielt die Genossin Both in Sachen des verstorbenen Genossen zugestellt und gleichzeitig einen Lohnbeutel. Die Abrechnung auf dem Lohnbeutel ist folgendermaßen aus: 0,02 RM und 0,08 RM, zu ammen 0,10 RM.

Das wagte man der Witwe, die vier Kinder zu ernähren, zuzustellen. Ist das nicht ein grenzenloser Hohn? Wo bleibt überhaupt die Gefängnisverwaltung dabei anbedacht? Dieses muß die ganze Arbeiterschaft fühlen. Die Empörung darüber muß von Tag zu Tag wachsen. Das ganze Sottenthum, das bestehende hervorbringt, das so die Arbeiterschaft verhöhnt und knechtet, muß hinweggefegt werden.

Kämpft mit der KPD und der Roten Hilfe für die Beseitigung solcher Zustände. Laßt euch nicht länger knebeln.

Nazis überfallen SPD-Arbeiter

A.-K. Eisleben. In der Nacht vom Sonntag zum Montag haben 25 Nazis 7 SPD-Arbeiter überfallen. Die Ueberfallenen mußten sich in Krankenhausbehandlung begeben. Es sind der Maurer Willy Biesecker jun. und Otto Kaufmann. Der SPD-Stadtverordnete Otto Kaufmann wurde zu Boden geschlagen. Als er am Boden lag, wurde er mit Füßen unbarmherzig auf Kopf und Hände getreten. Die 7 Ueberfallenen weisen starke Kopf- und Handverletzungen auf. Der Anführer der Nazis war der Kraftwagenführer Mitte, Badergasse 3. Dieser „Held" hat an den Nazis und SPD-Leuten schon viel Geld verdient. Jetzt bekommt er dafür Dresche.

Wir rufen den SPD- und Reichsbannerarbeitern zu: Wenn ihr die Frechheiten und den Terror der Nazis nicht mehr wehren wollt, so könnt ihr das nur tun, wenn ihr mit der gesamten revolutionären Arbeiterschaft in die Einheitsfront zusammenschließt.

Der Kampf gegen den Faschismus wird niemals geführt werden von den sozialfaschistischen Bonzen, sondern die Massen müssen über die Köpfe dieser „Führer" hinweg diese Kampfe führen.

Sangerhausen-Nordhausen

Wohlfahrtspraxis in Sangerhausen

Mit 30 Mark monatlich sollen zwei Personen ihr Leben fristen

A.-K. Wie die Fürsorge im städtischen Wohlfahrtsamt Sangerhausen betrieben wird, zeigt uns wieder einmal folgender Fall. — Dem Arbeiter Bl. aus Sangerhausen, der bis vorige Woche Wohlfahrtsunterstützung bezog und dafür Pflichtarbeit für die Stadt leisten mußte, hat man plötzlich die Unterstützung gesperrt. Die „Spionageabteilung" des Wohlfahrtsamtes ist dahintergekommen, daß die Frau des Arbeiters 30 M. monatlich verdient. Mit diesen 30 M. soll jetzt der Arbeiter und seine Frau auskommen.

Das soll Lademann, der Wohlfahrtsdezernent, erst einmal vormachen! Vielleicht wird es Lademann auch noch einmal zu spüren bekommen, wie es ist, wenn ihn die Kapitalisten nicht mehr gebrauchen. Auch er als Mittelständler wird immer schwerer um seine Existenz ringen müssen, um sich nur notdürftig gegenüber den Großkapitalisten zu behaupten.

Die Arbeiterschaft aber wird für solche Elemente nur Verachtung übrig haben. Der Weg des Proletariats geht über sie hinweg.

Die Paffen auf dem Kriegspfade gegen die Kommunisten

A.-K. Nordhausen. Im letzten Wahlkampf war es der Partei gelungen, auch auf dem schwarzen Eichsfeld an Boden zu gewinnen. In Hundeshagen zum Beispiel gingen wir von rund 30 auf über 150 Stimmen hinauf. Mit Begeisterung forderten die dortigen Arbeiter, die früher teilweise den Zentrum angehörten, die Schaffung einer KPD-Ortsgruppe. Die besten Proleten kamen zu uns. Unsere Versammlungen waren überfüllt. Mit uns freute sich die dortige werktätige Bevölkerung, über den unaufhaltsamen Siegeszug des Kommunismus.

Nur einer war nicht begeistert, der dortige Geistliche. Tag und Nacht sann dieser fromme Mann nach Rache. Schwieger- und Großmütter wurden von ihm als Bundesgenossen gegen die dreimal verfluchten Kommunisten geworben. Der Kriegszug begann. **In allen Predigten hetzte und schimpfte er gegen die Kommunisten.** Aus dem Gotteshaus wurde ein Hetztempel. Wir antworteten ihm in Versammlungen. **Darauf hin verbot er dem Wirt, uns das Lokal zu geben.**

Aber, Herr Pfarrer, wir sagen Ihnen, auch die größte Gegenarbeit von Ihrer Seite wird uns in unserer Arbeit nicht aufhalten. Von Ihren Predigten ist noch niemand satt geworden. Ihr Parteifreund, Herr Reichskanzler Brüning, hätte doch jetzt Gelegenheit, seine christliche Mission zu erfüllen. Warum schafft er denn den Arbeitslosen keine Arbeit und kein Brot? Antworten Sie uns darauf! Rufen Sie eine öffentliche Versammlung ein und legen Sie uns Ihren Ausweg aus diesem Elend klar. Wir Kommunisten werden kommen und Ihnen und Ihren Anhängern zeigen, daß nur der Kommunismus zu besseren Zeiten, zu Arbeit und Brot für alle Menschen führt.

An alle Mitglieder des Bitterfelder Spartakiadekomitees

der Festkommission und an alle Leitungen der Sportorganisationen

Morgen, Donnerstag, den 5. Februar, abends 8 Uhr, findet im Lokal „Volkshaus" eine sehr wichtige Sitzung obengenannter Leitungen statt.

Das Erscheinen aller dieser Sportgenossen ist Pflicht.

Der Vorsitzende.
J. A.: Fr. Hammerschmidt.

Achtung, Ortsgruppen des AB Bitterfeld!

A.-K. Wolfen. Am Sonntag, dem 8. Februar, vormittags 9 Uhr, findet in Bitterfeld im „Volkshaus" eine dringende Sitzung der Landobleute des Arbeitsgebietes statt. Die Polleiter der Ortsgruppen müssen dafür Sorge tragen, daß alle verantwortlichen Genossen erscheinen. Ein Referent ist anwesend. AWV. Bitterfeld.

Verantwortlich: Ernst Schneller, Berlin, für Politik und Wirtschaft; Bruno Rothe, Halle, für Lokales und Sachliches; Elly Grimm für Provinz; Kurt Kühn, Merseburg, für Bezirke und Bewegung; Arthur Buckert, Halle, für Anzeigenteil.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310204-12/fragment/page=0010

Kämpfende · Jugend

Nr. 29 — Mittwoch, 4. Februar 1931

Heraus zu den öffentlichen Jugendversammlungen!

Aufruf zum Kampfkongreß der werktätigen Jugend Mitteldeutschlands am 8. Februar in Halle!

Die Versammlungen beginnen um 20 Uhr

Mittwoch, den 4. Februar:

Seeben
Allstedt, „Ratskeller"
Brücken, „Ratskeller"
Nordhausen, „Stadt Berlin"
Eisleben, „Hohenzollern" und „Turnhalle"
Zörbig, „Goldener Löwe"
Hettstedt, öffentliche Kundgebung

Donnerstag, den 5. Februar:

Lochau
Teicha
Halle, Westen in der Produktiv
Klostermansfeld, „Zentralhalle"
Voigtstedt
Niedersachswerfen, Lokal „Kramer"

Freitag, den 6. Februar:

Spickendorf
Reuß
Osmünde
Reideburg, bei Schrader
Artern, „Goethe-Haus"
Nordhausen, Erwerbslosenversammlung in „Stadt Berlin", 16 Uhr
Görsbach, in der „Schweiz"

Sonnabend, den 7. Februar:

Landsberg
Reinsdorf bei Artern, Lokal Schröder
Heldrungen

Im Zeichen des Sturmquartals

(Jungarbeiterkorrespondenz)

Am 31. Januar fand im Volkshaussaal Bockwitz eine LVV statt. Unter Mitwirkung der Mandolinenkapelle und der Spielgruppe der Partei füllte die „Rote Schmiede" des Bockwitzer Ländchens das Programm aus. Eine gut gelungene Eröffnungsansprache geißelte den Terror der Behörden, der auch hier gegen die „Rote Schmiede" eingesetzt hat. Mit allerlei Mätzchen versuchte der Gewerkschafter die Truppe am Auftreten zu hindern. Aber die „Rote Schmiede" läßt sich nicht irre machen.

Die Veranstaltung in Bockwitz, die gut besucht war, hat unserer Truppe weitere Sympathien geschaffen.

In der Werbepause machte die Truppe 11 Aufnahmen für den KJD und zwei für die RGO.

Das Sturmquartal hat begonnen. Die „Rote Schmiede" des Bockwitzer Ländchens wird auf dem Posten sein.

Die am Sonntag, dem 1. Februar, angesetzte Agitations-

Ende August 1930 hatte der Jugendverband

1500 Mitglieder

Ende Januar 1931 hat der Jugendverband

2800 Mitglieder

Ende August: 4 Betriebszellen.
Ende Januar 1931: 16 Betriebszellen.

Alle Kräfte aus Werk! Vollendet

am 6. Reichs-Jugendtag in Berlin 4000!

In Bockwitz, an der sich besonders die Mückenberger Ortsgruppe stark beteiligte, brachte folgendes Ergebnis:

Es wurden verkauft:

158 Stück des selbsthergestellten „Junge Kämpfer"
78 Stück „Junge Garde"
33 Broschüren

Der erfolgreiche Vorstoß der Genossen im Bockwitzer Ländchen ist ein vorbildliches Beispiel für alle Jugendgenossen im Bezirk. Ueberall müssen wir dieses Beispiel nachzueifern! Vorwärts, revolutionäre Jugend, im Zeichen des Sturmquartals!

Können die Unternehmer unsere Forderungen erfüllen?

(Jungarbeiterkorrespondenz)

Durch Schraub, Eingarbeit und Betriebsstillegungen versuchen die Unternehmer den Arbeitern klarzumachen, daß sie kein Geld und nicht die nötigen Mittel zum Produzieren haben. Dies sind jedoch nur Ausflüchte, um die Arbeiter vom Kampfe abzuhalten. Daß der Profit der Wirtschaftskrise zeigt, bewiesen die steigenden Dividenden. Die Firma Kurze, Halle, hat ihren Lehrlingen zur Zeit, wo die Eltern arbeitet dabei genau so verfahrt wie die anderen Betriebe. Der Meister, Metallehrlinge, das eine ist klar: wenn dieser Unterschied zum Lohn heraufsetzen kann, so können es die anderen Betriebe auch. Im Vergleich, den die übrigen Unternehmer uns diktiert haben, müssen wir mit einer Gegenoffensive beantworten. Wir rufen allen Betrieben zu:

Schaffe die Einheitsfront der werktätigen Jugend gegen Lohnraub und Faschismus, der jetzt versucht, mit Hilfe der Unternehmer sich in den Betrieben breitzumachen. Wählt Delegierte zum Kampfkongreß der werktätigen Jugend am 8. Februar in Halle!

Sturmquartal 1931!

Jungkommunisten an die Front!

In kurzen Fristen, in Wochen und Monaten muß von uns Jungkommunisten vollbracht werden, was früher in Jahren geleistet wurde.

Warum Beschleunigung des Arbeitstempos? Warum Sturmquartal 1931?

Weil die faschistische Gefahr in den letzten Wochen größer geworden ist und sich die Lage außerordentlich verschärft.

Weil — wie der Prozeß gegen die konterrevolutionäre Industriepartei in Moskau bewies — die Interventionsgefahr, die blutige Niederschlagung der Sowjetunion ein konkretes Ziel der Imperialisten, einschließlich der deutschen Bourgeoisie, ist, an der sie täglich und stündlich arbeiten.

Weil sich in Deutschland ein Massensturm der ausgebeuteten werktätigen Jugend erhebt gegen die Ausbeuter und Peiniger, gegen Faschismus und Sozialfaschismus.

Weil wir, der Kommunistische Jugendverband Deutschlands, die einzige antifaschistische, antikapitalistische und revolutionäre Jugendorganisation sind, die sich als Führer an die Spitze aller Kämpfe der ausgebeuteten Jugend stellen muß. Wir müssen den Massensturm, die revolutionäre Offensive gegen dieses kapitalistische System entfachen, auf einen Schlag des Klassenfeindes mit zwei Gegenschlägen antworten und in diesem Kampfe die Mehrheit der werktätigen Jugend für die Revolution erobern!

Deshalb beschloß das ZK des KJVD unter der Losung:

Die Jugend Karl Liebknechts kämpft gegen Faschismus und Kriegsgefahr, für die Verteidigung der Sowjetunion, für ein Sowjetdeutschland,

unsere nächste Arbeitsperiode vom 1. Februar bis 15. Mai als Sturmquartal durchzuführen.

Im Sturmquartal 1931 bereiten wir unseren 6. Reichsjugendtag vor. Von jetzt ab steht bei allen Arbeiten und Kämpfen die Mobilisierung der werktätigen Jugend Deutschlands für den Massenaufmarsch Ostern 1931 an erster Stelle. Noch gewaltiger noch wuchtiger als der Aufmarsch der Hunderttausend in Leipzig muß der Massenschritt der roten Jungarbeiterbataillone im roten Berlin erdröhnen.

Bis zum Reichsjugendtag in Berlin fordern wir vom Bezirk Halle-Merseburg die Erfüllung folgender Aufgaben:

Gewinnung von 1500 Mitgliedern im Bezirk!

Gewinnung von 1000 Abonnenten für die „Junge Garde"!

Gewinnung von 800 Jungarbeitern in den Betriebs- und Gutsgruppen der RGO!

Vorbereitung und Durchführung der Betriebsrätewahlen. Mindestens 15 Jugendkandidaten auf den roten Einheitslisten und Wahl von mindestens 100 Jugendvertrauensleuten!

Hunderte von Betriebs- und öffentlichen Versammlungen!

Schaffung von zehn neuen Betriebszellen des KJVD im Bezirk.

In diesem Sinne, im Sinne der Offensive gegen den Faschismus, gilt es, alle Kräfte zusammenzureißen und trotz der kurzen Zeit im Sturmtempo einen wuchtigen Kampfkongreß der werktätigen Jugend Mitteldeutschlands in Halle am 8. Februar zu organisieren. In allen Betrieben, in allen Berufsschulen, auf allen Stempelstellen, in allen Dörfern und Städten heißt es rüsten, heißt es aufrütteln, heißt es Delegierte wählen und melden. 120 Delegierte sind jetzt gemeldet. Es gilt, noch ein großes Stück Arbeit leisten, um die 300 voll zu machen!

Heraus zum Hungermarsch der erwerbslosen Jungarbeiter nach Halle am 7. Februar!

Genossen, Jungkommunisten, an die Arbeit! Unser Bezirk — der beste Kampfkongreß! Unser Bezirk an der Spitze aller Bezirke. Unser Bezirk muß die Reichssturmfahne erobern, muß zum Reichsjugendtag an der Spitze marschieren im roten Berlin!

„Freiwillige" Arbeitsdienstpflicht

Jungarbeiter, organisiert die Einheitsfront, den Kampf gegen jede Unterdrückung

Nachdem das Arbeitsdienstpflichtgesetz zunächst noch nicht verwirklicht ist, schlagen die Kapitalisten einen anderen Weg ein, um ihr Ziel zu erreichen. Sie versuchen es mit der verlängerten Berufsschulpflicht. Auch finden in allen Kreisen sogenannte freiwillige Kurse statt; hier werden Jungerwerbslose in Jugendherbergen zusammengefaßt. Sie bekommen ihr Essen und am Tage finden Schulstunden statt mit dem Thema „Deutschland und seine Kolonien" und dergleichen mehr.

Wir als Jungkommunisten lehnen diese Methoden ab. Wir haben Organisationen, wo wir uns bilden können und nicht, wie die Nazis oder SPDisten sagen, „sittlich und moralisch verkommen".

Die SPD sagt in einem Satze: „Die Arbeitslosenversicherung schützt die Arbeitslosen vor dem körperlichen Verhungern, nicht aber vor dem moralischen Verhungern. Und das ist die größte Gefahr..."

Verhungern können die Arbeitslosen, aber sie dürfen nicht um eine bessere Zukunft kämpfen, das ist der Sinn der sozialdemokratischen Lehre. Die Konsequenz dieser Auffassung ist die Bejahung der Arbeitsdienstpflicht.

Wie soll es den Lehrlingen ergehen, wenn die Arbeitsdienstpflicht Gesetz ist?

Am Tage dürfen die Jungarbeiter nicht mehr wie 50 Pfennig verdienen, sieht das Gesetz vor.

Zur Arbeitsdienstpflicht müssen alle, auch wenn sie Arbeit haben. Diese muß aufgegeben werden und der Jungarbeiter bekommt dafür auch keine Entschädigung.

Wer sich der Arbeitsdienstpflicht entzieht und der Aufforderung keine Folge leistet, wird mit drei Monaten Gefängnis bestraft. Alle die gegen das Arbeitsdienstpflichtgesetz kämpfen, werden bestraft. Auch der Versuch ist strafbar. Ungehorsam und Nichtbefolgen der Dienstordnung wird auch bestraft. Den Jungarbeitern soll es gehen wie im Zuchthause.

Die Nazis sind natürlich für das Arbeitsdienstpflichtgesetz; sie wünschen es als Ersatz für die Militärdienstjahre.

Daß als Führer nur Heeresangehörige, „die einwandfrei ihren Dienst getan haben", in Frage kommen, macht es ihnen schon begehrenswert. Heil dem Kommißstiefel!

Und auch zu Streikbrecherarbeit sollen sie herangezogen werden. Die Leitung des „Deutschen Arbeitsdienstes" kann mit Zustimmung der Reichsregierung auch weitere Arten von Arbeitsleistungen durchführen. Das heißt, die Jungarbeiter sollen bei Streiks als Streikbrecher herangezogen werden.

Die Verlängerung der Berufsschulpflicht, die Zusammenfassung der Jungerwerbslosen, das alles bedeutet die Einführung der Arbeitsdienstpflicht auf verkapptem Wege.

Wie arbeiten wir unter den Arbeitsdienstpflichtigen? Nun so, wie unsere Genossen in Aisleben gearbeitet haben.

In Aisleben wurden in dem Jugendheim 32 Jungerwerbslose von Halle und 32 von Mansfeld zum Kursus zusammengefaßt. Unsere Genossen, die auch mit verteten waren, haben in der Freizeit die „Junge Garde" und Broschüren verkauft. In der Schule wurde mit den Jugendlichen über alle Fragen diskutiert, um sie für den Jugendverband zu gewinnen. Durch die Straßen von Aisleben wurde gemeinsam demonstriert. —

Genau so haben die Jugendlichen in Torgau darauf geantwortet. Sie haben revolutionäre Vertrauensleute gewählt, unter deren Führung sie jetzt gegen die Verlängerung der Berufsschulpflicht kämpfen.

In der Klasse gab es nur drei Mitglieder des KJVD, vier Mitglieder der Hitler-Jugend und sechs SAJler. Unsere Genossen bekamen 17 Stimmen, weil außer den Hitler-Leuten und den SAJlern alle Jungarbeiter der Klasse für sie stimmten.

Weil die Genossen des KJVD entschieden gegen die Knebelung der Jungarbeiter auftreten, deshalb haben sie den Erfolg erzielen können.

Nehmt überall den Kampf gegen die Arbeitsdienstpflicht und ihre Einführung von hinterherum auf! Wählt überall revolutionäre Vertrauensleute. Unsere Forderungen sind:

Unterstützung aller jugendlichen Erwerbslosen für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit!

Weg mit allen Verschlechterungen durch Notverordnungen!

Sechsstundentag für alle jugendlichen Betriebsarbeiter mit vollem Lohnausgleich und Einreihung der erwerbslosen Jugendlichen in den Arbeitsprozeß!

Weg mit jeder Art von Arbeitsdienstpflicht!

Her mit Heimen für erwerbslose Jugendliche, Wahl der Heimleiter durch die jugendlichen Erwerbslosen und alleiniges Bestimmungsrecht über den Lehrplan durch die Jungarbeiter. Anerkennung der Jugendvertrauensleute auf den Stempelstellen und in den Heimen!

Jungerwerbslose! Rüstet zum Hungermarsch am 7. Februar nach Halle!

Wählt überall Delegierte zum Kampfkongreß der werktätigen Jugend Mitteldeutschlands, am 8. Februar, in Halle!

Hinein in die RGO!

Hinein in den Kommunistischen Jugendverband!

Die Hitlerjugend fordert in ihrem Programm die Erweiterung des § 127 der Gewerbeordnung (Züchtigungsrecht für Lehrlinge) auf alle Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen unter 18 Jahren.

Kämpft gegen den Faschismus!

Wählt Delegierte zum Kampfkongreß der werktätigen Jungarbeiter Mitteldeutschlands, am 8. Februar in Halle!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310204-12/fragment/page=0011

Rund um den Erdbal

Heute Urteilsverkündung im Berliner Mordprozeß Ulbrich

Staatsanwalt fordert Stolpes und Benzigers Kop

9 Jahre Gefängnis für Lieschen Neumann beantragt — Dramatische Stimmung im Gerichtssaal

Berlin, 3. Februar. Todesstrafe! — Das grausige Wort, vom Hauptangeklagten Stolpe alle die Tage, Wochen und Monate seit seiner Verhaftung mit angerfülltem Herzen erwartet, von Benzinger für sich nicht einmal geahnt, ist aus dem Munde des Staatsanwalts gesprochen! Er beantragte: Todesstrafe für Stolpe und Benzinger, für die minderjährige Neumann eine Gefängnisstrafe von 9 Jahren und 2 Wochen.

Mit aschfahlen Gesichtern, aber äußerlich gefaßt, nahmen Stolpe und Benzinger den Antrag des Staatsanwalts hin. Ueber das Gesicht der 16jährigen dagegen huschte bestelendes Lächeln.

Ein von Sorgen niedergedrückter, um das Leben seiner Tochter bangender Vater, Herr Neumann, versucht zu Beginn der Verhandlung seine Tochter aus den Klauen des Gerichts zu befreien. Er weiß, sie muß verurteilt werden, aber dennoch versucht er mit der Hoffnung eines Ertrinkenden einen rettenden Balken zu finden. Er hält dem Gericht das Leben seiner Tochter in seiner düsteren Wirklichkeit vor Augen und glaubt dadurch Rettung für sie zu finden.

Ein satter Staatsanwalt spricht . . .

Die Beweisaufnahme ist geschlossen. Die Vertreter der Anklage haben das Wort, der Staatsanwaltsrat begründet das „Schuldig" gegen die Angeklagten: Gemeinschaftliche, mit Vorsatz und Ueberlegung ausgeführte Tötung des Uhrmachers Ulbrich — Mord! Seine Anklagerede wird zur Verteidigungsrede der in allen Fugen krachenden „gottgewollten Ordnung", die in Wirklichkeit die Ursache des Verbrechens der Angeklagten ist. Die drei Angeklagten halten in banger Erwartung den Kopf gesenkt, sehen nur hin und wieder über die Barriere [illegible] sprechenden Staatsanwalt. Auf den Rängen und im Zu[illegible] raum drängt sich das Publikum. Der letzte Platz ist beg[illegible] widerlicher Neugierde betrachtet es die Angeklagten. D[illegible] drückende Hitze des Saales und die Ausdünstungen der M[illegible] schaffen eine dumpfe Atmosphäre.

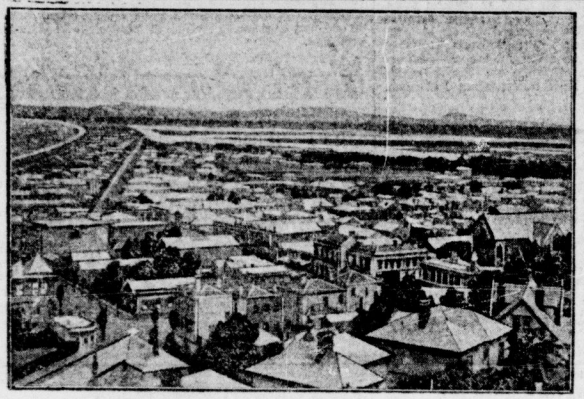
Im Saal ist Stille eingetreten. Man würde eine Fe[illegible] Boden fallen hören. Nur die Pressebericht[illegible]statter rennen [illegible] Male aus dem Saal, um der Mittags- und Nachmittags[illegible] die Berichte telephonisch durchzugeben.

„Not war nicht vorhanden, Geldgier [illegible] Vergnügungssucht trieben die Jugendlich[illegible] diesem furchtbaren Verbrechen!" Das kann [illegible] satter Staatsanwalt erklären, der nicht den Hunger [illegible] lionen junger Proletarier kennt, von denen die drei Ang[illegible] nur ein Bruchteil sind. Nach länger als zweistündigen [illegible] doyer der beiden Staatsanwälte wird der Antrag ausgeh[illegible]

Warum überhaupt noch Sachverständige?

Nach den Plädoyers der Verteidiger, die scharfe [illegible] gegen die Staatsanwaltschaft enthalten, nahm nochmal[illegible] 1. Staatsanwalt das Wort. Die Gutachten der Sachver[illegible] gen, die für die Angeklagten denkbar günstig lauten, [illegible] von der Staatsanwaltschaft einfach übergangen. Der 1. St[illegible] anwalt erklärt dazu: **„Ich will ja nicht sagen, daß die S[illegible] verständigengutachten wertlos sind, aber . . ."** Dann b[illegible] er die Methoden der Sachverständigen bei ihrer Untersuchung [illegible] Angeklagten auf Körper- und Geisteszustand zu kritisieren, [illegible] zwar in einer so ungeschickten Weise, daß mehr wie einmal [illegible] Publikum im Saale in schallendes Gelächter ausbricht.

Die Angeklagten versuchen die innere Bewegung zu [illegible] winden. Mit Gewalt versuchen sie die Tränen zurückzuh[illegible] Nur Lieschen Neumann lacht. Es wird eine kurze Pau[illegible] gelegt, bevor die Verteidiger das Wort erhalten. Nach [illegible] Pause betreten die Angeklagten wieder den Saal. Die Ver[illegible] ger beginnen mit ihren Plädoyers.



Hafenstadt Napier vom Erdbeben zerstört

Unser Bild zeigt einen Ausschnitt der Hafenstadt Napier, die durch das unten geschilderte Erdbeben fast vollkommen zerstört wurde. Riesenbrände an allen Ecken und Enden der Stadt vollenden zur Zeit das Zerstörungswerk

Erdbebenkatastrophe auf Neuseeland

700 Menschen verbrannt, erschlagen und ertrunken

Furchtbare Stürme und Riesenbrände — Tausende obdachlos

Wellington (Neuseeland), 3. Februar. Am Montag vormittag ereignete sich in dem neuseeländischen Bezirks Hafkes Bay eine Erdbebenkatastrophe, die als die größte gilt, die je die Nordinseln heimgesucht hat. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sollen nicht weniger als über 700 Menschen verbrannt, von den Trümmern erschlagen oder im aufgewühlten Meere ertrunken sein.

Die Bevölkerung der Städte und Dörfer floß panikartig ins Freie. In der Stadt Napier ist fast jedes Gebäude zerstört. An allen Ecken und Enden der Stadt sind riesige Brände ausgebrochen, die das Werk der Zerstörung vollenden. Hunderte von Toten liegen unter den Trümmern der eingestürzten Häuser. In sieben Distrikten der Nordinseln ist der gesamte Telephon- und Telegraphenverkehr gestört. Eine ganze Reihe von Küstenfahrzeugen ist mit der gesamten Besatzung in der aufgewühlten See verschwunden.

Im Innern des Landes sind zahlreiche Eisenbahnbrücken zerstört. Viele Autos sind in voller Fahrt umgestürzt, wodurch zahlreiche Fahrer getötet und verletzt wurden. In Heasting stürzte u. a. auch das Krankenhaus ein, wobei zahlreiche Krankenschwestern, Aerzte und Patienten unter den Trümmern begraben wurden. Die Rettungsmaßnahmen stellen sich als vollkommen unzulänglich heraus. Ein Kriegsschiff, das auf der Reede vor der Stadt Napier lag, hat dringend durch Funkspruch Verbandstoff, Medikamente und Nahrungsmittel angefordert. Da allerorts der Telegraphen- und Telephonverkehr fast vollkommen zerstört ist, sind die bisher vorliegenden Meldungen von dieser entsetzlichen Naturkatastrophe bei weitem nicht erschöpfend.

Selbstgebaut!

Unser Bild zeigt Jugendmitglieder des Photo-Zirkels einer Moskauer Fabrik mit ihren selbstkonstruierten Photoapparaten. Dieses Bild entnehmen wir der Nr. 2 des „Arbeiterphotographen", des offiziellen Organs der Arbeiterphotographen Deutschlands. Preis der Nummer 30 Pfennig. Postabonnement vierteljährlich 90 Pfennig. Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen. Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8, Wilhelmstraße 48.

Zwei Lastzüge zusammengefahren

Gestern vormittag ereignete sich in der Nähe von Mahlsdorf, auf der Berlin—Frankfurter Chaussee, etwa am Kilometerstein 14,2, ein schwerer Zusammenstoß zwischen zwei 7-Tonnen-Lastzügen. Die mit Baumaterial und Waren hochbeladenen Transportmittel begegneten sich aus verschiedenen Richtungen, und infolge der Glätte der Chaussee gerieten die beiden Lastkraftwagen, obwohl die Straße eine Breite von fünf Meter hat, mit den Rädern ineinander. Der leichtere Lastwagen wurde dadurch quer über die Chaussee geschoben und schwer beschädigt, so daß die ganze Landstraße versperrt wurde, während der schwerere Wagen den Bruch eines Vorderrades davontrug. Der Mitfahrer des einen Wagens wurde außerdem durch den Zusammenprall von seinem Sitz geschleudert und erlitt eine schwere, blutende Kopfverletzung. Er wurde im Rettungswagen der Feuerwehr nach dem Krankenhaus gebracht.

Sechs in einer Nacht . . .

Nicht weniger als sechsmal hatte in der Nacht zum Sonntag in Nordamerika der Henker die Aufgabe, die „christliche Kultur" zu retten. Nach einer Meldung aus Neuyork wurden im Staate Ohio und Kolorado, je drei zum Tode Verurteilte hingerichtet.

Bluttiger Ausgang eines Tanzfestes

3 Todesopfer

In Neuloslutthal in dem böhmischen Bezirk [illegible] entstand bei einer Tanzunterhaltung ein Streit, der [illegible] Todesopfer forderte.

Die Brüder Ignatz und Andreas Wenzel gerieten [illegible] dem Häusler Grünberger in Streit, in dessen [illegible] einer der beiden Brüder den Grünberger durch einen [illegible] tötete. Einige Stunden später wurden beide Brüder in [illegible] bendem Zustande in einem nahen Walde aufgefunden.

Kind im Eise eingebrochen und ertrunken

Drei Schülerinnen brachen am Dienstagmorgen [illegible] Tagebau der Grube bei Senftenberg durch das Eis. [illegible] rend zwei gerettet werden konnten, verschwand das dritte [illegible] unter dem Eis. Der Arbeiter Kurt Nietsche ließ sich [illegible] Arbeitskollegen anseilen und es gelang ihm nach dreimal[illegible] Tauchen, das Mädchen als Leiche zu bergen.

Do X nach den Kapverdischen Inseln gestart[illegible]

Nach einer Meldung aus Las Palmas ist Do X [illegible] Dienstagmorgen um 8 Uhr von der Gando Bucht der [illegible] Gran Canaria nach Porto Praia zur Weiterfahrt nach [illegible] amerika gestartet.

Motorboot gesunken — 3 Todesopfer

Infolge eines hohen Wellenganges kenterte bei [illegible] an der Südküste Spaniens ein Motorboot des engl[illegible] Dampfers „Lorka", dabei ertranken drei Personen.

Indianische Goldstadt wieder entdeckt

Inmitten des unzugänglichen Urwaldes soll, wie [illegible] sich in Columbien erzählt, die indianische Goldstadt [illegible] Viejo liegen, die im Laufe der Jahrhunderte vollständ[illegible] von dem Tropenwuchs überwuchert sei und daher [illegible] keinen auffindbar wäre. Im Jahre 1573 sei es ein[illegible] spanischen Forschungsreisenden und Goldsucher [illegible] erstenmal gelungen, in diesen Urwald einzudringen, im Auftrage der spanischen Räuber Gold zu suchen.

Tatsächlich habe er ein riesiges Goldlager entdeckt, das [illegible] im Besitze eines Indianerstammes war, der sein Eigentum [illegible] näckig verteidigte. Um gegen die fortgesetzten Angriffe [illegible] Indianer gerüstet zu sein, wurde die Stadt Toro Viejo ge[illegible] det und befestigt. 10 Jahre lang gelang es sie gegen die [illegible] griffe der Indianer zu verteidigen. Während dieser Zeit [illegible] unschätzbare Mengen an Gold nach dem goldgierigen Sp[illegible] verschifft worden.

Im Jahre 1587 erstürmten die Indianer mit vergi[illegible] teten Pfeilen die Stadt. Kein Lebender kam davon, [illegible] da die Indianer abergläubisch waren, getrauten sie sich [illegible] in diese Stadt einzuziehen, denn sie war von den „[illegible] Teufeln" bewohnt. Die Stadt blieb also jahrhundertelang [illegible] bewohnt, so daß die tropische Vegetation sie mit der Zeit [illegible] und mehr überwucherte.

An Hand von alten spanischen Landkarten und [illegible] haben nun zwei Staatsingenieure der Republik Columbi[illegible] Lage der alten Stadt berechnet und sie nach längerem S[illegible] auch tatsächlich wieder entdeckt. Schon bei den ersten [illegible] Untersuchungen fand man viel Gold, Platin und sonstige [illegible] barkeiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310204-12/fragment/page=0012